Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs
Bericht der Parteivertretung an den Parteitag
1903

FOR USE IN LIBRARY ONLY

JN
1999
S6A3
1903

# Bericht

der

# Gesamtparteivertretung

und des

## Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten

an den

# Gesamtparteitag

der

# Sozialdemokratie in Oesterreich

in

# Wien 1903.

Verlag von Ferdinand Skaret.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Frisch & Co., Wien VI.

# Bericht

der

# Gesamtparteivertretung

und des

## Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten

an den

## Gesamtparteitag

der

## Sozialdemokratie in Oesterreich

in

## Wien 1903.

Verlag von Ferdinand Skaret.

Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts" Frisch & Co., Wien VI.

LIBRARY
NOV 1 1971
UNIVERSITY OF TORONTO

JN
1099
S6A3
1903

# Bericht der Gesamtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die zwei Jahre, über die die Gesamtvertretung der österreichischen Sozialdemokratie zu berichten hat, sind nicht wie frühere Perioden durch dramatisch lebhafte politische Ereignisse ausgezeichnet. Oesterreich ist während dieser Zeit nur etwas tiefer in den Sumpf gekommen, aus dem herauszuarbeiten es sich vergeblich abmüht; aber auf diesem Wege nach abwärts ist keine Einzelkatastrophe zu verzeichnen. Die Aufgabe der Sozialdemokratie in Oesterreich ist von der in europäischen Ländern wesentlich verschieden. Das Proletariat und seine politische Vertretung können sich nur entwickeln im und gegen den Kapitalismus. Der Kapitalismus hat aber nicht nur wirtschaftliche und technische Bedingungen, sondern vor allem braucht er den Staat. Ja, die moderne Staatsmaschinerie ist nicht nur sein Ergebnis, sondern auch die Bedingung seiner Entwicklung. Darum scheint es nur ein Widerspruch zu sein, ist aber keiner, daß die Sozialdemokratie nichts notwendiger hat als den scharf ausgebildeten kapitalistischen Klassenstaat, den sie als seine Todfeindin bekämpft. Darunter leiden wir in Oesterreich am meisten, daß uns ein geordneter Staat fehlt, und wenn man uns als revolutionäre Staatspartei verhöhnt, so spottet man seiner selbst und weiß nicht wie. Ja, es ist wahr, das Proletariat als das entwicklungsfähigste, der Entwicklung am meisten bedürftige und sie am meisten vorwärtstreibende Element der Bevölkerung, der eigentliche Träger aller werdenden Kultur, leidet in der Tat am allerschwersten darunter, daß durch das Abfaulen des staatlichen Gefüges jede wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung in diesem Lande gehemmt wird. Wenn man während dieser zwei Jahre irgend einen Fortschritt verzeichnen kann, so ist es nur dieser: Oesterreich ist noch unerträglicher wie je, noch allgemeiner, noch lebendiger und brennender ist die Empfindung geworden, daß man diesen Staat nicht mehr aushalten könne.

Aber dieser unerträgliche Staat besteht und er ist der Boden, auf dem die Sozialdemokratie ihre Arbeit verrichten muß. Daraus erklärt sich die anscheinende Zwiespältigkeit unserer politischen Tätigkeit. Wenn Oesterreich stürbe, würden die Völker, die dieses Land bewohnen, von einer Kette befreit, die ihre Entwicklung hemmt; wenn Oesterreich sich zum Leben aufrafft, werden seine Völker auch das ertragen können — was sie aber korrumpiert, entnervt und ruiniert, ist dieser furchtbare Zustand zwischen Leben und Sterben. Die Aufgabe der Sozialdemokraten ist es daher, immer und immer wieder mit größter Schärfe, mit unerbittlicher Deutlichkeit dem Staate die Diagnose zu stellen und aufzuzeigen, wie kein Palliativmittel, kein Vertuschen und kein Vertagen der Krise Rettung bringen, sondern nur eine ernste Operation, die reinen Tisch macht und von unten auf neu baut, lebensrettend sein kann. Die Verwirklichung der Forderungen, die aus den Prinzipien des sozialdemokratischen Programms ableiten, ist für Oesterreich darum Staatsnotwendigkeit. Der Kampf der Nationen kann nicht zu einem Frieden gebracht werden ohne das radikale, rücksichtslose Aufräumen mit den feudalen Kronlandsinstitutionen. Nur nachdem diese zerbrochen sind, kann die Autonomie der Nationen

aufgebaut werden, die den Völkern freie Entwicklung, dem Staate jenen Gleichgewichtszustand gewähren kann, der sein politisches Leben erst ermöglicht.

Diese notwendige Umwälzung des ganzen Staatsgefüges kann aber nicht bewerkstelligt werden ohne die Demokratie, ohne die Entfesselung aller politischen Kräfte der Völker. Die Beseitigung des Privilegienparlaments, die Gewährung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes ist also nicht nur eine notwendige Lebensbedingung des Proletariats, sondern ebenso eine notwendige, lebensrettende Operation für den Staat. Wenn diese Forderungen der österreichischen Sozialdemokratie die Revolution bedeuten, dann gibt es eben nichts anderes, was diesen Staat erhalten kann, als die Revolution. Ist sie unmöglich, scheitert sie an der Schwäche der Völker und an der gewaltbewaffneten Borniertheit der Herrschenden — dann liegt vor Oesterreich nur die andere Alternative, sie heißt Spanien: der verpfaffte Militärstaat, in dem alles kaput geht, nicht zuletzt seine militärische Kraft, bis er die Beute seiner Nachbarn wird. Im Parlament wie in einer unermüdlichen Agitation hat die Sozialdemokratie dazu mitgewirkt, die Erkenntnis dieser Wahrheiten zu verbreiten und jedem Versuch entgegenzutreten, die furchtbare, aber, wenn sie das Ende bedeutet, wohltätige Krise zu verschleiern und zu versumpfen. Darum aber mußte sie in immer schärferen Gegensatz zu der Regierung des Dr. Koerber kommen, der unaufhörlich versucht, das Unrettbare zu retten, dessen Geschicklichkeit darauf hinausläuft, jeder Entscheidung auszuweichen, mit glatten Redensarten und kleinen Praktiken seine Politik weiterzufristen und dem gelähmten Staatskörper ein modernes Leben anzuschminken, dessen täuschender Anschein im schroffen Widerspruch steht zu der Wirklichkeit seines politischen und wirtschaftlichen Zerfalls. Beharrlichkeit ist eine schöne Tugend, aber sie wird zum Verbrechen, wenn sie der Erhaltung eines verderblichen Zustandes gilt und keinen anderen Erfolg haben kann, als eine Katastrophe aufzuschieben, die der unvermeidliche Beginn einer Wendung zum Besseren sein muß. Nun aber erwacht die Hoffnung, daß auch diese Pfiffigkeit endlich versagen wird. Die Staatskrise — sofern man von den im Reichsrate vertretenen Königreichen und Ländern als von einem Staate reden kann — ist zu einer Reichskrise erweitert. Das bisherige Verhältnis zu Ungarn, das schon durch die Notwendigkeit, den Ausgleich zu erneuern, ernstlich in Frage gestellt worden war, ist durch den neuesten Vorstoß der Ungarn, der ihnen den Weg zur Selbständigkeit der ungarischen Armee bahnte, zu einer Unmöglichkeit geworden. In den Dualismus, der für Oesterreich die politische Hörigkeit und die wirtschaftliche Ausplünderung bedeutet, ist eine entscheidende Bresche gelegt, und das ist das bezeichnendste und wichtigste Moment der politischen Entwicklung der letzten zwei Jahre. Die Sozialdemokratie hat pflichtgemäß das Ihrige dazu getan und ist allen anderen Parteien darin vorangegangen, die Notwendigkeit klar zu machen, daß der Dualismus fallen müsse, der in aller seiner Kompliziertheit und Künstelei nichts ist als die spanische Wand, hinter der sich der Absolutismus, die unumschränkte Gewalt der Dynastie und einiger Hofcliquen verbirgt.

So ist der Kampf der österreichischen Sozialdemokratie gegen den Staat zugleich ein Kampf um den Staat. Aber so hoffnungslos in diesem politischen Elend jedes Streben nach politischen und sozialen Erfolgen sein muß: die Sozialdemokraten haben trotzdem ihrer Pflicht genügt und unter den ungünstigsten Verhältnissen dem unfruchtbaren Boden abzuringen versucht, was irgend möglich war. Allerdings, die Gesetzgebung kam wenig in Frage. Die Abwehr schädlicher Maßregeln, einer ganzen Reihe von Attentaten auf die Interessen der Arbeiterklasse nahm alle Kräfte in Anspruch, denn das österreichische Parlament ist immer noch fähig zu schaden, nützen zu können hat es längst aufgehört. Der Bericht über die parlamentarische Tätigkeit unserer Abgeordneten zeigt das Bild einer umfassenden ausdauernden Arbeit, die um so mehr die Anerkennung der Arbeiterschaft verdient, als sie geleistet werden muß ohne Hoffnung auf reichen Ertrag. Das heutige Ministerium gebärdet sich zwar auch auf dem Gebiete der Sozialpolitik als modern. Herr Dr. v. Koerber ist der Mann,

der nirgends anstoßen will, sich gern mit allem, was Macht hat, und mit allen Parteien zu verhalten sucht, und es ist nur die Wahrheit, wenn wir sagen, daß das Maß der politischen Verfolgung der Sozialdemokratie, die Schurigeleien in Versammlungen, die Drangsalierung ihrer Presse, in keiner Periode so gering war wie in dieser Zeit. Aber das ist ein rein negativer Charakterzug dieses Regimes. Nicht nur sind alle Versprechungen des Ministeriums unerfüllt geblieben — die Preßreform steckt im Ausschuß, die Altersversicherung ist nicht einmal noch Regierungsvorlage geworden — sondern was noch schlimmer ist: die Haltung der Regierung ermöglicht dem Parlamente eine positive Tätigkeit schlimmster Art, und während wir sozialpolitisch nicht einen Schritt vorwärts gemacht haben, hat gerade unter Koerber die reaktionäre Mittelstandspolitik eine ganze Reihe von Erfolgen zu verzeichnen. Gefügigkeit gegen den Klerikalismus, Konnivenz gegen Agrarier und rückständige Kleinbürger, dazu hochgestelzte Phrasen von der Notwendigkeit industrieller Entwicklung und von großzügiger Wirtschaftspolitik: das ist die politische Wirklichkeit des Ministeriums Koerber. Aber auch die Anständigkeit gegenüber der Arbeiterschaft hat ihre engen Grenzen und der Arbeitermord, der in Triest und in Galizien verübt wurde, ist noch heute ungesühnt, ebenso wie der Einbruch in das Favoritener Arbeiterheim. Hieraus ergibt sich die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Regierung, und in flammenden Worten haben unsere Abgeordneten bei jedem Anlaß das System gekennzeichnet, das so gerne arbeiterfreundlich scheinen möchte.

Wie die sozialdemokratische Fraktion, der deutsche, tschechische und polnische Genossen angehören, im Parlamente einig und als einheitliche Vertretung der österreichischen Arbeiterschaft aller Zungen auftritt, so hat unsere Partei auch außerhalb des Parlaments trotz der weitestgehenden Autonomie ihrer nationalen Organisationen alle ihre Kämpfe in voller Einheitlichkeit geführt. Der Petitionssturm um die Alters- und Invalidenversicherung, die immer und immer sich wiederholenden Vorstöße für das allgemeine und gleiche Wahlrecht, die Abwehr des Ausgleichs und insbesondere der die Lebenshaltung des Volkes bedrohenden Wucherzölle, der Kampf gegen die Erhöhung der Militärlasten, das alles war, um nur das Wichtigste hervorzuheben, Gegenstand einer ebenso energischen als einheitlichen Agitationsarbeit der vielsprachigen Gesamtpartei. Immer mehr kommt neben der Agitation in Versammlungen und durch Flugschriften die Agitation durch die Parteipresse zur Wirksamkeit. Wir verfügen nun über sechs Tagesblätter (zwei deutsche, zwei tschechische, ein polnisches und ein italienisches), über eine große, wackere Schar von Wochen- und Halbmonatsblättern, die immer mehr Einfluß auf die öffentliche Meinung gewinnen. In ihrer Gesamtheit muß der sozialdemokratischen Presse das Ehrenzeugnis ausgestellt werden, daß sie zu jedem Erfolge der Arbeiterschaft im politischen und wirtschaftlichen Kampfe in erster Linie mitgewirkt, daß sie sich den Respekt von Freund und Feind erworben hat, freilich auch ebenso Haß und Furcht der Gegner wie die Liebe und den Dank der Arbeiter. Allerdings, und auch das ist leider ein gemeinsamer, internationaler Zug, steht die Verbreitung unserer Presse noch weit hinter dem, was nötig und möglich wäre, zurück; die Oesterreicher aller Zungen müssen zum Lesen erst mühsam erzogen werden.

In die Berichtsperiode fallen auch die Landtagswahlen in einigen Kronländern. Die Partei hat überall eingegriffen, schon um die Gelegenheit für die Agitation auszunützen und ihren Anspruch auf das Wahlrecht für den Landtag eindringlich zu erheben. Nicht minder wie das Parlament sind einige der bedeutendsten Landtage funktionsunfähig geworden, der nationale Kampf hat Obstruktion und Abstinenz auch in die Landstuben verpflanzt und so wird es immer deutlicher, daß die Verfassung Oesterreichs in toto et in partibus, im ganzen und in allen Teilen, Bankerott gemacht hat. Trotzdem hat man den Mut zu einer vernünftigen Wahlreform noch immer nicht. Wo man doch an sie herantritt, bewirkt die Furcht vor der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, daß man wieder zum System der fünften Kurie greift, als ob es an

den politischen Verwüstungen nicht genug wäre, die dieses abgeschmackte Zerrbild einer demokratischen Reform verschuldet hat. Aber der Wunsch des Herrn Koerber, auch die Gesetzgebung der Länder mit der fünften Kurie zu verhunzen, scheint zur fixen Idee, zum unausrottbaren Aberglauben geworden zu sein.

Schon bei den Landtagswahlkämpfen mußte die Taktik der Partei sich den in den einzelnen Ländern verschiedenen Verhältnissen anpassen. Wenn die Feudalherren und die Kapitalistenklasse im großen und ganzen überall dieselbe Physiognomie tragen und in Oesterreich nur national unterschieden sind, so tragen Kleinbürgertum und Bauernschaft sehr verschiedene Charaktermasken. Dieselbe Schichte, die in den Sudetenländern als deutsche und tschechische Nationalpartei auftritt, stellt sich in Wien und Niederösterreich als christlichsoziale Partei dar, die als Werkzeug der klerikalen Demagogie eine der größten Gefahren für das ganze Reich geworden ist. Ihre Alleinherrschaft bei den Landtagswahlen aufs energischeste zu bekämpfen und jeden ihrer Gegner zu unterstützen, war ein Gebot der Selbsterhaltung. Der Erfolg darf nicht etwa allein an der Tatsache gemessen werden, daß ein Mandat für die Sozialdemokratie erobert wurde, während freilich jenes, das wir besessen hatten, verloren ging, sondern vor allem daran, daß die Sozialdemokratie sich als der einzige Gegner der Christlich-Sozialen erwiesen hat, der bis auf weiteres überhaupt politisch ernstlich in Frage kommt. Der Kampf gegen den Klerikalismus liegt im wesentlichen auf den Schultern unserer Partei.

Die Einzelberichte geben ein anschauliches Bild von der vielseitigen Tätigkeit unserer nationalen Organisationen und lassen uns mit Genugtuung aussprechen, daß die Partei überall politisch auf dem Vormarsche begriffen ist. Nach der ungeheuren Kraftanstrengung, die die Reichsratswahlen im Beginne des Jahres 1901 erforderten, kam es zu einer unleugbaren Erschlaffung, die einige Monate währte. Seitdem aber haben sich längst die Organisationen aufgerafft und das Versäumte reichlich nachgeholt. Es wäre Schönfärberei, zu behaupten, daß es überall nach Wunsch steht, vielmehr gibt es Wahlkreise genug, wo vieles zu bessern ist und die die volle Aufmerksamkeit der Parteileitung in Anspruch nehmen. Aber im ganzen darf man sagen, daß sich die Organisationen nicht nur behauptet, sondern gefestigt und ausgebreitet haben. Das gilt nicht nur von der politischen, sondern, was in Oesterreich davon untrennbar ist, auch von der gewerkschaftlichen Organisation. Wenn trotz der Krise, trotz so vieler widriger Umstände unsere Gewerkschaften Fortschritte gemacht haben, so stellt das ihrer ruhigen, zielbewußten Arbeit ein ehrendes Zeugnis aus. Die politische und die gewerkschaftliche Organisation wirkten auch überall zusammen, wenn es galt, für einzelne Gruppen der Arbeiterschaft Fortschritte ihrer Lebenshaltung zu erkämpfen oder, was leider in den Zeiten der Krise häufiger der Fall war, Rückschritte abzuwehren. Hier sei auch des Erfolges gedacht, den Sozialdemokratie und Gewerkschaft gemeinsam erzielten, indem sie das Attentat auf das Koalitionsrecht vereitelten, das, von den Scharfmachern der Unternehmerorganisationen ausgeheckt, von der Bureaukratie versucht wurde, um den Gewerkschaften jede Unterstützung der Arbeitslosen als „Versicherungstätigkeit" unmöglich zu machen.

Wir wollen noch kurz feststellen, daß die Frauenorganisation festere Gestalt anzunehmen beginnt, daß sich erfreuliche Ansätze zu einer systematischen Erziehung der jugendlichen Arbeiter zeigen und daß der lange rückständig gebliebene oder ungeregelt und wild wuchernde Zweig der Konsumentenorganisation anfängt, die Aufmerksamkeit und Tätigkeit unserer Parteigenossen mehr und mehr in Anspruch zu nehmen.

So sieht die Sozialdemokratie Oesterreichs auf zwei Jahre der schweren Arbeit zurück, auf Jahre, die der Arbeiterschaft nichts Erfreuliches boten, was sie nicht ihrer eigenen Kraft zu danken gehabt hätten. Wenn die kleinlichen Verfolgungen der Partei abgenommen haben — wobei man vom wilden Osten und Süden, Galizien und Dalmatien, natürlich immer absehen muß — so ist dafür ihre Verantwortlichkeit gewachsen, der Kreis ihrer Pflichten größer

geworden. Ihnen zu genügen ist in Oesterreich schwerer als in jedem anderen Lande. Droht doch der Ekel an diesem Staate mit seinem politischen Jammer, mit seiner verlotterten Verwaltung jede Tatkraft zu lähmen. Mögen die verweichlichten Bürger sich schmollend und tatenlos zurückziehen, so schlimm es ihnen bekommt, sie sind noch immer die Bevorzugten des Schicksals. Das Proletariat in Oesterreich aber darf sich von Verzweiflung nicht übermannen lassen, es muß, soll es nicht mit seiner ganzen Zukunft dafür büßen, seinen Widerwillen überwinden und mit täglicher Selbstverleugnung auch in diesem Sumpfe seine Pflicht tun. Vom Staate hat es nichts zu hoffen, von den Vorteilen der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung ist es fast ausgeschlossen, so hat es nichts als seine eigene Kraft und hat von niemandem etwas zu erwarten als von sich selbst.

Mit diesem Bewußtsein hat die Sozialdemokratie aller Zungen in Oesterreich ihre Schuldigkeit zu tun gesucht, mit diesem Bewußtsein wird sie auch künftig alle sittliche Kraft des Proletariats weckend und vereinigend ihren Weg gehen.

Für die Gesamtparteivertretung:

Die Sekretäre:

**F. Skaret, H. Vaněk, J. Daszynski.**

# Kassabericht der Gesamtparteivertretung

für die Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903.

| Einnahmen | K | h | K | h |
|---|---|---|---|---|
| Kassastand am 1. Juli 1901 | . | . | 8 | 03 |
| Monatsbeiträge: | | | | |
| der deutschen Parteiexekutive bis April 1903 | 1760 | — | | |
| „ tschechischen „ „ Mai 1903 | 680 | — | | |
| „ polnischen „ „ Jänner 1903 | 340 | — | | |
| „ italienischen „ „ März 1903 | 60 | — | | |
| „ slovenischen „ „ | . | . | | |
| „ ruthenischen „ „ | . | . | 2840 | |
| Beiträge zum Gesamtparteitag Wien 1901: | | | | |
| deutsche Parteiexekutive | 270 | — | | |
| tschechische „ | 180 | — | | |
| polnische „ | 90 | — | | |
| slovenische „ | . | . | | |
| italienische „ | . | . | 540 | — |
| Beitrag für die Triester Opfer (1902) von | | | | |
| der deutschen Parteiexekutive | 200 | — | | |
| „ tschechischen „ | 100 | — | | |
| „ polnischen „ | 83 | 02 | 383 | 02 |
| Totale | . | . | 3771 | 05 |

| Ausgaben | K | h |
|---|---|---|
| Gesamtparteitag Wien 1901 | 687 | 92 |
| Subvention dem slovenischen Parteisekretariat | 696 | 20 |
| „ den Ruthenen („Wola“) | 300 | |
| Diverse Unterstützungen | 580 | |
| Zur Erhaltung des Triester Sekretariats | 350 | — |
| Triester Opfer (1902, Streik) | 383 | 02 |
| Rückzahlung an den Zentralwahlfonds | 250 | — |
| Delegationen zu Konferenzen, Parteitagen ꝛc. | 203 | 08 |
| Rechtsschutz | 99 | 22 |
| Porto, Telegramme | 11 | 54 |
| Diverse | 32 | 89 |
| Summe der Ausgaben | 3593 | 87 |
| Kassastand am 1. Juli 1903 | 177 | 18 |
| Totale | 3771 | 05 |

Kontrolliert und richtig befunden am 10. Oktober 1903.

**Jakob Reumann.** **Karl Kubalek.** **Therese Schlesinger.**

**K. Kořinek,**
Kassier.

# Bericht der deutschen Parteiexekutive an den Gesamtparteitag in Wien 1903

für die Zeit vom 1. Juli 1902 bis 30. Juni 1903.

Eigentlich sollte unser Bericht an den Gesamtparteitag eine zweijährige Periode, und zwar die Zeit vom 1. Juli 1901 bis 30. Juni 1903 umfassen. Um aber Wiederholungen in unseren Parteitagsprotokollen vorzubeugen, verweisen wir betreffs unserer Tätigkeit vom Vorjahre auf den Bericht der deutschen Exekutive an den Aussiger Parteitag 1902.

Mit Befriedigung konstatieren wir gleich eingangs unseres Berichtes, daß uns der Opfermut und die unermüdliche Arbeit der organisierten deutschen Genossen wieder um ein gutes Stück nach vorwärts gebracht haben. Nicht nur, daß wir stets darauf bedacht sein mußten, unserer Partei durch eine rege Agitation immer wieder neue Kämpfer aus dem Proletariate zuzuführen, mußte der Kampf der Sozialdemokratie gleichzeitig nach zwei Richtungen geführt werden: gegen die Bourgeoisie und die von ihr ins nationale oder klerikale Lager gezogenen Arbeiter.

Trotz der hohen Geldunterstützungen durch deutschnationale Fabrikanten, trotz der Zutreiberdienste durch Fabriksbeamte und Werkmeister konnte die deutschnationale Arbeiterbewegung Deutschböhmens und Mährens dem siegreichen Vordringen der Sozialdemokratie dennoch auf die Dauer nicht standhalten. Mit Ausnahme einiger noch vorhandener schäbiger Reste gehört die deutschnationale Arbeiterbewegung der Vergangenheit an. Dasselbe gilt von ihren Blättern, die sie mangels an Abnehmern nicht mehr aufrecht erhalten konnten. Ein einziges davon besteht noch, und das hat sich von einem Wochen- in ein Monatsblatt kleinsten Formats und Umfangs umwandeln müssen.

Ganz besondere Anstrengungen, sich über Wasser halten zu können, macht die klerikal-christlich-soziale „Arbeiter"bewegung in Niederösterreich und den Alpenländern. Ihr Dasein beruht auf ihrem Wohlverhalten zu Pfaffen- und Bürgertum; ihr Zweck ist: diesem selben Bürgertum als Avantgarde im Kampfe gegen die wirtschaftlichen und politischen Forderungen des Proletariats zu dienen.

* * *

Wie die Sozialdemokratie von allen Seiten und mit allen Mitteln bekämpft wird, darüber wollen wir im nachstehenden ein kleines Beispiel bringen. Einer von den glücklichen Zufällen hat uns ein Dokument in die Hände gespielt, wodurch nunmehr der Beweis: daß die Behörden schwarze Listen über sozialdemokratische Agitatoren führen, voll und ganz erbracht ist. So hat die böhmische Statthalterei an die ihr unterstehenden Bezirkshauptleute ein Zirkular versendet, das wir im nachstehenden im vollen Wortlaute zum Abdruck bringen:

Evidenzhaltung. Reservemannschaft.

K. k. Statthaltereipräsidium in Böhmen.

Z. 9567. Prag, am 5. Juli 1902.

Herr k. k. Bezirkshauptmann!

Unter Bezugnahme auf den hieramtlichen Erlaß vom 19. September 1894, Z. 10.566, mit dem die am 15. September eines jeden Jahres zu erfolgende Vorlage von Verzeichnissen jener Personen angeordnet wurde, die dem Militärverbande angehören und sich im zivilen Leben als

Agitatoren der sozialistischen oder anarchistischen Grundsätze bemerkbar gemacht haben, ersuche ich Sie, für diese Verzeichnisse von nun an ausschließlich die gleichzeitig mitfolgenden Drucksorten zu verwenden; dieselben wurden über Anordnung der militärischen Behörde aufgelegt, da sich die bisher in Verwendung gestandenen Drucksorten als unzweckmäßig und ungenügend erwiesen haben; bei dieser Gelegenheit ersuche ich auch, auf die ordentliche und zweckentsprechende Führung dieser Verzeichnisse Einfluß zu nehmen, insbesondere auch in der Richtung, daß nur jene dem Militärverband angehörigen Personen in dieselben aufgenommen werden, die als Sozialisten oder Anarchisten notorisch bekannt sind.

Für den k. k. Statthalter:
Dörfl m. p.

Wie aus obigem Zirkular ersichtlich, geben sich die politischen Behörden dazu her, Kundschafterdienste für die Militärbehörde zu leisten. Und trotzdem wir in einem Staate leben, in dem das Recht auf freie Meinungsäußerung angeblich gewährleistet ist, dessenungeachtet wird die Gesinnung des einzelnen Staatsbürgers in Evidenz geführt, um ihm im Falle der Einberufung zur Waffenübung einen Steckbrief mit auf den Weg geben zu können.

* * *

Im Sommer 1902 wurde in den beiden Landtagen von Kärnten und Vorarlberg die Landtagswahlordnung dahin abgeändert, daß den bestehenden drei privilegierten Kurien eine dem Reichsratswahlgesetze nachgebildete IV. allgemeine Kurie angegliedert worden ist. Diese Kurie wählt in Kärnten vier, in Vorarlberg drei Mandate. Wenn man angesichts dieser lächerlichen Reformiererei dennoch von einem Erfolge sprechen kann, so ist es der, daß zugleich in Kärnten an Stelle der indirekten Wahlen die direkten eingeführt worden sind. In Vorarlberg wurde die bisherige mündliche Stimmenabgabe durch die geheime (schriftliche) ersetzt, die indirekten Wahlen in den Landgemeinden jedoch beibehalten.

Eine kleine Aenderung hat auch die Landtagswahlordnung für Salzburg erfahren. Neben der Herabsetzung des Steuerzensus von 20 Kr. auf 8 Kr. wurden ebenfalls die indirekten Wahlen aufgehoben und die direkten eingeführt. In der ersten Hälfte September 1902 erfolgte die Sanktionierung der vorangeführten Wahlreformen. Es mag wohl auf der ganzen Welt keinen zweiten Fleck Erde geben, wo ein so mannigfaltiges, verschieden geflicktes Wahlrecht besteht, wie das in Oesterreich und seinen Kronländern der Fall ist. Es ist selbst für die Eingeweihtesten sehr schwer, sich auf die Dauer zurechtzufinden, was für ein Wahlrecht in den einzelnen Kronländern zeitweilig besteht, und daran erkennt man am besten das, was man schlechtweg „österreichisch" nennt.

Das starke Anwachsen unserer Partei beweist am besten der Stimmenzuwachs bei den Wahlen in die verschiedenen Vertretungskörper. Im Herbst 1902 erfolgte die Auflösung der verschiedenen Landtage und fanden vom Oktober bis November desselben Jahres die Neuwahlen in Niederösterreich, Oberösterreich, Kärnten, Salzburg, Mähren, Steiermark, Schlesien und Vorarlberg statt. Unsere Partei beteiligte sich bei allen diesen Landtagswahlen mit Ausnahme der von Mähren und Schlesien. Bezüglich dieser letzten beiden wurde von den Landesparteivertretungen der deutschen sowie der tschechischen Sozialdemokratie der Beschluß gefaßt, unseren Genossen wegen des hohen Zensus vollständige Stimmenenthaltung zu empfehlen. Dafür sollen aber in allen größeren Orten Mährens und Schlesiens Volksversammlungen abgehalten werden, in denen gegen das bestehende Wahlunrecht protestiert werden soll.

Das Wahlergebnis bei den niederösterreichischen Landtagswahlen in der Städtekurie am 5. November 1902 war folgendes:

In Wien entfielen mit Ausnahme der Inneren Stadt, wo Sozialdemokraten nicht aufgestellt wurden, von 149.990 abgegebenen gültigen Stimmen 98.285 auf die bürgerlichen und 49.175 auf die sozialdemokratischen Kandidaten. Der Rest von Stimmen war zersplittert. Im Bezirk Favoriten, wo der sozialdemokratische Kandidat im ersten Wahlgange 5730 und der christlich-soziale bloß 5638 Stimmen erhielt, kam es am 7. November zur Stichwahl, bei der der sozialdemokratische Kandidat mit 6223 gegen 6262 Stimmen unterlag. Dieses Mandat war vor den Wahlen in den Händen der Sozialdemokraten und wurde an die Christlich-Sozialen verloren.

In der Provinz wurden bloß in drei Landtagswahlkreisen in der Städtekurie sozialdemokratische Kandidaten aufgestellt, und zwar in den Landtagswahlkreisen

Floridsdorf, Wr.-Neustadt und Korneuburg. Von den 2723 in Floridsdorf abgegebenen gültigen Stimmen wurde der Sozialdemokrat Seitz mit 1549 gegen den christlichsozialen Kandidaten — der nur 1170 Stimmen auf sich vereinigte — gewählt.

In Wr.-Neustadt erhielt der sozialdemokratische Kandidat von 1644 abgegebenen gültigen Stimmen 397 und in Korneuburg von 1422 abgegebenen Stimmen 113.

Die sozialdemokratische Partei ist somit durch einen Abgeordneten im niederösterreichischen Landtag vertreten.

Bei den Landtagswahlen der allgemeinen Wählerklasse in Kärnten wurden in allen vier Wahlbezirken 28.507 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Nationalen 14.247, auf die Klerikalen 7755 und auf die Sozialdemokraten 6229 Stimmen. Im III. Wahlbezirk: Villach-Ferlach, kam es zwischen Nationalen und Sozialdemokraten zur Stichwahl, in der wir mit 2788 gegen 2991, das ist mit bloß 203 Stimmen weniger, unterlegen sind.

Auch bei der Landtagswahl in Vorarlberg hat die Sozialdemokratie in der allgemeinen Wählerklasse gegenüber der allgemeinen Kurie bei den Reichsratswahlen ihre Stimmenzahl fast verdoppelt. (Reichsratswahl 1900 425, Landtagswahl 1902 842 Stimmen.)

Bei den oberösterreichischen Landtagswahlen erhielten die Sozialdemokraten in der privilegierten Städtekurie (Zensus 8 Kr.) in Linz 566, im Wahlbezirke Salzburg bei den Wahlen in die Landgemeindekurie 536 Stimmen. Wir können mit Befriedigung auf der ganzen Linie einen erfreulichen Fortschritt von Stimmenzuwachs verzeichnen

Am 7. Dezember 1902 fand in Aussig die Gemeinderatswahl in den dritten Wahlkörper statt, bei der unsere Genossen einen schönen Erfolg erzielten. Von den abgegebenen Stimmen entfielen 1745 auf die Liberalen, 851 auf die als „Wirtschaftspartei" maskierten Alldeutschen und 598 auf die Sozialdemokraten. Bei der Gemeinderatswahl in Linz erhielten die Sozialdemokraten bei einem Steuerzensus von 10 Kr. 406 Stimmen.

Zu der im November 1902 stattgefundenen Gemeinderatswahl in Graz hatten sich Liberale, Nationale und Klerikale gegen die Sozialdemokraten koaliert. Dessenungeachtet brachte es unsere Partei schon bei der Hauptwahl auf 1365 Stimmen, die sich in der Stichwahl auf 1604 erhöhten. Trotzdem wurde von den beiden ausscheidenden sozialdemokratischen Gemeinderäten nur einer wiedergewählt. Der Erfolg dieser Wahl lag in der großen Anzahl der Stimmen und daß die Koalition aller bürgerlichen Gegner und trotz aller angewendeter Wahlkniffe nur imstande war, uns eines von den beiden innegehabten Mandaten zu entreißen.

An sonstigen Gemeindewahlen haben sich unsere Genossen, soweit es uns zur Kenntnis gelangte, in 143 Fällen beteiligt. Das Gesamtergebnis dieser Beteiligung ist die Erringung von 329 Ausschuß- und Ersatzmandaten im dritten und 19 Mandaten im zweiten Wahlkörper. Ein immerhin ganz schöner Erfolg, wenn man bedenkt, wie unsere Genossen gerade in den kleineren Gemeinden einen oft verzweifelten Kampf um ihre Existenz führen müssen.

**Die Organisation** der deutschen Sozialdemokratie hat in der Berichtsperiode nicht unerhebliche Fortschritte gemacht. Bezüglich der auf dem Aussiger Parteitag 1902 gefaßten Beschlüsse über die Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation besteht derzeit, wenn auch vorläufig nur in vereinzelten Wahlkreisen, das Bestreben, sie in die Tat umzusetzen. Eine solche Straßen- und Häuserorganisation setzt ein gut funktionierendes Vertrauensmännersystem am Orte voraus, und ist alles bisherige Fehlschlagen bei Einführung dieses Systems auf den vorläufigen Mangel der auf das Zusammenarbeiten angewiesenen Genossen zurückzuführen.

Mit der Durchführung der Straßen- und Häuserorganisation geht Hand in Hand die Einhebung der Parteibeiträge in den Wohnungen der Genossen. Die Art, wie die Einhebung vorgenommen wird, sowie die Höhe der Beiträge sind außerordentlich verschieden. So sehr hier mehr Einheitlichkeit erwünscht wäre, so muß es dennoch, und zwar vorläufig noch den einzelnen Wahlkreisen und Bezirken überlassen bleiben.

Die Höhe der Parteisteuer, soweit sie zur Bestreitung der Agitation oder zur Schaffung eines Wahlfonds für Lokal-, Bezirks- und Wahlkreisorganisationen in Betracht kommt, schwankt vorwiegend zwischen 3 und 4 H. wöchentlich und 10 H. monatlich. Die Einhebung, respektive Quittierung dieser Beiträge erfolgt mittelst Blocks, Marken oder Parteiblätter.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir eines Umstandes erwähnen, der trotz wiederholter Abwehr uns leider immer wieder beschäftigt, und zwar ist das die Frage der Einhebung der Reichsparteisteuer. Wiederholt wurden insbesondere in letzter Zeit bei Landes- und Wahlkreiskonferenzen nicht nur über die in ihre Kompetenz fallende

Parteisteuer, sondern mit über die Reichsparteisteuer — über deren Einhebung und Ablieferung — Beschlüsse gefaßt, die dem Beschlusse des Linzer Parteitages 1898 schnurstracks zuwiderlaufen.

Die Straßen- und Häuserorganisation ist neben Wien in den größeren Städten Niederösterreichs, weiters in Linz, Steyr und Salzburg eingeführt. In Steiermark ist die Straßenorganisation in 27 Orten durchgeführt. Schlechter sieht es in dieser Beziehung in den Orten Deutschböhmens sowie in Mähren, Schlesien, Tirol und Kärnten aus.

Betonen wollen wir noch, daß das Sekretariat der deutschen Sozialdemokratie an elf in der Provinz angestellte Vertrauensmänner einen ständigen Zuschuß von über 280 Kr. monatlich gewährt. Leider konnte die Parteivertretung bei ihren beschränkten Mitteln nicht alle in dieser Richtung geltend gemachten Wünsche befriedigen.

Die jugendlichen Arbeiter weisen einen starken Zuwachs von Mitgliedern auf. Ihre Organisation erhielt eine besondere Festigung durch die im Frühjahr 1903 erfolgte Gründung des „Reichsverbandes der Vereine jugendlicher Arbeiter Oesterreichs". Er umfaßt derzeit zwölf Ortsgruppen mit zirka 1300 Mitgliedern in Wien und erstreckt sich außerdem auf fünfzehn Provinzstädte; durch seine Gründung wurde es auch möglich gemacht, in Graz an Stelle des durch die Behörde wegen angeblicher Statutenüberschreitung aufgelösten Lokalvereines wieder eine neue Organisation der jugendlichen Arbeiter zu schaffen. Seit einem Jahre haben sie auch ein eigenes Organ, „Der jugendliche Arbeiter", das monatlich einmal erscheint und bereits eine Auflage von über 4000 Exemplaren erreicht hat.

Bei der Schwierigkeit, die Frauen überhaupt der Organisation zuführen zu können, müssen wir das wenige, das bis jetzt durch die bestehenden Frauenorganisationen in Wien und der Provinz erreicht worden ist, schon als anerkennenswerten Erfolg verzeichnen. Im übrigen verweisen wir auf den angeschlossenen Bericht des Frauenreichscomités.

* * *

Zunächst wollen wir auch an dieser Stelle unserer Toten gedenken. Groß ist die Zahl derer, die, sei es in der politischen oder gewerkschaftlichen Organisation, in treuer Pflichterfüllung für die Befreiung der Arbeiterklasse gekämpft und leider viel zu früh aus Reih' und Glied von unserer Seite gerissen worden sind. Mögen ihre Namen nur in kleineren Kreisen von Parteigenossen bekannt gewesen sein, so haben sie doch nicht weniger für die Verbreitung der Grundsätze unserer Partei gewirkt. Ehre ihrem Andenken!

Einer von den wenigen der alten Garde, dessen Name als auch Person in den weitesten Kreisen unserer Partei bekannt ist, Julius Popp, der noch auf dem letzten deutschen Parteitag in Aussig — wenn auch schon schwer leidend — den Vorsitz führte, ist ebenfalls, leider viel zu früh, uns durch den unerbittlichen Tod entrissen worden. Popp starb am 19. Dezember 1902 im Alter von kaum 53 Jahren. An ihm, dem die Arbeiterbewegung alles war, der sein Lebensblut für die Sache des Proletariats geopfert, der alle proletarischen Tugenden in sich vereinigte, hat die österreichische Arbeiterschaft viel verloren. Die große Liebe und Verehrung, die unserem „alten Popp" entgegengebracht wurde, kam in der großen Beteiligung der Genossen bei dem am 21. Dezember stattgefundenen Leichenbegängnis zum Ausdruck. Seine Persönlichkeit und sein Wirken wird auch weiterhin in ehrenvollem Andenken der österreichischen Arbeiter fortleben.

**Die Agitation** hat in der Berichtszeit an Umfang ganz bedeutend zugenommen. Wohl sind wir durch die mangelhafte Berichterstattung nicht in der Lage, die Zahl der stattgehabten Versammlungen auch nur annähernd wiedergeben zu können, glauben aber, daß es darauf auch gar nicht so ankommt.

Von den gemeinsamen Protestversammlungen heben wir die gegen den Erlaß der Regierung betreffend das Verbot der Unterstützungen in den Gewerkschaften, gegen die neuen Militärlasten, als auch gegen den Ausgleich mit Ungarn und den Zollwuchertarif ꝛc. sowie die im Sommer dieses Jahres stattgefundenen Massenversammlungen für das gleiche Wahlrecht besonders hervor. Der größte Teil der agitatorischen Tätigkeit jedoch wurde auf den Ausbau der Organisation, auf die sogenannte Kleinarbeit verwendet: die Agitation von Haus zu Haus, von Tür zu Tür, von Mann zu Mann.

Gleichzeitig während der mündlichen Proteste gegen den Zoll- und Brotwuchertarif wurde von der deutschen Parteiexekutive ein Flugblatt mit dem Titel: „Brotverteuerung in Sicht!" herausgegeben und in über 240.000 Exemplaren von den Vertrauensmännern — trotz § 23 P.-G. — in den Häusern von Tür zu Tür verbreitet.

Vom 15. bis 18. August 1902 fand in Aussig a. d. Elbe der Parteitag der deutschen Sozialdemokraten statt, der das Organisationsstatut einer Aenderung unterzog und betreffs Organisation einschneidende Beschlüsse faßte. Weiters wurde die Stellung der Sozialdemokratie zum österreichisch-ungarischen Ausgleiche gekennzeichnet sowie die bürgerliche Verfälschung der Arbeiterbewegung einer eingehenden Erörterung unterzogen.

Der Gewerkschaftskongreß, der in der Zeit vom 8. bis 12. Juni 1903 in Wien tagte, beschäftigte sich neben der Frage der Organisation mit dem Einflusse des autonomen Zolltarifs auf die Lage der Arbeiter. Des weiteren wurde den Konsum- und Wirtschaftsgenossenschaften sowie der Alters- und Invaliditätsversicherung als auch den Tarifgemeinschaften eine spezielle und eingehende Beratung gewidmet. Aus dem Berichte der Gewerkschaftskommission an ihren Kongreß entnehmen wir, daß Ende 1902 der Stand der bei der Kommission angemeldeten Organisationen 135.178 Mitglieder, somit um 16.128 mehr als Ende 1901, betrug.

Mit der Ausdehnung der Parteiagitation werden wir an Stelle der mündlichen Agitation naturgemäß immer mehr auf das geschriebene Wort angewiesen. Das Parteisekretariat ist schon längst nicht mehr in der Lage, alle Wünsche nach Referenten befriedigen zu können. Dazu kommt noch, daß, wenn Referenten verlangt werden, der Wunsch in der Regel einen kleinen Kreis bestimmter, zudem auch sonst überlasteter Genossen, insbesondere Abgeordnete betrifft.

**Die Maifeier** hat, soweit uns die Berichte aus den einzelnen Orten einen Ueberblick ermöglichen, eine Abschwächung nicht erfahren. Im Gegenteil, es wurde in einer Reihe von Orten (wenn auch nur durch teilweise Arbeitsruhe) gefeiert, wo es früher vollständig ausgeschlossen erschien. Nicht überall war die vollständige Arbeitsruhe möglich, dafür aber wurden am Abend desselben Tages größere Feiern veranstaltet, in denen die Bedeutung der Maifeier besprochen und das Fest der internationalen Verbrüderung begangen wurde.

**Parteipresse.** Im Stande der politischen Presse ist während der Berichtszeit keine besondere Veränderung eingetreten. Die „Wahrheit" in Oberleutensdorf hat ihr Erscheinen eingestellt, dafür erscheint ein neues Parteiblatt in Bielitz, die „Bielitzer Volksstimme".

### 1. Politische Presse.

| | erscheint: |
|---|---|
| Arbeiter-Zeitung, Wien | täglich |
| Volkswacht, Wien | „ |
| Arbeiterwille, Graz | „ |
| Arbeiterinnen-Zeitung, Wien | 14tägig |
| Bielitzer Volksstimme, Bielitz | 1mal wöchentlich |
| Böhmerwaldbote, Krumau | 1 „ „ |
| Freigeist, Reichenberg | 2 „ „ |
| Freiheit, Teplitz | 2 „ „ |
| Gebirgsbote, Gablonz | 1 „ „ |
| Gleichheit, Wr. Neustadt | 1 „ „ |
| Salzburger Wacht, Salzburg | 1 „ „ |
| Trautenauer Echo, Trautenau | 1 „ „ |
| Volksbote, Floridsdorf | 1 „ „ |
| Volksbote, Nordböhmischer, Steinschönau | 1 „ „ |
| Volksfreund, Brünn | 1 „ „ |
| Volksfreund, Steyrer, Steyr | 1 „ „ |
| Volkspresse, Czernowitz | 1 „ „ |
| Volksrecht, Aussig a. d. E. | 2 „ „ |
| Volksstimme, Nordböhmische, Warnsdorf | 1 „ „ |
| Volkstribüne, Wien | 1 „ „ |
| Volkswacht, Mähr.-Schönberg | 1 „ „ |
| Volkswille, Falkenau | 1 „ „ |
| Volkswille, Klagenfurt | 1 „ „ |
| Volkszeitung, Innsbruck | 1 „ „ |
| Volkszeitung, Nordböhmische, Saaz | 1 „ „ |
| Vorwärts, Der, Staab | 1 „ „ |
| Wahrheit, Linz | 1 „ „ |

Es erscheinen also drei Blätter täglich, drei Blätter zweimal wöchentlich, zwanzig Blätter einmal wöchentlich und ein Blatt vierzehntägig. Die Auflage ist bei allen Blättern bedeutend gestiegen. Der gegenwärtige Stand ist bei 27 politischen Organen eine einmalige Gesamtauflage von 117.750 Exemplaren. Ferner erscheint noch ein humoristisch-satirisches Blatt der Partei, die „Neuen Glühlichter", in Wien vierzehntägig.

## 2. Gewerkschaftspresse.

| | erscheint: |
|---|---|
| Bäcker-Zeitung, Wien | 14tägig |
| Bauarbeiter, Der, Wien | 14 „ |
| Bergarbeiter (Glück auf!), Turn | 3mal monatlich |
| Buchbinder (Einigkeit), Wien | 14tägig |
| Buchdrucker (Vorwärts!), Wien | 1mal wöchentlich |
| Drechsler, Fachblatt der, Wien | 14tägig |
| Druckerei-Arbeiter (Hilfsarbeiterblatt), Wien | 2mal monatlich |
| Eisenbahner, Der, Wien | 3 „ „ |
| Gerber, Fachzeitung der, Wien | 2 „ „ |
| Gewerkschaft, Die (Organ der Gewerkschaftskommission Oesterr.), Wien | 14tägig |
| Gießereiarbeiter, Der, Wien | 1mal monatlich |
| Glasarbeiter, Der, Tannwald | 14tägig |
| Glashüttenarbeiter, Der, Teplitz | 3mal monatlich |
| Graphische Nachrichten, Neue, Wien | 3 „ „ |
| Handelsangestellte, Der österreichische, Wien | 1 „ „ |
| Handelsangestellten, Organ der, Prag | 20tägig |
| Handschuhmacher, Fachblatt der, Wien | 2mal monatlich |
| Holzarbeiter, Der, Wien | 3 „ „ |
| Hutarbeiter, Der, Wien | 3 „ „ |
| Kleidermacher-Gehilfe, Der, Wien | 14tägig |
| Krankenkassenangestellte (Korrespondenzblatt), Wien | 1mal monatlich |
| Kutscher (Oesterreichische Fahrzeitung), Wien | 1 „ „ |
| Maler und Anstreicher (Dekorateur), Wien | 1 „ „ |
| Maschinist, Der, Wien | 2 „ „ |
| Metallarbeiter, Oesterreichischer, Wien | 1 „ wöchentlich |
| Papierarbeiter, Der (Verbandszeitung der Papier- und chemischen Industrie), Wien | 1 „ monatlich |
| Porzellanarbeiter, Der, Karlsbad | 14tägig |
| Schirmbranche, Die, Wien | 1mal monatlich |
| Schuhmacherfachblatt, Neues, Wien | 2 „ „ |
| Sattler, Taschner und Riemer, Fachblatt der, Wien | 2 „ „ |
| Textilarbeiter, Der, Reichenberg | 1 „ wöchentlich |
| Tonarbeiter, Der, Wien | 2 „ monatlich |
| Versicherungsbeamten, Organ der, Wien | 1 „ „ |

Wir zählen somit 33 Wochenblätter, 6 dreimal monatliche, 8 vierzehntägige Blätter, 7 zweimal monatliche, 8 einmal monatliche und ein zwanzigtägig erscheinendes Blatt. Alle 33 Blätter haben eine einmalige Gesamtauflage von 101.905 Exemplaren.

Außer den politischen und gewerkschaftlichen Blättern erscheinen noch: Der „Arbeiterschutz", Organ der Krankenkassen Oesterreichs, zweimal monatlich; der „Arbeiterstenograph" einmal monatlich; die österreichische „Arbeiter-Sängerzeitung" einmal monatlich; der „Jugendliche Arbeiter" einmal monatlich; der „Naturfreund" einmal monatlich; die „Mitteilungen der Freidenker" einmal monatlich und die „Arbeiter Genossenschaft" ebenfalls einmal monatlich; lauter Blätter, die hauptsächlich in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft verbreitet werden und zum Teil nur Dolmetsche besonderer Richtungen der Gesamtbewegung darstellen.

**Die politischen Verfolgungen,** derer sich unsere Partei bei den Behörden und ihren Organen erfreut, haben uns wieder ein ganz nettes Sümmchen an Strafen eingetragen.

Soweit Berichte hierüber eingelangt sind, betrugen die Freiheitsstrafen, zu denen unsere Genossen deutscher Zunge im abgelaufenen Jahre verurteilt wurden: **4 Jahre 7 Monate und 19 Tage schweren Kerkers und 1 Jahr 7 Monate einfachen sowie verschärften Arrests. Die Geldstrafen beliefen sich auf 1.558 Kronen.**

Wenn sich aus dem Gesamtausmaß der Freiheits- als auch Geldstrafen gegenüber den anderen Jahren eine Verminderung ergibt, so ist das weniger auf die vernünftigere Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen als auf die mangelhafte Aufzeichnung und Berichterstattung der einzelnen Organisationen zurückzuführen.

* * *

Wie wir aus vorstehendem Berichte entnehmen können, hat unsere Partei in der abgelaufenen Berichtsperiode keine besonders in die Augen springenden Erfolge zu verzeichnen, was uns bei den verrotteten politischen Verhältnissen in Oesterreich nicht zu wundern braucht. Was wir aber, dank des Opfermutes und der Beharrlichkeit unserer Parteigenossen, mit Befriedigung konstatieren können, das ist: daß unsere Parteiorganisation sich wieder um ein gutes Stück nach vorwärts entwickelt hat. Und das trotz der schwierigen und geradezu widerwärtigen politischen Verhältnisse in Oesterreich.

Ferdinand Skaret, Parteisekretär.

---

# Bericht der tschechoslavischen Sozialdemokratie an den Gesamtparteitag.

(Für die Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903.)

Die zwei Jahre, die seit dem letzten Gesamtparteitag verflossen sind, waren geradeso wie die früheren Jahre für unsere Partei Zeiten schwerer Kämpfe, gleichzeitig aber auch Zeiten unermüdlicher Arbeit und des Sieges des tschechischen Proletariats über seine offenen und geheimen Gegner.

Während die sich stets mehrenden reaktionären pseudoliberalen bürgerlichen Fraktionen untereinander raufen und denunzieren, schreitet die Sozialdemokratie tapfer weiter vorwärts, ihrem Programme nach, die tschechische Arbeiterschaft aufzuklären und zu organisieren und für die Kämpfe der künftigen Tage zu rüsten. Und die Arbeit geht bewundernswert von statten. Die schwere wirtschaftliche Krise, die wie überall auch in Gegenden, die von tschechischen Proletariern bewohnt sind, in den Industriezentren und anderen Landesteilen traurige Spuren hinterließ, vermochte nicht, die enggeschlossenen Reihen der Arbeiterschaft zu schädigen. Unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, und auch ihre Waffen, sind heute fester, widerstands- und kampffähiger als ehedem.

Der beste Beweis der Macht, des Wachstums und der inneren Kraft der Partei ist schon der Umstand, daß in einer Zeit, da die Versuche bürgerlicher Parteien, sich eine Tagespresse zu verschaffen, mit Mißerfolg endeten und Tausende von Gulden an Opfern kosteten, da das mit großem Aufwand bourgeoisen Geldes in den Kampf gegen die Sozialdemokratie geschickte Tagblatt der national-sozialen Partei zu einem bedeutungslosen Wochenblatt zusammenschrumpfte, daß da das Tagblatt unserer Partei „Právo Lidu" für Jahre hinaus finanziell gesichert ist, wiewohl es zur Zeit der größten Verdächtigungen und Anfeindungen von den Parteigenossen unserer Partei gegründet und unter schweren Opfern erhalten wurde. Heute hat das Blatt den klingenden Namen eines ehrlichen und durchaus unabhängigen Blattes, dem es geradeso wie allen Parteiblättern möglich ist, rücksichtslos aufzutreten, die Fäulnis der bürgerlichen Welt zu enthüllen und jede Niedertracht und jedes am arbeitenden Volke ausgeführte Unrecht an den Pranger zu stellen, ohne Rücksicht auf die Mächtigen und Herrschenden.

Ein gleich erfreulicher Beweis für die Kraft unserer Partei ist auch das zweite täglich erscheinende Blatt „Dělnické Listy" in Wien. Dieses ist fast ausschließlich auf die tschechischen Genossen Wiens angewiesen, auf ihre Unermüdlichkeit in der Agitation, auf ihre kargen finanziellen Kräfte und doch tritt es wacker auf und ist ein wirksamer Schutz der Arbeiterschaft aller Nationen im Kampfe gegen internationale Reaktion und Tyrannei des Kapitalismus.

Nebstdem ist der Kampf der tschechoslavischen Sozialdemokratie ein verhältnismäßig schwierigerer und ärgerer als der der anderen Bruderparteien. Die tschechische Bourgeoisie trägt es schwer, daß sich die deutsche Bourgeoisie seit Jahrzenten an der Regierung in Oesterreich durch ihre Leute beteiligt, aus dieser ihrer Teilnahme materielle und politische Vorteile zu verschaffen gewußt hat, mit denen sie ihren ökonomischen Interessen dienen und auch ihrer kulturellen Bedürfnisse gedenken konnte, indem sie sich ihr Schulwesen denn doch besser eingerichtet hat als das der anderen Nationen. Indirekt ist dadurch auch die tschechische Arbeiterschaft betroffen; denn ist das Schulwesen für den Kern des deutschen Volkes durchaus nicht vollkommen, ist es für die tschechische Arbeiterschaft gänzlich ungenügend. Ja, in Gemeinden, in denen die tschechische Arbeiterschaft eine ansehnliche Minorität der Bevölkerung, gibt es entweder gar keine oder nur ungenügende Schulen für die tschechische Jugend. In Wien beispielsweise, wo es nach der amtlichen Volkszählung über 120.000 Tschechen gibt, von denen die überwiegende Mehrheit der Arbeiterklasse angehört, gibt es bis jetzt keine öffentliche tschechische Schule. Eltern, die in Würdigung der Wichtigkeit, ihre

Kinder in der Muttersprache unterrichten zu lassen, ihre Kinder in die Privatschule, die durch eigene Opferwilligkeit erhalten wird, gegeben haben, müssen mit ihren Kindern den weiten Weg nach Lundenburg zu den Prüfungen unternehmen. Daß auf diese Weise die gesunde geistige Entwicklung der tschechischen Arbeiterschaft unterbunden wird, daß ihr die Erreichung gehöriger und für unsere Bewegung notwendiger Intelligenz beträchtlich erschwert wird und so bedeutend auch die gesunde Entwicklung und Tätigkeit unserer Partei leidet, ist ganz klar.

Die indifferente Arbeiterschaft als auch das Kleinbürgertum und Kleinbauerntum, die in den historischen Traditionen und in unerfüllbaren Träumen von vergangenem, schlecht ausgelegtem Ruhme des tschechischen Volkes, der sich für das Volk oft in drückende Sklaverei verwandelte, erzogen wurden, lassen sich sehr oft und sehr leicht von trügerischen Hoffnungen hinreißen. Sie hoffen, daß wenn es der tschechischen Bourgeoisie gelänge, die Länder mit tschechischer Majorität selbständig zu machen oder die deutsche Bourgeoisie aus der Teilnahme an der Staatsverwaltung zu verdrängen und ihre Plätze einzunehmen, dann für die kulturell, politisch und national unterdrückten Klassen sofort ein Eldorado des Rechtes, der Gerechtigkeit und der Wohlfahrt eintreten würde. In diesem Glauben und dieser Unwissenheit verzeiht das Volk den Pächtern der tschechischen Politik alle die niederträchtigen Dienste, die die jungtschechische Delegation der vereinigten Reaktion geleistet hat und durch die sie sich so traurig ausgezeichnet hat. In diesem Glauben und der Unwissenheit verzeiht das Volk all den Verrat an der wirklich demokratischen Vergangenheit des tschechischen Volkes. Andererseits aber verfällt das Volk neuen Demagogen, die auf die Anziehungskraft der alten staatsrechtlichen Schlagworte spekulieren und so das nichtdenkende Volk zu gewinnen trachten, um das Erbe der absterbenden jungtschechischen Partei an sich zu reißen.

Die tschechoslavische Sozialdemokratie hat allerdings diesen Versuchen der Bourgeoisie und der Reaktion, die Klassengegensätze mit dem Mantel des Patriotismus, mit dem Kampf um nationale Rechte u. s. w. zu verhüllen, tapfer standgehalten und hat allen vermummten Gegnern von Freiheit und wirklichem Fortschritt die Masken vom Gesicht gerissen.

Durch die schneidig und konsequent eingeleitete, in der Presse und durch eine große Zahl von Versammlungen weitergeführte Aktion gegen den Klerikalismus und besonders durch die Aufdeckung des bisher unerhörten klerikalen großen Diebstahls, jener in der ganzen Welt bekannten Ausplünderung der Sankt Wenzels-Sparkasse, welche Enthüllung ein Verdienst unseres tapferen „Právo Lidu“ ist und bleibt, wurde dem Klerikalismus ein harter Schlag versetzt, von dem er sich nicht sobald erholen wird.

Mit gleicher Konsequenz handelte die Partei auch den pseudoliberalen Parteien und ihren Gefolgschaften gegenüber.

In Tausenden von gut besuchten Versammlungen und Meetings, die in Böhmen, Mähren, Schlesien, Nieder- und Oberösterreich abgehalten wurden, wurde die Notwendigkeit des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für Reichsrat, Landtag und Gemeindevertretungen gefordert, wurde die Einführung der allgemeinen Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung verlangt, wurde gegen den vernichtenden Einfluß und Erhöhung der Militärlasten, weiters gegen den ungerechten österreichisch-ungarischen Ausgleich, gegen die Lebensmittelverteuerung infolge der Zolltarifserhöhung und gegen Einführung neuer indirekter Steuern, gegen den Koerberschen Regierungsangriff auf die gewerkschaftliche Organisation protestiert, wurde die Hilfe der zuständigen Faktoren für die Arbeitslosen reklamiert, wurde die Besserung unseres Schulwesens und der Lehrergehalte gefordert.

In allen diesen Kundgebungen trachtete unsere Partei durch ihre Referenten und die vorgelegten Resolutionen den Unterschied zwischen Theorie und Praxis der bürgerlichen Parteien aufzudecken, wenn es sich um wirkliche Volksinteressen handelt. Mit allem Nachdruck wurde besonders darauf hingewiesen, wie die tschechische Bourgeoisie Krokodilstränen vergißt wegen der Unterdrückung von seiten der österreichischen Regierungen. Gegen die ärmeren Volksgenossen tritt dieselbe Bourgeoisie in den Gemeinden nicht weniger rücksichtslos und brutal auf, weist die Armen wegen der Armut aus den Gemeinden, spricht ihnen jedes Recht der Mitentscheidung in Gemeinden und Landtag ab, legt ihnen immer neue Lasten in Form von Gemeinde- und Landeszuschlägen auf. Flunkert mit demokratischen Phrasen und zu gleicher Zeit verhandelt sie und verbindet sich mit dem Adel, der zahlreiche Vertreter im Landtage hat, während eine Million Arbeiter keinen einzigen hat. Die Bourgeoisie protzt mit ihrem Liberalismus, feiert Huß und führt zu gleicher Zeit in Landesinstitute statt weltlicher Wärterinnen Nonnen ein. Sie versucht die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft von der Lösung wirtschaftlicher Fragen abzulenken, füllt sich aber selbst von den Schwielen der Arbeiter ihre Taschen und beantragt im Zollausschuß Zoll auch auf Erdäpfel. Sie beklagt sich über die Regierung, daß sie für Notstandsunterstützungen wenig ausgibt, selbst rührte

sie aber in den ganzen 15 Jahren in rührender Eintracht mit der deutschen Bourgeoisie im Landtag keinen Finger, um die dem Landtag von der Reichsvertretung zugewiesene Versicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiterschaft durchzuführen.

Ein Erfolg unserer unermüdlichen fleißigen Arbeit ist, daß es langsam auch in den Köpfen der Angehörigen anderer als der Arbeiterklasse zu tagen beginnt, wofür der beste Beweis die Landtagswahlen in Böhmen sind, an denen sich unsere Partei durch Aufstellung von Kandidaten und durch durchgreifende Agitation beteiligte. In zahlreichen Bezirken wurden große Minoritäten erreicht, im Bezirk Josefstadt-Lieben bekamen wir die meisten Stimmen, so daß eine zweite Wahl notwendig war, bei der allerdings unsere Kandidaten den vereinigten bürgerlichen Parteien und nationalsozialen Arbeitern unterlagen. Diese Parteien haben ihre ganze Kraft angewendet und eröffneten eine wütende Agitation, daß der Ansturm der Sozialdemokratie aufgehalten werde.

Und doch siegten ihre Kandidaten nur mit einer Mehrheit von 150 Stimmen. Im Smichow-Kladnoer Bezirke bekam unser Kandidat 745 Stimmen, im Pilsener 372 Stimmen, schon diesmal bedeutende Minoritäten.

Diese Wahlen, die in Böhmen zum erstenmal direkt vollzogen wurden, zeigten uns, daß unsere Partei sowohl in der Landgemeinden- als auch in der Städtekurie ein Kadre von Männern hat, die Sorge tragen werden, daß die in bürgerliche Parteien gelegte Bresche erweitert wird.

Auch bei der Reichsratsersatzwahl in der Städtegruppe Přibram-Birkenberg bekam unsere Partei eine überraschende Stimmenzahl, in Birkenberg doppelt so viel als alle Gegner zusammen.

Bei den übrigen Wahlen wurde auch ein bedeutendes Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen konstatiert. So bekamen wir bei den Wahlen in die Unfallversicherungsanstalt für Böhmen im Jahre 1901 im ganzen 369.510 Stimmen gegen 281.228 im Jahre 1897 (also um 88.282 Stimmen mehr), wohingegen die nationalen Arbeiter trotz brutalem Terrorismus von seiten der Unternehmer, die wie immer ihren Trabanten zum Siege verhelfen wollten, nur 178.910 Stimmen gegen 250.624 im Jahre 1897 bekamen (Minus 71.714).

In die Gewerbegerichte, soweit diese in Orten mit tschechischer Arbeiterschaft bestehen (Prag, Pilsen, Teplitz, Brünn), werden überall sozialdemokratische Beisitzer entsendet, mit Ausnahme der Gruppe Handel in Prag, wo nationale Kandidaten gewählt wurden.

Ein nicht geringerer Erfolg wurde von unserer Partei im Kampfe gegen die Bierverteuerung errungen. Dieser Kampf wurde den Organisationen durch Einführung eines Landeszuschlages von Kr. 1·70 und durch die Habgier der Gastwirte, die diesen Zuschlag zum Vorwand für eine Verteuerung von 4 H. per Liter benützen wollten, aufgedrängt. In vielen Orten, besonders in Prag und den Nachbargemeinden, wurde dieser Angriff auf die Taschen des Volkes glänzend zurückgeschlagen, die boykottierten Brauereien mußten den gestellten Forderungen entsprechen und die Kosten des Boykotts tragen. So wurden die herrschenden Kreise belehrt, daß sich die organisierte und klassenbewußte Arbeiterschaft eine so rücksichtslose Auferlegung von Lasten bei gleichzeitigem Ausschluß aus der Mitentscheidung nicht gefallen läßt.

In nicht letzter Linie muß auch der glänzende Erfolg erwähnt werden, den die im Jahre 1902 von den Prager Genossen veranstaltete I. Arbeiterausstellung errungen hat. Aus allen Organisationen fast nahm die sozialdemokratische Arbeiterschaft daran teil. Der zahlreiche Besuch der Ausstellung (231.141 Personen), zahlreiche Anerkennungen der ganzen Oeffentlichkeit, wofür der beste Beweis die vielen in- und ausländischen Blätterstimmen und der Reingewinn von rund 27.000 Kr. — das alles war ein Beleg dafür, daß die Angehörigen unserer Partei nicht nur die bestehende Ordnung zu kritisieren verstehen, sondern auch zu arbeiten, schaffen und bauen.

Obzwar das Wahlrecht für die Gemeindevertretungen der Arbeiterschaft sehr ungünstig ist — wir erwähnen so nebenbei, daß sich Fälle ereigneten, in denen Arbeiter, die in Gemeindevertretungen gewählt wurden, ihres Mandats verlustig erklärt wurden auf Grund einer Bestimmung der Wahlordnung, daß ein Arbeiter, der von dem Erträgnis seiner Arbeit lebt, nicht Mitglied der Gemeindevertretung sein kann — sind trotz alledem die Sozialdemokraten in 182 Gemeinden durch 536 Genossen vertreten, was ebenfalls nur eine Folge fleißiger Agitation ist und ein Beweis verschärfter Klassengegensätze, welche ihre Mission, die indifferenten Arbeiter aufzuklären und in das sozialdemokratische Lager zu führen, richtig erfüllen.

Etwas langsamer schreiten unsere Organisationen in Mähren vorwärts, obwohl auch dort in der letzten Zeit unsere Bewegung unleugbare Fortschritte aufzuweisen hat. Unsere Genossen siegten dort bei den Gewerbegerichtswahlen in Brünn und Mährisch-Ostrau, bei den Wahlen zur Unfallversicherungsanstalt in zwei neuen Kate-

gorien, in denen unsere Partei bisher nicht vertreten war, verwalten gemeinsam mit den deutschen Genossen die Bezirkskrankenkassen und die Allgemeine Kranken- und Unterstützungskasse in Brünn. Gemeinsam mit den Organisationen der deutschen Genossen disponieren sie über das Mandat der V. Kurie für den I. mährischen Wahlkreis und sind der entscheidende Faktor in einer ganzen Reihe von Krankenkassen auf dem Lande, ja es gelang ihnen trotz der überaus ungünstigen Wahlordnung, in einige Gemeindevertretungen zu kommen. Der Grund dafür, daß keine größeren Erfolge aufzuweisen sind, ist die etwas rückständige kulturelle und politische Entwicklung, die durch den Klerikalismus unter Assistenz der tschechischen und deutschen Bourgeoisie gehemmt wird.

An den letzten Landtagswahlen nahm unsere Partei nicht teil, da sie im vorhinein die Aussichtslosigkeit des Wahlkampfes klar sah. Wurde doch das veraltete Wahlrecht mit seiner monströsen öffentlichen und mündlichen Abstimmung, wobei der Wähler wie ein Schuljunge vor der Wahlkommission die Namen der Kandidaten hersagen muß, was tatsächlich eine Schande des 20. Jahrhunderts ist, in diesem Lande noch verschlechtert. Unsere Partei beschränkte sich daher auf einen energischen Protest gegen die Vorrechte der Deutschen und gegen das schreiende Unrecht, das an den Besitzlosen verübt wird. Die Beseitigung dieses elenden Wahlrechtes muß eine der ersten Aufgaben unserer tschechischen und deutschen Genossen sein und ihren gemeinsamen Angriffen muß die Zerschmetterung so schändlicher Privilegien gelingen.

In der Zeit vom 1. bis zum 3. November 1902 wurde in Prag der fünfte ordentliche Parteitag abgehalten, der einschneidende Beschlüsse über Organisation und Taktik gefaßt hat. Es wurde weiters die wirtschaftliche und politische Situation besprochen und Maßregeln zur erfreulichen Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen dadurch getroffen, daß sich jeder Genosse, besonders aber die Parteitagsdelegierten mit ihrer Mitgliedschaft an der politischen und gewerkschaftlichen Organisation ausweisen müssen, und daß die Bildungsvereine als unzulänglich im Kampf der Arbeiterklasse in allgemeine Gewerkschaftsvereine umgewandelt werden. Der Parteitag widmete ferner seine Aufmerksamkeit den Organisationen der Frauen und der jugendlichen Arbeiter. Dann wurden Bestimmungen festgesetzt, unter denen das Eingehen eines Wahlkompromisses mit einer anderen Partei zulässig ist; mit einer Partei, die die Grundforderungen der Sozialdemokratie nicht anerkennt, darf kein Kompromiß geschlossen werden. Dann wurde noch über Kommunalpolitik verhandelt, das allgemeine, gleiche Wahlrecht, Alters- und Invaliditätsversicherung und Preßreform reklamiert. Durch die Bestimmung über die Einberufung von Landeskonferenzen wurde das Organisationsstatut ergänzt.

Vom 12. bis zum 14. April 1903 tagte in Prag der Kongreß der Gewerkschafts- und Bildungsvereine, welche in der tschechoslavischen Gewerkschaftskommission vertreten sind.

Der Kongreß beschäftigte sich mit dem Verhältnis der Bildungsvereine zu den Gewerkschaftsvereinen, mit der Frage der Arbeitslosen, weiters der Alters- und Invaliditätsversicherung, mit der Frage der Industriekrisen und ihrer Rückwirkung auf die Arbeitsverhältnisse, mit den Bestimmungen über Unfallverhütung, mit der Tätigkeit der Gewerbegerichte und der Reform des Fortbildungsschulwesens. Die gefaßten Beschlüsse werden der Arbeiterschaft gewiß gute Früchte tragen.

Wiewohl verschiedene Organisationsformen versucht wurden, erreichte die Frauenorganisation nur geringe Erfolge. Nicht einmal die von den Frauen geforderte Selbständigkeit in Organisations- und Agitationsarbeiten gestaltete die Tätigkeit unter den proletarischen Frauen lebhafter. Deswegen hob der Parteitag die Bestimmungen über besondere Agitationscomités auf und bestimmte, daß fürderhin die Frauen gemeinsam mit den Männern in den lokalen, gewerkschaftlichen und politischen Organisationen tätig sein sollen, wo auch für ihre Schulung und Ausbildung gesorgt werden soll.

Die Gründe dafür, warum die Frauen so schwer die Notwendigkeit der Organisation begreifen, wiewohl gerade sie doch als Frauen und als Arbeiterinnen doppelt um eine bessere Zukunft auch ihrer Töchter sorgen sollen, sind tieferer Natur. Sie sind in der häuslichen Erziehung zu suchen, die aus den Frauen unselbständige Geschöpfe macht, energielose Geschöpfe, die zwar mit beispielloser Geduld jedes Elend des Lebens der Armen zu tragen vermögen, aber nicht die Kraft haben, konsequent und andauernd dem gesetzten Ziele nachzugehen. Die Genossen, die zu Hause für eine Aenderung zum besseren sorgen werden, werden ihre Frauen und Töchter zu selbständig denkenden Geschöpfen erziehen, zu Geschöpfen mit der zur initiativen Tätigkeit nötigen Energie und werden somit den Frauen und unserer Bewegung den größten Dienst erweisen.

Die Organisierung der Jugend weist einen kleinen, aber doch kennbaren und erfreulichen Fortschritt auf. In einer ganzen Reihe von Orten konzentriert

sich die Jugend in Turnvereinen, die ein wichtiger Teil unserer Partei werden könnten, wenn darin nicht nur auf die körperliche, sondern auch auf die geistige Erziehung der Mitgliedschaft im Geiste der Sozialdemokratie geachtet würde. Heuer hatten die tschechischen Turnvereine ihren ersten selbständigen Kongreß, bei dem die Grundlage zur weiteren hoffnungsvollen Entwicklung gelegt wurde.

Die Maifeier war in beiden Jahren, besonders in größeren Industriezentren sehr würdig, wiewohl die Umstände, so zum Beispiel die schwere wirtschaftliche Krise und das schlechte Wetter, der Feier nicht halb so günstig waren wie sonst. Ohne Uebertreibung kann man sagen, daß sich die tschechische Arbeiterschaft die Feier des 1. Mai als Demonstration für den Achtstundentag, als Demonstration gegen alles Unrecht und gegen die Mißstände in der Gesellschaft durch ganztägige Arbeitsruhe nicht mehr nehmen läßt.

Die tschechoslavische Sozialdemokratie vergaß auch nicht an die Festigung der brüderlichen Beziehungen mit den Bruderparteien der übrigen Nationen. Durch Entsendung eines Delegierten, des Gen. Němec, beteiligte sich die Partei am Parteitage der deutschen Genossen in Aussig a. d. E. im Jahre 1902, dann am Parteitage der Genossen in Deutschland in München 1902 und Dresden 1903 und durch ein Begrüßungsschreiben am Parteitage der polnischen und slovenischen Genossen im Jahre 1901. Schmerzlich erregt beteiligte sich die Partei am Begräbnisse des lieben Freundes und Genossen, des verdienten Kämpfers für Volksrechte in Oesterreich, Julius Popp.

Die Tücke des Todes entriß uns zahlreiche Genossen, so im Laufe der letzten zwei Jahre besonders die Genossen Alois Krejčí, Franz Kompřda, Wenzel Švarc und Johann Trejbal, insgesamt Kämpfer, deren ausdauernde Tätigkeit ihnen eine dankbare Erinnerung sichert.

In Zahlen ausgedrückt, sieht die Tätigkeit und Kraft der tschechoslavischen Sozialdemokratie so aus:

Die Partei hat jetzt in 32 Wahlkreisen Böhmens, Mährens, Nieder- und Oberösterreichs 346 lokale Organisationen, die von Lokalausschüssen geleitet werden. Außerdem gibt es in den angeführten Wahlkreisen 548 Orte, in denen die Partei ihre Vertrauensmänner hat, wo der Boden für unsere Bewegung vorbereitet ist, wo vielleicht auch schon ein zur Partei sich bekennender Verein existiert, wo aber wegen Mangels an Mitteln oder passender leitender Kräfte die politische Organisation nicht ausgebaut ist.

Arbeitervereine, die im Sinne der sozialdemokratischen Prinzipien wirken, zählt die Partei: 68 politische, 446 gewerkschaftliche (auch Ortsgruppen mitgerechnet), 376 Bildungsvereine, 60 Unterstützungsvereine, 29 Turnvereine und andere, im ganzen also 979 Vereine mit 49.117 Mitgliedern.

In der tschechoslavischen Gewerkschaftskommission in Prag sind etwa 22.000 zahlende Mitglieder konzentriert. Die Gewerkschaftskommission erhält zwei Sekretariate, in Pilsen und in Kladno, in anderen größeren Städten hat sie ihre Vertrauensmänner.

Oeffentliche Volksversammlungen und Meetings wurden nach uns zugegangenen Mitteilungen 5624 abgehalten, weiters 4124 Vereinsversammlungen, 3453 § 2-Versammlungen, im ganzen also 13.201. Diese Zahl zeigt, daß die Ereignisse der letzten Zeit die Arbeiterschaft mehr denn je dazu bewogen haben, das Versammlungsrecht und die Möglichkeit zur Meinungsäußerung gründlich auszunützen in der Verteidigung der Rechte des gesamten Proletariats.

Infolge ihrer politischen Tätigkeit wurden 327 Personen gestraft, allerdings alle zu kleineren Arrest- oder Geldstrafen, deren größter Teil auf Rechnung des ungeheuerlichen § 23 des Preßgesetzes fällt.

Die Parteipresse weist auch in diesem Zeitabschnitt einen großen Aufschwung auf. Sie besteht aus folgenden Blättern:

a) politische:

| | |
|---|---|
| Taglätter: | „Právo Lidu“ (Prag) |
| | „Dělnické Listy“ (Wien) |
| dreimal wöchentlich: | „Rovnost“ (Brünn) |
| | „Svoboda“ (Kladno) |
| zweimal wöchentlich: | „Nová doba“ (Pilsen) |
| wöchentlich: | „Záře“ (Prag) |
| | „Nový jihočeský dělník“ (Budweis) |
| | „Severočeský posel“ (Teplitz) |
| | „Hlas lidu“ (Proßnitz) |
| | „Duch času“ (Mährisch-Ostrau) |
| vierzehntägig: | „Stráž v Pojizeří“ (Jung-Bunzlau) |
| | „Naše obrana“ (Přibram) |
| | „Ženský list“ (Arbeiterinnen-Zeitung, Prag) |
| monatlich: | „Sborník mládeži“ (Organ der jugendlichen Arbeiter, Prag); |

b) die gewerkschaftliche Presse zählte im ganzen 19 Blätter, von denen die Organe der Metallarbeiter („Kovodělník"), der Bergarbeiter („Na zdar!"), der Buchdrucker („Veleslavín") und der Textilarbeiter („Textilník") wöchentlich erscheinen.

Weiters besitzt die Partei eine Revue („Akademie"), ein antiklerikales Kampfblatt („Cervánky"), ein humoristisches, monatlich erscheinendes Blatt („Rašple") und eine belletristische Monatsschrift („Rudé květy"). Das „Tiskové družstvo" (Verlagskonsortium der Partei, verbunden mit dem Blatte „Zář") gab vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 im ganzen 33 größere Arbeiten und Broschüren in einer Gesamtauflage von 246.600 Exemplaren heraus.

Die Parteifinanzen haben sich in den letzten Jahren bedeutend gebessert durch Einführung der direkten Parteisteuer, die von jedem Parteiangehörigen eingehoben wird und zugleich die Grundlage zur Teilnahme an Entscheidungen in Parteiangelegenheiten bildet. Die Einnahmen der Parteikasse betrugen vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 Kr. 15.405·35, die Ausgaben Kr. 14.319·72.

Zum Schlusse unseres Berichtes zum Gesamtparteitage sprechen wir die Hoffnung aus, daß uns die gemeinsame fleißige Arbeit in der nächsten Periode um einen Schritt weiter bringt zu unserem Ziele, uns tschechische Proletarier gemeinsam mit unseren Brüdern anderer Nationen: der Befreiung aus dem wirtschaftlichen und politischen Joch des Kapitalismus.

Karl Vaněk, Parteisekretär.

---

# Bericht der polnischen Exekutive.

Die wirtschaftliche Depression in Galizien, von der wir vor zwei Jahren an dieser Stelle berichteten, dauerte durch diese ganzen zwei Jahre nicht nur an, sondern sie hat sich — wenn das nicht wie ein Superlativ klingt — noch bedeutend gesteigert. Die kümmerlichen Reste des Handels und des Gewerbes, die noch übriggeblieben sind, liegen gänzlich brach. Viele Tausende, ja Hunderttausende von Arbeitern, die keine Arbeit mehr zu Hause finden können, wandern weit von ihrer Heimat, nach Westfalen, nach Nordamerika, nach Brasilien, Argentinien und Mexiko, sogar nach Afrika und Australien aus. Das größte Kontingent der Emigranten nach Nordamerika liefern eben die polnischen und ruthenischen Bauern und Arbeiter aus Galizien.

Die zügellose Wirtschaft der galizischen Schlachta vernichtet nicht nur das gesamte politische und ökonomische Leben im Lande, sie degeneriert die ganze Bevölkerung sowohl physisch wie geistig, sie entvölkert direkt das Land.

Die Landtagswahlen im Jahre 1901 brachten der Schlachta einen glänzenden Sieg. Dieser Sieg wurde aber davongetragen nicht durch den moralischen Einfluß, die Werbekraft der politischen Programme der Schlachta, der Klerikalen und der Reaktionisten, sondern einzig und allein durch das indirekte und mündliche Wahlunrecht. Das haben am besten die Ersatzwahlen für ein Mandat für den Reichsrat aus der städtischen Kurie in Krakau, welche knapp nach den Wahlen für den Landtag durchgeführt wurden, bewiesen. Die reaktionäre Majorität der Landtagswahl verwandelte sich — man könnte sagen in einer Nacht — in eine Minorität bei der betreffenden g e h e i m e n Reichsratswahl! Der Stanczykenkandidat unterlag schmählich einem Oppositionellen. Dieser Fall steht nicht abgesondert da. Bei den Gemeindewahlen in Krakau und Lemberg zeigte sich das noch besser. In Krakau feierte im Jahre 1902 Genosse Ignaz Daszynski und in Lemberg im Jahre 1903 Gen. Josef Hudec seinen Einzug in den G e m e i n d e r a t!

Das politisch gereifte und klassenbewußte organisierte Proletariat Galiziens versteht aus diesen Tatsachen die richtige Lehre zu ziehen. Der Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für die Gemeinde-, Landtags- und Reichsratswahlen entbrannte nun im Sommer des Jahres 1903 mit erneuerter Kraft und er wird mit unermüdlicher Ausdauer geführt.

Seit einiger Zeit wird in Galizien in der bürgerlichen Presse und in Versammlungen eine rege Agitation für die sogenannte „Industrialisierung" Galiziens geführt. Es werden besondere Institutionen getroffen, eigene Blätter und Vereine gegründet, welche diese Idee propagieren und zur Durchführung bringen sollen. Unsere Partei wünscht selbstverständlich nichts mehr, als daß diese Bestrebungen bald zur Tatsache werden und Galizien sich in ein reiches Industrieland verwandelt. Wir wünschen das im Interesse des Proletariats selbst. Aber wir wissen es ebenso gut, daß, so lange das jetzt herrschende Regime im Lande und im Reiche nicht gebrochen ist, so lange bleibt

auch diese Idee ein leeres Wort, ein Phantom, das keine Aussicht auf Verwirklichung beanspruchen darf.

Ebenso verhält es sich mit einem anderen Hirngespinst, für welches sich einige phantastische Politiker aus dem Lager der polnischen Nationalen, „National-Demokraten", wie sich selbe fälschlich zu nennen belieben, ereifern: Sie verlangen nichts mehr und nichts weniger als die Ausschaltung aus Oesterreich und die Selbständigkeit Galiziens. Die Propaganda für diese Idee findet einen ziemlichen Anklang bei dem jüngeren Teil der städtischen Intelligenz und beim Kleinbürgertum. Der Standpunkt der sozialdemokratischen Arbeiterschaft in dieser Frage ist klar und deutlich; er ist in unserem Programme, unserer bisherigen Taktik und den Beschlüssen des Brünner Gesamtparteitages gegeben. Wir erklären einfach kurz und bündig: Einverstanden, aber . . . vor allem und zuerst muß das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht kommen, zuerst muß die Macht der Schlachta gebrochen werden, muß nationaler Friede im Lande zwischen den Polen und Ruthenen geschlossen werden, dann erst reden wir gerne über andere Zukunftspläne. Zur Charakterisierung dieser „National-Demokraten" sei gesagt, daß ihnen nichts greulicher erscheint als diese Forderungen einer wahren Volksdemokratie! . . .

Wie groß die Rechtsunsicherheit und die Rechtlosigkeit der Landbevölkerung in Galizien gegenüber dem allmächtigen Großgrundbesitzer ist, zeigt uns am deutlichsten folgender Vorfall, welcher im Jahre 1901 sich abspielte. In Manasterzec führte die Bauerngemeinde mit dem Gutsherrn Grafen Krasicki einen langjährigen Streit wegen einer kümmerlichen Viehweide. Dabei kam es einmal vor, daß die bewaffnete Dienerschaft des Grafen, unter Anführung von zwei Gendarmen, die Bauern überfiel. Es kam zum Kampfe — das heißt: die Gendarmen und die mit Jagdgewehren bewaffneten Diener schossen einfach auf die wehrlosen Bauern. Drei Bauern waren tot, viele wurden schwer verwundet. Die Staatsanwaltschaft klagte jedoch nicht die mörderischen Knechte des Grafen, sondern die noch am Leben gebliebenen Bauern an. Das moderne „ius gladii" des gräflichen Großgrundbesitzers fand jedoch kein Verständnis bei den Richtern aus dem Volke und das Schwurgericht sprach die Angeklagten frei.

In Anbetracht solcher Tatsachen, welche besonders in Ostgalizien zur täglichen Erscheinung geworden sind, darf man sich nicht wundern, daß dem unmenschlich geknechteten und bis aufs Mark ausgebeuteten Volke endlich doch die Geduld gerissen war. Schon im Laufe des Sommers im Jahre 1901 fanden hie und da partielle Arbeitseinstellungen der Landarbeiter statt. Den Anfang machten die Bauern in Starzawa, Bezirk Mościska, bei dem Pächter Noel Fuß.

Die Erntezeit des Jahres 1902 wurde für die Latifundienbesitzer in Ostgalizien zu einer wahren Schreckenszeit. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich unter den bisher sklavisch untergebenen, lammfrommen und genügsamen Bauern und Gutsknechten „der Geist des Trotzes" und „der Unzufriedenheit". Die Bauern und die Landarbeiter wollten nicht mehr um einen Taglohn von 15 bis 40 kr. täglich roboten, sie griffen zu der modernen Waffe des Klassenkampfes — sie streikten einfach. Die Gutsknechte und das übrige Hofgesinde erklärten sich mit ihren Brüdern aus dem Bauerndorfe solidarisch. Die Geschichte der Agrarstreiks in Galizien im Jahre 1902 ist aus dem Dringlichkeitsantrage, welcher vom Sozialdemokratischen Verbande am 16. Oktober 1902 im österreichischen Abgeordnetenhause eingebracht wurde, und aus den Reden des Abgeordneten Gen. Ignaz Daszynski, welche er zu diesem Antrage am 28. und 30. Oktober 1902 hielt, genügend bekannt. In mehr als 500 Gemeinden, in 24 Bezirken, brachen die Streiks aus. Sämtliche Behörden, die staatlichen sowohl wie die autonomen, Staatsanwalt und Richter, Gendarmerie, Polizei und Militär — Infanterie und ungarische Husaren — der niedrige und der hohe, der katholische und der jüdische Klerus, die gesamte konservative und die polnische national-chauvinistische Presse, mit einem Worte alles, was nicht proletarisch ist, wurde gegen die „Rebellanten" mobilisiert. Viele Hunderte von Bauern, Männer und Weiber, wurden in Ketten geschlagen, lange Wochen (meist fünf bis sieben Wochen lang) in Untersuchungshaft gehalten, um dann meist wegen, in Oesterreich gewöhnlicher, Uebertretungen des Koalitions- oder des Versammlungsgesetzes zu Arreststrafen von drei bis sechs Tagen verurteilt zu werden. Schließlich siegte doch die wunderbare Zähigkeit und Solidarität der Streikenden. Die riesige Verbreitung der Ausstände und der absolute Mangel an fremden Arbeitskräften war ihnen dabei behilflich. Sie erlangten fast überall eine kleine Lohnaufbesserung.

Den rein ökonomischen Kampf der armen, hungernden polnischen und ruthenischen Landarbeiter wollten die ruthenischen Chauvinisten als einen Kampf um „ihre" nationalen Rechte ausposaunen; andererseits strengten sich die ihnen ebenbürtigen polnischen Demagogen an, den Massenausstand in ein Komplott gegen das Polentum in Ostgalizien umzulügen. Daß ihnen das gründlich mißlungen ist, ist ein großes Verdienst unserer Partei.

Der Kampf mit der übermütigen Soldateska und dem berüchtigten Korpskommandanten General Galgoczy, welchen unsere Genossen in Przemysl begonnen haben und in den bald auch die Redaktion „Naprzod" und noch einige oppositionelle Redakteure verwickelt wurden, endete mit einem vollständigen Siege der Partei. Zwar wurde unser Genosse Witold Reger als Soldat von dem Landwehr-Garnisonsgerichte in Przemysl zu einer sechsmonatlichen strengen Haft, verschärft mit zwei Monaten Einzelarrest mit hartem Lager und mit einem Fasttage in jeder Woche verurteilt, aber der große, vier Wochen dauernde Prozeß vor dem Schwurgerichte in Lemberg und mehrere Prozesse in Krakau, Lemberg und Przemysl endeten mit Freisprüchen der Angeklagten. In einem solchen Preßprozeß gegen den Redakteur des „Naprzod" Gen. Dr. Sigismund Marek versuchte der Krakauer Staatsanwalt dem Schwurgerichtssaale auf diese Weise zu entwischen, daß er bloß eine Anklage wegen Hilfeleistung der Soldaten zur Begehung des Verbrechens der Meuterei erhob und den Redakteur vor den gewöhnlichen Gerichtshof zitieren wollte. Das Oberlandesgericht in Krakau akzeptierte diese Anschauung der Staatsanwaltschaft, indem es die Anklageschrift bezüglich der Kompetenzfrage bestätigte. Der Gerichtshof erklärte sich jedoch nach durchgeführter Verhandlung als nicht zuständig. Die Staatsanwaltschaft reichte die Nichtigkeitsbeschwerde ein. Der Oberste Gerichtshof verwarf jedoch die Beschwerde, ohne eine öffentliche Sitzung anzuberaumen. Nachdem auf diese Weise der hinterlistige Plan der Krakauer Staatsanwaltschaft ins Wasser gefallen war, zog sie die ganze Anklage einfach zurück ....

Das von der Parteiexekutive in Krakau herausgegebene Parteiorgan „Naprzod" erscheint nun das vierte Jahr täglich, trotz allen Hindernissen und Verfolgungen. Um zu beweisen, wie weit der Verfolgungswahn des Krakauer Staatsanwaltes zu gehen vermag, genügt, wenn wir folgende Tatsachen anführen: in der Periode vom April 1900, als das Blatt täglich zu erscheinen begonnen hat, bis zum 30. Juni 1901 wurde es 113mal und in der Zeit vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 genau 100mal konfisziert. Im Zeitpunkte, als dieser Bericht niedergeschrieben wird, zählt der „Naprzod" schon die 234. Konfiskation seit seiner Gründung als Tagblatt, das heißt seit $3^1/_2$ Jahren! Das ist unstreitig der höchste bis jetzt errungene Rekord ... Aber noch einige charakteristische Proben für die Krakauer Zustände. Einmal bezeichnete es der Krakauer Staatsanwalt als „offene Frage", ob die Administration des Blattes berechtigt sei, eine nichtkonfiszierte Nummer an die Tür anpicken zu lassen; er klagte und errang eine Verurteilung des verantwortlichen Administrators wegen § 23 des Preßgesetzes. Das anderemal betrachtete er wieder als „offene Frage", ob die Redaktion berechtigt sei, in ihren Lokalitäten einzelne Nummern zu verkaufen. Diesmal wurde er mit der Klage abgewiesen. Das drittemal erreichte er eine Verurteilung des Redakteurs wegen § 21 des Preßgesetzes deshalb, weil eine amtliche Berichtigung eines Telegramms unter den Tagesneuigkeiten eingeschaltet wurde u. s. w. u. s. w. Schier unendlich ist die Reihe der staatsanwaltschaftlichen Einfälle des Herrn Dolinski. Wir könnten auch diesmal wiederholen: Die einzige Sorge des Krakauer Staatsanwaltes des Herrn Dolinski scheint es zu sein, den „Naprzod" zu vernichten. Leider findet er reichliche Unterstützung bei dem Gerichtshofe, welcher alle seine Konfiskationen gutheißt und bestätigt. Unter anderem wurde auch unser neues Wiener Parteiprogramm und eine Rede des Gen. Karl Kautsky, die er am Wiener Parteitage hielt, im „Naprzod" konfisziert.

Außer dem Tagblatte „Naprzod" erscheint noch in Krakau alle 14 Tage ein Bauernblatt „Prawo Ludu", welches in 1200 Exemplaren gedruckt wird und eine sehr große Verbreitung unter der Landbevölkerung findet. „Prawo Ludu" wurde in der Berichtsperiode siebenmal konfisziert.

Die populär-wissenschaftliche Monatsschrift „Latarnia" erscheint nun seit einem Jahre, nachdem sie früher vom Dolinski „eingestellt" wurde, regelmäßig. Jede Nummer hat eine Auflage von zehntausend Exemplaren und es mußte von einigen Nummern bereits eine zweite Auflage verfertigt werden. Rund gingen schon mindestens 300.000 dieser kleinen roten Büchel, die einen Untertitel „Sozialistische Missionen für das arbeitende Volk" führen und zu 6 H. per Exemplar verkauft werden, ins Land, überall Licht und Aufklärung verbreitend.

Der „Arbeiter-Kalender", welcher bereits das elfte Jahr erscheint, erreichte eine Auflage von 4000 Exemplaren. Alle wichtigeren Parlamentsreden des Abgeordneten Gen. Daszynski wurden ins Polnische übersetzt und in vielen Tausenden verbreitet.

Die gewerkschaftliche und politische Organisation des polnischen Proletariats in Galizien und Schlesien hat viele und große Schwierigkeiten — von denen die größten der Mangel jeder Industrie in Galizien, die Armut, das niedrige kulturelle Niveau und die geistige Verkommenheit der Volksmassen sind — täglich zu besiegen. Trotzdem schreiten wir langsam, aber stetig vorwärts und die Partei-

exekutive hat immer ihr Möglichstes getan, um ihren ehrenvollen Pflichten nachzukommen.

Durch die Aktion für die Einführung einer Invaliden- und Altersversicherung verstand es die Parteiexekutive, die breitesten Schichten der Bevölkerung für diese wichtige Sache zu gewinnen. Es wurden viele Tausende von Flugblättern ausgeteilt, viele Versammlungen und Demonstrationen abgehalten und endlich mehrere Hunderte Petitionen mit vielen Tausenden Unterschriften gesammelt und dem Reichsrate gemeinschaftlich mit gleichen Petitionen der Bruderorganisationen anderer Länder vorgelegt.

Zur Agitation für das gleiche, direkte und geheime Wahlrecht wurde außer dem Manifeste der Gesamtexekutive noch eine besondere polnische Flugschrift in einer Auflage von 40.000 Exemplaren herausgegeben. Sie wurde zwar konfisziert, aber die Polizei bekam kein einziges Exemplar zur Hand. Die „Flugschrift" erschien nämlich als eine besondere Zeitschrift!

Groß ist ebenfalls die Zahl anderer Flugblätter, die bei verschiedenen Anlässen herausgegeben wurden.

Bei den Gewerbegerichtswahlen in Lemberg, Krakau und Bielitz wurden die von der Organisation aufgestellten Kandidaten gewählt. Zu den bereits früher eroberten städtischen Krankenkassen in Lemberg, Krakau und der Bezirkskrankenkasse in Przemysl gesellten sich in der Berichtsperiode drei weitere Bezirkskrankenkassen in Krakau, Rzeszow und Jaroslau. Jetzt gehen auch die Genossen in Stanislau, Tarnopol, Stryj, Podgorze, Biala und Tarnow an die Arbeit, um den Augiasstall der „Diebsnester", wie die Bezirkskrankenkassen in Galizien allgemein beim Volke genannt werden, gründlich auszukehren.

* * *

Nachdem der Lemberger Parteitag im Jahre 1901 die Organisationsverhältnisse der Partei geregelt hat, beschloß der achte Parteitag der polnischen sozialdemokratischen Partei Galiziens und Schlesiens, welcher am 4., 5. und 6. Jänner 1903 in Przemysl tagte, die Einführung einer Parteisteuer zugunsten der Parteiexekutive und den weiteren Ausbau der Parteiorganisation.

Die Einnahmen der Parteiexekutive in der Berichtsperiode vom 1. Juli 1901 bis zum 30. Juni 1903 betrugen Kr. 1368·90, die Ausgaben Kr. 1176·80.

Nach den Beschlüssen des siebenten und achten polnischen Parteitages ist die Parteiorganisation in fünf Agitationskreise gegliedert. Von der Schaffung besonderer Wahlkreisorganisationen haben wir vorläufig in Anbetracht der herrschenden Zustände Abstand genommen.

Krakau, im Oktober 1903.

Im Auftrage der polnischen Parteiexekutive:
T. Reger.

---

# Bericht der ruthenischen Exekutive.

„Die Partei sieht es jetzt als ihre Hauptaufgabe an, ständige Organisationen auf dem Lande zu errichten und von dem Gelingen derselben hängt auch ihre weitere Entwicklung ab." Mit diesen Worten haben wir unseren Bericht vor zwei Jahren geschlossen und heute wollen wir versuchen anzugeben, was in dieser Hinsicht in den letzten zwei Jahren geschehen ist: Man muß ein ruthenisches Dorf vor Augen haben, weit vom Verkehr, mit unverläßlicher Postverbindung (ihr Parteiblatt wird den Genossen von der Post absichtlich nicht zugestellt), mit einer großen Zahl Analphabeten (gegen 70 Prozent) und zwei wachsamen Hütern der bestehenden Ordnung in Person des ruthenischen Pfaffen und polnischen Schlachzizen, die gegen einen einwandernden sozialdemokratischen Agitator sofort die skrupellose galizische Gendarmerie hetzen. Wenn man noch hinzufügt den absoluten Mangel an geeigneten Versammlungslokalen und das Abtreiben derselben durch Einschüchterung der jüdischen Wirtshauspächter mit polizeilichen Schikanen, wird man ein Bild der ungeheuren Schwierigkeiten haben, mit welchen die ländliche Agitation verbunden ist. Um auf dem flachen Lande festen Fuß zu fassen, wurden in einzelnen Landgemeinden sozialdemokratische Bildungsvereine „Wola" (Freiheit) gegründet und dadurch die Möglichkeit gegeben, allgemein zugängliche

Vereinsversammlungen in Vereinslokalen abzuhalten. Auf diese Art wurden ganze Bezirke, wie Zbaraz, Przemysl, Buczacz, Czortkow, Stanislau, mit einem Netz sozialdemokratischer Agitationsnester übersäet und das Resultat war manchmal überraschend: so hat sich die ganze Bauernschaft des Bezirkes Zbaraz (über 50.000 Einwohner) in mehreren öffentlichen Versammlungen nach einer sehr regen und gründlichen Debatte für die Sozialdemokratie erklärt und trotz einer lebhaften Agitation der Nationalpartei gegen dieselbe.

Im Vordergrund der Parteitätigkeit stand die große Streikbewegung der ruthenischen Landarbeiter im Sommer 1902. Wenn auch der Ausbruch dieser großartigen Bewegung (es standen im Streik über 200 Ortschaften und mehrere Hunderttausende Arbeiter in einer Landesfläche von über 100 Quadratkilometern) für die Partei ganz unerwartet kam, strengte sie doch alle ihre Kräfte an, um der elementaren Bewegung, die allein durch schändliche Hungerlöhne (24 bis 80 H. Tageslohn in Geld oder Korn) hervorgerufen wurde, die Form und den Charakter einer modernen Streikbewegung zu geben. Eine vom Genossen Wityk verfaßte Broschüre: „Wie soll man vorgehen in der Zeit des Streiks?", verbreitet in wenigen Tagen im ganzen Streikgebiet, belehrte die Streikenden über alle Rechtsfragen, die auf den Streik Beziehung haben könnten, und hatte den Erfolg, daß die Streikbewegung mit sehr wenigen Ausnahmen überall mit Ernst und Ruhe vor sich ging. Unsere Genossen haben es zustande gebracht, daß überall von den Streikenden Streikcomités gewählt wurden, welchen die Streikenden mit bewunderungswürdiger Selbstverleugnung auch in schwierigsten Momenten (nach galizischer Rechtsanschauung der Schlachzizen und Verwaltungsbehörden wurden ja die Streikenden von Gendarmerie und Militär durch Gewalt zur Arbeit zu zwingen versucht — es ereigneten sich viele Provokationen mit Schießerei und Blutvergießen) mit größter Disziplin folgten. Es war meistens nur dem Eingreifen unserer Genossen zuzuschreiben, daß mit wenigen Ausnahmen fast alle Streiks für die Landarbeiter siegreich beendet wurden.

Der Armee des internationalen Proletariats auch organisierte Landarbeiter des flachen Landes anzugliedern, ist sicher eine schwere, aber zivilisatorische Aufgabe; sie zu erfüllen trachtete die ruthenische Sozialdemokratie bei ihren schwachen Kräften recht erfolgreich. Das Parteiblatt weist einen ständigen Zuwachs an Abonnenten aus — mehrere Agitationsbroschüren wurden in Zeitabständen von zwei bis drei Monaten herausgegeben und verbreitet. Am 21. und 22. März l. J. wurde der erste Parteitag der ruthenischen Sozialdemokratie in Lemberg abgehalten. Beschickt wurde er von 36 Delegierten aus verschiedenen Bezirken Ostgaliziens. In regen Beziehungen mit der ruthenisch-ukrainischen Sozialdemokratie im russischen Reiche hat unsere Partei derselben auch tätigen Beistand geleistet bei Büchertransporten über die russische Grenze, wobei leider unsere Verwaltungsbehörden eine zweideutige Rolle gespielt und es sogar den russischen Polizeiorganen ermöglicht haben, auf unserem Gebiete zu intervenieren. Eine Demonstration in Przemysl zur Zeit des Zarenbesuches war ein äußerer Ausdruck des intimen Verhältnisses zu unserer Bruderpartei in Rußland und der Sympathie für ihr Tun und Lassen.

---

# Bericht der italienischen Exekutive in Triest.

Die italienischen Sozialdemokraten Oesterreichs mußten sich auch während der letzten zwei Jahre hauptsächlich — ja beinahe ausschließlich — damit befassen, die Arbeiterschaft gewerkschaftlich zu organisieren und somit der künftigen politischen Tätigkeit des Proletariats einen fruchtbaren Boden zu bereiten. An aktiver politischer Tätigkeit hat die italienische Partei nicht viel zu verzeichnen, obwohl sie nach Maßgabe der eigenen Kräfte es nie unterlassen hat, in allen von der Gesamtpartei aufgeworfenen Fragen auch ihre Stimme zu erheben.

Im Verzeichnis der politischen Aktionen der Partei ist der von der Partei proklamierte Generalstreik in Triest hervorzuheben, der als ein politischer Streik anzusehen ist, weil er das ganze Proletariat unserer Hafenstadt zu einer bewunderungswürdigen solidarischen Bewegung gegen ein 150 Jahre altes Gesetz über den Seedienst und gegen den Mißbrauch der Marinesoldaten zu Streikbrecherdiensten vereinigt hatte. Der Generalstreik endete mit einem glänzenden Siege, kostete aber der Arbeiterklasse 12 Menschenleben, unzählige Verwundungen und Jahre Kerkers, mehrere Hunderte Ausweisungen. Den von allen vernachlässigten und vergessenen Arbeitern des Seeverkehres war aber endlich ein bißchen Freiheit und die Möglichkeit der Organisation erkämpft worden,

und den bornierten Regierungsvertretern Oesterreichs wurde noch einmal gelehrt, daß die altösterreichischen Systeme immer weniger in die Gegenwart passen.

Seitdem wird von den politischen Behörden das Vereins- und Versammlungsrecht mit modernerem Geiste gehandhabt, und unsere Partei konnte wiederholt den Beweis liefern, daß durch die Freiheit die öffentliche Ordnung viel besser geschützt ist als durch die dazu berufenen Organe.

Bedeutendes hat die Partei durch ihre Arbeiter-Fortbildungsvereine für die geistige Hebung des Proletariats geleistet. Durch Heranziehung der besten Parteigenossen Italiens ist es dem Triester Circolo di studi sociali gelungen, ununterbrochene Volksuniversitätskurse zu veranstalten, an denen Hunderte und Tausende Arbeiter teilnahmen. Der Erfolg der Sozialdemokraten drängte ähnliche Veranstaltungen der weit mehr bemittelten nationalen Bourgeoisie ganz in den Hintergrund.

Die Parteipresse ist an Zahl stärker geworden; das Zentralorgan „Il Lavoratore" erscheint seit einem Jahre dreimal wöchentlich und hatte schon eine Auflage von 5000 Exemplaren erreicht, ging aber wieder auf 3000 zurück, als die Genossen von Görz und Gradisca ihr eigenes Wochenblatt „Nuova Idea" und jene Dalmatiens das zweisprachige (kroatisch-italienische) „Socialista" gegründet haben. Die Genossen Istriens werden in nächster Zeit das nach der Erkrankung Domokos' eingestellte „Il Proletario" wieder ins Leben rufen.

Der 1. Mai wurde seit zwei Jahren in Triest allgemein gefeiert: es ruhten nicht nur die Werkstätten, sondern auch der ganze Hafenverkehr; sämtliche Geschäfte und Banken waren geschlossen. Auch in den Provinzen wurde der 1. Mai in bedeutend größerem Maße als bisher gefeiert. Aus den entlegensten Dörfern Istriens kam uns die Nachricht, daß das Arbeiterfest gefeiert worden war.

In der Berichtsperiode wurde ein Parteitag der italienischen Sozialdemokraten Oesterreichs am 5. und 6. Jänner 1902 in Triest abgehalten. Die Gesamtpartei war durch Gen. Dr. Ellenbogen, die reichsitalienische durch Gen. Cabrini vertreten. Derselbe Parteitag wählte den Gen. Dr. Ellenbogen zum Vertreter der italienischen Sozialdemokraten Oesterreichs in die Gesamtparteivertretung.

Außerdem wurden in Gradisca, in Pola und in Spalato Ende 1902 Landeskonferenzen abgehalten, von denen die in Spalato besonders hervorzuheben ist, weil sie für ganz Dalmatien den Beginn eines neuen Zeitalters zeichnete. Seitdem konnte man im unterdrückten Dalmatien mit der Agitation und Organisation vorwärts schreiten und die willkürlichen politischen Behörden durch die Presse und durch die Interpellationen des Dr. Ellenbogen eines Besseren belehren. Die Arbeiter Dalmatiens danken der Sozialdemokratie, wenn sie sich halbwegs bewegen und versammeln können, ohne von den Gendarmen überrumpelt zu werden.

Die Agitation ist sehr mangelhaft gewesen, weil wir einen großen Mangel an agitatorischen Kräften haben. Es wurden wohl mehrere auch große Versammlungen in den größeren Städten abgehalten; die Parteivertretung mußte aber beinahe ganz darauf verzichten, den Wünschen und den wiederholten Anfragen der kleineren Ortschaften nachzukommen.

An dieser Stelle sei erwähnt, daß die Italiener in den letzten zwei Jahren zwei ihrer besten Kräfte verloren haben: den Genossen Carlo Ucekar, den Gründer der Partei im Küstenlande, und Lajos Domokos, den jungen, feurigen Agitator und Mitarbeiter aller italienischen Blätter.

Die Lohnbewegungen sind außerordentlich zahlreich gewesen, es haben im ganzen 60 Streiks stattgefunden, die meisten mit gutem Erfolge, einige wenige mit vernichtenden Niederlagen, die darauf zurückzuführen sind, daß der Nachahmungsgeist gänzlich unorganisierte Arbeiter zu unüberlegten Bewegungen hingerissen hatte.

An Landtagswahlen haben sich nur die Genossen von Albona (Istrien) beteiligt. Die Folge davon war, daß sich die italienischen und kroatischen Nationalen gegen die Sozialdemokraten verbündeten.

An Gemeindewahlen beteiligten sich die Genossen in Muggia bei Triest, die 10 Sozialdemokraten durchgebracht haben.

An politischen Verfolgungen haben wir — außer den hohen Strafen anläßlich des Generalstreiks — 10 Monate und 5 Tage Gefängnisstrafen und 30 K Geldstrafen zu verzeichnen; mehrere Genossen wurden prozessiert und freigesprochen. Die Konfiskationen waren immer auf der Tagesordnung; das „Il Lavoratore" hat allein 34 zu verzeichnen, davon die meisten, weil wir mit dem Staatsanwalt über die Beurteilung der Pfaffenwirtschaft nicht einig sind.

# Bericht des Frauenreichscomités an den Gesamtparteitag in Wien 1903.

Leider kann das Frauenreichscomité keinen glänzenden Tätigkeitsbericht erstatten; durch die vor dem Parteitag stattfindende Frauenkonferenz soll die Grundlage für eine fruchtbarere Tätigkeit gegeben werden.

Größere Versammlungen wurden im letzten Jahre nur gegen den Zolltarif abgehalten. Die Bemühungen des Comités, der „Arbeiterinnen-Zeitung" in Wien eine größere Verbreitung zu verschaffen, hatten Erfolg. Die Auflage der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist im letzten Jahre um 1200 gestiegen und wird jetzt in 4400 Exemplaren abgesetzt. Dieser günstige Stand ist hauptsächlich den Organisationen der Heimarbeiterinnen, Tabakarbeiterinnen und dem Verein sozialdemokratischer Frauen und Mädchen zuzuschreiben. Diese Organisationen nehmen stetig an Mitgliedern zu, was für die „Arbeiterinnen-Zeitung" Leserinnen bedeutet. Der Verein der Heimarbeiterinnen hat heute bereits fünf Ortsgruppen in Wien und drei in der Provinz (Steiermark), außerdem einige Zahlstellen. Das sind die Organisationen, auf welche das Frauencomité unmittelbar Einfluß hat, da in jeder derselben Mitglieder des Comités tätig sind. Außerhalb Wiens haben die Comitémitglieder im abgelaufenen Jahre in Niederösterreich, Mähren, Schlesien, Steiermark und Böhmen agitatorisch gewirkt.

Aus Anlaß der Frauenkonferenz hat das Frauenreichscomité Fragebogen an Organisationen und Vertrauenspersonen ausgesendet, deren Beantwortung speziell von der Arbeiterinnenorganisation in Böhmen ein trostes Bild gibt.

Wo die vielversprechendsten Anfänge vorhanden waren, ja selbst wo die ganze Organisations- und Agitationsarbeit in ein festes System gebracht war, liegt heute alles darnieder. So die Organisation der Porzellanarbeiterinnen in Westböhmen, der Glasarbeiterinnen im Isergebirg, der hausindustriellen Arbeiterinnen im Haida-Steinschönauer Gebiet und der Arbeiterinnenvereine in Westböhmen. Wo 500 bis 600 organisierte Arbeiterinnen waren, sind heute kaum 100; als Grund dafür wird bei den Glasarbeiterinnen die Krise angegeben, ebenso in Steinschönau und bei den Porzellanarbeiterinnen in Westböhmen, wo außerdem die Umgestaltung der Organisationsverhältnisse und das Unvermögen der Genossen, neben ihrer Aufgabe, die Männer in der Organisation festzuhalten und neu zu gewinnen, auch noch der Organisation der Arbeiterinnen ihr Augenmerk zuzuwenden, mitgewirkt haben. Manche bezeichnen die Agitation unter den Frauen als Sisyphusarbeit. Wohl wahr, es lehrt aber, daß in der Regel nur Frauen dieser Sisyphusarbeit bei Frauen gewachsen sind, und daß in Zukunft, soll es wieder besser werden, die Frauen selbst das treibende Element sein müssen, die, ohne zu ermüden und überdrüssig zu werden, diese Arbeit machen. Dazu gehört vor allem auch Geld.

Wahlkreise in Böhmen, die schon über 1000 organisierte Frauen hatten, haben heute kaum 300; in dem industriereichen Reichenberger Bezirk sind in 18 Ortsgruppen der Textilarbeiter keine 200 weiblichen Mitglieder! Dies zeigt wohl, daß es nicht geht, die mühevolle Arbeit, die Arbeiterinnen zu organisieren, den Genossen allein zu überlassen, hier müssen Frauen selbst systematisch arbeiten. Ebenso trostlose Bilder bieten einzelne industriereiche Gebiete von Schlesien.

Eine nennenswerte Organisation der Frauen in der Provinz ist heute fast nur dort vorhanden, wo Tabakarbeiterinnen- oder Heimarbeiterinnenvereine sind.

Es ist also viel Arbeit zu tun, um das Vernachlässigte und Versäumte nachzuholen. Vielleicht ist die zweite sozialdemokratische Frauenkonferenz ein Anfang dazu; daß sie notwendig ist, lehrt wohl zur Genüge dieser Bericht.

# Bericht

über die

# parlamentarische Tätigkeit des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten

vom 31. Jänner 1901 bis 25. Juni 1903

an den

# Gesamtparteitag zu Wien 1903.

# Bericht über die parlamentarische Tätigkeit des Verbandes der sozialdemokratischen Abgeordneten

vom 31. Jänner 1901 bis 25. Juni 1903.

Ueber die parlamentarischen Vorkommnisse in der Zeit vom Februar bis Juni 1901 ist allerdings schon bei dem letzten gemeinsamen Parteitage mündlich Bericht erstattet worden. Diese fünf Monate parlamentarischer Tätigkeit lassen sich aber bei diesem ersten schriftlichen Bericht der Vollständigkeit halber nicht gut ausschalten. Es wird daher im folgenden ein Gesamtbericht über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten seit den Neuwahlen 1901 erstattet.

## I. Allgemeines.

Während der Reichsratswahlen im Dezember 1900 und im Jänner 1901 war in unseren Reihen wohl jedermann der Ueberzeugung, daß das zu wählende Parlament nur ein totgeborenes Kind sein werde. Wenn aber das gegenwärtige Haus bezüglich seiner Leistungsfähigkeit auch den allerbescheidensten Ansprüchen, die die Bevölkerung an eine „Volksvertretung" zu stellen berechtigt ist, nicht nachkommt, so hat dieses Privilegienparlament doch ein zäheres Leben bewiesen, als ihm vorausgesagt werden konnte. Es ist wohl die personifizierte Ohnmacht sowohl nach oben wie nach unten hin, allein es will nicht sterben, obgleich es auch nicht leben kann. Seine Tätigkeit ist keine Tätigkeit, die der eigenen Kraft entsprungen ist; es wird nur von außer ihm wirkenden Kräften gestoßen. Das Privilegienparlament ist im günstigsten Falle nur noch ein Mechanismus, der ununterbrochen eingeölt werden muß, wenn er nur ein wenig funktionieren soll, aber es ist kein Organismus mehr, der, selbst lebendig, auch neues Leben und weitere Entwicklung hervorruft.

Um diesen Mechanismus in Bewegung zu bringen, mußte im Jahre 1901 zu dem Mittel der Investitionen gegriffen werden; eine ungeheuer große neue Staatsanleihe war notwendig, um das Parlament „arbeitsfähig" zu machen. Die Vertreter der Alpenländer forderten schon seit einer langen Reihe von Jahren eine zweite Eisenbahnverbindung nach Triest. Um auch die Jungtschechen und den Polenklub für die Sache zu gewinnen, mußte auch für die nördlichen Länder des Reiches eine Neuschöpfung ausgeklügelt werden. Von deutschbürgerlicher Seite wurden die Anträge wegen Herstellung der Kanäle eingebracht, die die Einsetzung des Wasserstraßenausschusses zur Folge hatten. Fällt vorläufig der Hauptvorteil dieses Wasserstraßenbaues auch der Stadt Wien zu, so springt der Nutzen des Kanalbaues und der damit zusammenhängenden Flußregulierungen für die Industrie und Landwirtschaft Böhmens, Mährens und Galiziens so sehr in die Augen, als daß eine solche Vorlage nicht die Bereitwilligkeit aller Parteien zur positiven Arbeit im Gefolge gehabt hätte. Herr v. Koerber war daher sofort mit seiner Kanalvorlage bei der Hand, und die passende Schmiere für den stockenden Mechanismus war gefunden. Herr v. Koerber ließ sich vom Parlamente den großen Investitionskredit von 1250 Millionen Kronen bewilligen, wahrlich ein hoher Preis für die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit des Parlaments. Während der Beratung über die Herstellung von Wasserstraßen setzten es die Tschechen durch, daß ein Betrag von 75 Millionen Kronen von dem Investitionskredite zur Regulierung der Flüsse verwendet werde. Dieser Teil des großen Investitions-Goldregens muß unter allen Umständen als fruchtbringend bezeichnet werden.

Mit den Investitionsvorlagen auf das engste verknüpft war die Branntweinsteuervorlage, durch welche eine Erhöhung der Branntweinsteuer im Betrage von 20 Millionen Kronen im Jahre durchgeführt worden ist. Durch diese Erhöhung der Branntweinsteuer sind die Finanzen der Kronländer aufgebessert worden, das

heißt, mit dieser Branntweinsteuervorlage ist jener Teil des Badeni-Bilinskischen Ausgleichs verwirklicht worden, durch den von der damals geplanten Erhöhung der Bier-, Branntwein- und Zuckersteuer ein Betrag von $10^1/_2$ Millionen Gulden an die Länder überwiesen werden sollte. Während man durch die Investitionsvorlagen dem Großunternehmertum Gewinste zu schaffen sich bemüht war und dem großen mobilen Kapital durch die Art und Weise, wie man die erste Rate der Investitionsrente im Betrage von 250 Millionen Kronen begeben hat, wirklich Millionen in die Taschen spielte, nahm man durch die Erhöhung der Branntweinsteuer den Arbeitern Millionen aus den Taschen. So ergiebig jedoch der Investitions-Goldregen auch war, die Obstruktion ist dadurch doch nicht dauernd behoben worden. Der parlamentarische Mechanismus klapperte nur insolange ächzend weiter, als gerade die Schmiere ausreichte.

In der Session von 1902 wirkte der große Investitions-Goldregen noch insofern nach, als Herr v. Koerber nach einer Beratung von sieben Monaten vom Parlamente das ordentliche Budget bewilligt erhielt, eine „Arbeitsleistung", worüber die der Regierung nahestehende Presse sich sehr erstaunt gebärdete. Ein Parlament, in dem wirkliches politisches Leben pulsiert, das eine wirkliche Macht darstellt und sich dieser seiner Macht auch bewußt ist, wird allerdings nicht in so breiter, schleppender Weise sein oberstes Recht handhaben und gewiß, wenn es schon so „gründlich" arbeitet, sich schließlich nicht zu einer reinen Bewilligungsmaschine erniedrigen. Es muß jedoch bemerkt werden, daß dies die erste regelrechte Budgetdebatte nach einer Pause von vier Jahren und das Bedürfnis nach einer Vorbringung der tausendfältigen Wünsche der Wählerschaft selbst in bürgerlichen Kreisen ein allgemeines war, daher die enorme Dauer dieser Verhandlung erklärlich ist.

Herausgekommen ist bei dieser Budgetberatung, der einzigen, die stattgefunden hat, seitdem die Arbeiterschaft Vertreter im Parlamente hat, außer der Kritik nicht viel. Die vorgebrachten Wünsche fanden kein Gehör, die allermeisten der gerügten Uebelstände bestehen nach wie vor weiter und an dem Budget selbst wurde nichts geändert. Das vom Parlamente bewilligte Budget hat sich in seinen Wirkungen bezüglich der Steuerleistung der Bevölkerung in gar nichts unterschieden von einem sogenannten § 14-Budget.

Ein Parlament muß eben mehr zu tun imstande sein, als der Regierung nur das Budget zu bewilligen, wenn es für die Bevölkerung einen Wert haben soll.

Die Demagogie wird in dem österreichischen Privilegienparlamente von den bürgerlichen Abgeordneten um so schwunghafter betrieben, je offenkundiger sein Verfall wird. Da sie den Zusammenbruch im großen nicht aufzuhalten vermögen, so strengen sie sich an, ihre Wähler wenigstens im kleinen zu retten. Nebst der Obstruktion gehört die Gewerbe- und Bauernretterei zu dem politischen Rüstzeuge sämtlicher bürgerlicher Parteien. Ohne dieses Rüstzeug können sie das Auslangen nicht mehr finden.

Lieferte die Gewerberetterei einen geradezu erschreckenden Beweis von der wirtschaftlichen Kurzsichtigkeit bei Beratung der Abänderung der §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung wie bei Beratung des Hausiergesetzes, so überkugelten sich die Bauernretter förmlich vor Bauernfreundlichkeit bei Beratung des Gesetzes wegen Aufhebung der Mautgebühren auf den ärarischen Straßen. Die Regierung machte aber die Auflassung der Mauten von der Annahme der Fahrkartensteuer abhängig. Ihr mußte zuvor eine neue Einnahme von 12 Millionen Kronen bewilligt werden, bevor sie auf den Entgang der Mautgebühren im Betrage von 2 Millionen Kronen verzichtete. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben für den Wegfall der Mautgebühren gestimmt, ohne sich aber dem Wahne hinzugeben, daß dadurch dem Bauernstande eine besondere Hilfe zuteil werden würde. Von der Auflassung der Mauten hat der Bauer nur insoweit einen wesentlichen Vorteil, als er gleichzeitig auch Lohnfuhrwerker ist. Das sind aber verhältnismäßig nicht gerade sehr viele Bauern. Jene Bauern, die keine Lohnfuhren machen, haben von der Auflassung der Mauten so viel wie nichts. Aber gerade, um ihnen auf die Beine zu helfen, wurde doch die Sache angeblich gemacht.

Den Löwenanteil von der Auflassung der Mautgebühren haben die Bierbrauereien, die Ziegelwerks- und Glashüttenbesitzer wie die Besitzer von Kalkbrennereien, Steinbrüchen u. s. w., kurz, jene Unternehmer und Unternehmungen, welche ihre Produkte noch zum großen Teile per „Achse" versenden. Von diesen Leuten, in vielen Fällen mächtigen Großgrundbesitzern, wurde aber bei der Beratung des Mautengesetzes gar nicht gesprochen. Nur die zu rettenden Bauern führten die patentierten Bauernretter im Munde, aber nicht jene hochmögenden, einflußreichen Leute, denen Hunderte, ja Tausende von Kronen in die Taschen gespielt worden sind. Für die Bauern war's gedacht, für die anderen ward's gemacht. Die eigentlichen Bauern

haben wohl die Fahrkartensteuer mit aufzubringen, bei den Mauten können sie sich den Mund abwischen. Und wie es den Bauern bei der Auffassung der Mauten ergangen ist, so wird es ihnen auch bei den neuen Lebensmittelzöllen ergehen: Sie werden nur die von ihren Führern mißbräuchlich an den Wagen der Großgrundbesitzer gespannten politischen Zugtiere sein.

Herr v. Koerber hat infolge der jungtschechischen Obstruktion für das Jahr 1903 vom Parlament kein Budget bewilligt erhalten, infolgedessen hat er sich's in zwei gleichen Jahresraten auf Grund des § 14 selbst bewilligt. Die erste Rate genehmigte er sich am 31. Dezember 1902 und die zweite Rate am 30. Juni 1903. Der Reichsrat wurde in beiden Fällen kurz vorher nach Hause geschickt. Das provisorische Budget ließen die Jungtschechen nicht durch den Wall ihrer aufgestapelten Dringlichkeitsanträge, das Rekrutengesetz aber, mittelst welchem eine Erhöhung der Militärlasten um ungefähr ein Fünftel geplant war, ließen sie passieren. Dieser neuen Belastung gegenüber brachten sie den parlamentarischen Mechanismus nicht ins Stocken. Dadurch hätten sie in der Gunst bei Hofe eine Einbuße erleiden können und so etwas verträgt die jungtschechische Demokratie nicht mehr. Konnten die Jungtschechen, obgleich ihnen das Herz blutete, nicht für das Rekrutengesetz stimmen, weil sie dieses Gesetz der Regierung Koerber hätten gewähren müssen, so waren die Deutschbürgerlichen dagegen, von den Fortschrittlichen angefangen bis zu den Christlich-Sozialen herunter, noch niemals so militärfreundlich wie im letzten Jahre. Sie verwahrten sich zwar dagegen, Regierungspartei zu sein, aber sie ruhten und rasteten nicht, bevor nicht das Rekrutengesetz angenommen worden war. Die Deutschvolklichen hätten kaum bewilligungsfüchtiger sein können, als sie es waren, auch wenn sie über Krieg und Frieden wie über die auswärtige Politik der „Großmacht" Oesterreich-Ungarn zu entscheiden hätten, obgleich sie hierüber doch ebenfalls gar nichts zu sagen haben. Bis tief in den Morgen hinein mußte das österreichische Parlament auf Betreiben der bewilligungswütigen Deutschbürgerlichen beisammenbleiben, damit nur jenes Gesetz gerade an jenem Tage angenommen werde, das die Kriegsverwaltung ungefähr fünf Monate später selbst zerreißen mußte, indem sie die Fetzen davon der ungarischen Obstruktion vor die Füße legte, um sie nur zum Nachgeben zu bewegen, was aber dennoch nicht gelang.

Die Blamage, die sich das österreichische Privilegienparlament durch diese allzu eilfertige Annahme des Rekrutengesetzes geholt hat, ist untilgbar. In dieser bedingungslosen Preisgebung eines von beiden Häusern des österreichischen Reichsrates angenommenen Gesetzes ist die Bedeutungslosigkeit des österreichischen Reichsrates gegenüber dem ungarischen Parlamente aller Welt offenbar geworden. Ein Parlament, gegen das man sich solche Dinge erlaubt und das solche Dinge ruhig hinnimmt, hat das Recht auf Existenz verwirkt, es ist reif für die Grube.

Nachdem in der Sitzung vom 23. Juni die Jungtschechen wieder mit der Obstruktion eingesetzt hatten, wurde am 25. Juni der Reichsrat vertagt, obzwar Ausgleich und Zolltarif noch in Beratung gezogen werden sollten. Herr v. Koerber mußte das Parlament wieder nach Hause schicken, um sich die zweite Rate des Budgets für das laufende Jahr selber bewilligen zu können.

Inzwischen stellte sich in Ungarn die Unmöglichkeit heraus, der energisch kämpfenden Unabhängigkeitspartei und der hinter ihr stehenden magharischen Nation das Rekrutenkontingent abzuringen, eine Tatsache, die in der Demission Szells zum Ausdruck kam. Damit war aber nicht nur das österreichische Parlament in seiner ganzen knechtischen Unterwürfigkeit höfischen Wünschen gegenüber bloßgestellt und lächerlich gemacht, auch Herr v. Koerber, der unter Aufwendung aller ihm eigenen List und Verschlagenheit die bürgerlichen Parteien zur prompten Apportierung der Militärvorlage eingefangen hatte, stand vor einer unmöglichen Situation. Die Deutschen hatten ihm das Gesetz als letzte Bürgschaft ihrer hegemonistischen Ansprüche bewilligt, da die Armee einheitlich deutsch befehligt wird. Nun sollte auch in dieses Herrschaftsrecht der Deutschen durch die ungarische Kommandosprache ein unheilbarer Riß geschehen. Und welche Blamage für die Patrioten, die sich ganz umsonst vor ihren Wählern und der breiten Masse des Volkes kompromittiert hatten! Dem Sturm des Unwillens unter den von ihm genasführten Parteien suchte Herr v. Koerber durch das niemals versagende Mittel einer Demissionskomödie zu begegnen. Nach zwölftägigem Zuwarten wurde diese Operettenkrise in der Weise behoben, daß Herr von Koerber und die übrigen Minister im Amte verblieben und nur der tschechische Landsmannminister Dr. Rezek sein Ränzlein schnüren durfte oder schnüren mußte. Oesterreich ist mithin seit Juli um einen Landsmannminister ärmer, dafür aber ist es seit August um eine § 14-Verordnung und um eine Blamage reicher. Mußte das vom österreichischen Reichsrate angenommene Rekrutengesetz in den Brunnen geworfen werden, weil es Kossuth und seine Anhängerschaft so wollten, so mußte das von dem österreichischen Reichsrate ebenfalls angenommene Zuckerkontingen-

tierungsgesetz durch eine § 14-Verordnung wieder außer Kraft gesetzt werden, weil es der Brüsseler Konferenz so gefiel. Die österreichische Regierung hat somit von der Brüsseler Zuckerkommission vor aller Welt die Bestätigung erhalten, daß sie es nicht gewußt und, nachdem es ihr der Abgeordnete Gen. Dr. Ellenbogen vorausgesagt, nicht geglaubt habe, daß das Zuckerkontingentierungsgesetz den Bestimmungen der Brüsseler Zuckerkonvention nicht entspreche. Eine solche Bestätigung ist nun zwar sehr beschämend, aber wie wäre es denn nach Oxenstierna möglich, daß die Welt mit so wenig Verstand regiert, wenn solche Dinge nicht vorkämen. Regieren heißt insbesondere in Oesterreich nicht voraussehen, sondern von einem Tage zum anderen leben. Es ist wie beim rechten Bettelvolke: Kommt der Tag, bringt der Tag.

Aber weit bedeutungsvoller als diese neuerliche unsterbliche Blamage der österreichischen Regierung war die Rückwirkung, die das Brüsseler Kontingentierungsverbot auf Oesterreich-Ungarn selbst hatte. Die Ungarn bestanden auch weiter auf ihrem Schein, hatte ihnen doch das von ihnen erzwungene Kontingentierungssystem nicht nur die Sicherung des ungarischen Absatzmarktes für ihre eigene Zuckerindustrie, sondern auch überdies noch eine um etwa 300.000 Meterzentner erhöhte Produktion gebracht. Sie, die Zucker kaum exportieren, nützen die Zwangslage Oesterreichs zur ausgiebigen Erpressung aus und da sie die einmal ergatterten Vorteile nicht mehr herausgeben wollten, so mußte sich Oesterreich zur Einführung einer Surtaxe, das heißt einer Zwischenzollinie für Zucker zwischen den beiden Reichshälften, also einer Durchbrechung des Zoll- und Handelsbündnisses entschließen.

Freilich, das ist nicht das einzige Loch, das in den längst zerschlissenen Ausgleich gebrannt wurde. Mit unsäglicher Mühe, unter Hinopferung einer ungezählten Menge von Ministerien ist es der Dynastie gelungen, dieses im Keim schon krankhafte staatsrechtliche Verhältnis bisher aufrecht zu erhalten. Wie riesenhaft aber das allgemeine Mißbehagen in diesem Ausgleich auf beiden Seiten gewachsen ist, lehrt die Tatsache, daß nunmehr seit fünf Jahren der Liebe Müh' völlig umsonst ist, so daß nicht nur mehr das Gebäude des Dualismus in allen Fugen kracht, sondern auch in jeder der beiden Reichshälften ein parlamentarisches, politisches, ja auch schon administratives Chaos eingetreten ist. Vergebens war das 1200 Millionen-Geschenk, vergebens die Pose der Modernität, die Etablierung des Ministeriums der Gefälligkeiten; Herr v. Koerber bringt niemand in Oesterreich dazu, den Ausgleich wirklich zu wollen. An dem Feuer dieser allgemeinen Abneigung kochen nun die nationalchauvinistischen Parteien ihr Süppchen und es ist unmöglich, ohne die Lösung der einen Frage an die der anderen zu schreiten. Die ganze Politik der letzten drei Jahre war nichts anderem als dem Zustandekommen des Ausgleiches gewidmet; Eisenbahnen und Wasserstraßen, Prager Assanierung und Verständigungskonferenzen, Tiroler Autonomie und Mautenauflassung, alles sollte dem höheren Zwecke der neuerlichen Kittung der auseinanderstrebenden Reichshälften dienen. Und vor allem der Zolltarif, der so vieles brachte, daß er beinahe allen Gruppen des Bürgertums irgend ein Geschenk machte, war darauf berechnet, die Abgeordneten durch die Kaptivierung ihrer beutehungrigen kapitalistischen Wähler gefügig zu machen. Es hat alles bisher nichts gefruchtet. Nicht nur die lärmende Obstruktion im offenen Haus, auch die kalte, tödlich sachliche im Ausgleichsausschuß machte das Bemühen der Regierung illusorisch und sie hätte die resignierte Vertagung des total leistungsunfähigen Parlaments selbst dann erzwungen, wenn ihr die Deroute in der ungarischen Reichshälfte nicht zu Hilfe gekommen wäre.

So ist die Tagung des österreichischen Reichsrates trotz der unsäglich langen Dauer der Sessionen wieder völlig unfruchtbar verlaufen. Das Haus benützte seine Zeit zu demagogischen Spielereien, zu chauvinistischen Demonstrationen und leerem Kulissengeplänkel. An den großen Fragen der Zeit ging es verständnislos vorbei. In seinem Innern machte sich hohle Geschwätzigkeit, eitle persönliche Reklamesucht, ordinäre Manierlosigkeit und völliger Würdemangel breit. Es gibt kein Parlament der Welt, das einen gleichen Tiefstand an Ernst, Wissen, Tüchtigkeit und Talent aufwiese. Verächtlich wendet sich das Volk von dieser Stätte des Volksbetruges ab und es gibt heute kein zwingenderes Argument für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Oesterreich als das Abgeordnetenhaus selbst.

## II. Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten.

Daß die wenigen Vertreter, die die organisierte Arbeiterschaft im österreichischen Parlament sitzen hat, auch bei einer geordneten Tätigkeit des Parlaments nicht allzu viel unmittelbare Erfolge davontragen könnten, liegt auf der Hand. In dem von den bürgerlichen Parteien selbst mattgesetzten Privilegienparlament können aber die sozial-

demokratischen Abgeordneten auch das wenige, was sich unter anderen Umständen vielleicht erzielen ließe, nicht durchsetzen. Denn hier fehlt vor allem, was für für eine kämpfende Partei das wichtigste ist, der Kampf. Hier platzen nicht Argumente auf Argumente, die sogenannten Debatten sind meist auswendig gelernte Deklamationen, der Gegner bemüht sich gar nicht zu verstehen, was der Gegner will, und noch weniger seine eigene Anschauung mit dem von der Wissenschaft seiner Klasse aufgespeicherten geistigen Rüstzeug zu verteidigen. Im günstigen Falle erwehrt sich der österreichische bürgerliche Abgeordnete des ihn mit Argumenten und Tatsachen in die Enge treibenden Gegners mit einer Flut rüder Schimpfworte. So schwanken die Diskussionen des Parlaments zwischen trostloser Indolenz, bananischer Unwissenheit und verlogener Demagogie hin und her. Wollen Sozialdemokraten hier wirken, so müssen sie vor allem eines überwinden: den tiefen, lähmenden Ekel vor all der Niedrigkeit und Nichtigkeit, die sie in den Mauern des Hauses der Volksvertretung umgibt. Wenn irgendwo, so sind die Sozialdemokraten des österreichischen Parlaments auf sich allein angewiesen, und das Pflichtgefühl, das ihnen die Zugehörigkeit zur großen Sache des Proletariats anerzogen hat, macht sie hier geradezu zu Pionnieren eines echten Parlamentarismus. Mehr wie anderswo hat eben auch hier die Sozialdemokratie leider noch vielfache bürgerliche Arbeit zu verrichten. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben aus dem steinigen Felsen so viel herauszuschlagen sich bemüht als möglich war und so viel positive Arbeit für das Proletariat zu leisten versucht, als die Umstände eben gestatteten.

## Eisenbahnen und Wasserstraßen.

Die Zurückgebliebenheit Oesterreichs in der Entwicklung seiner Verkehrswege ist eine der Ursachen seines wirtschaftlichen und geistigen Tiefstandes. Die Verkehrsentwicklung fördern zu helfen, war daher Pflicht der sozialdemokratischen Abgeordneten. Der seit 30 Jahren geplante Bau der Tauern-Karawankenbahn, der durch die Machinationen Ungarns so lange verhindert war, war sowohl bestimmt, den Seehandel der einzigen österreichischen Hafenstadt, der in fortwährendem Rückgang begriffen war, zu heben, als auch insbesondere ihm die Zufuhr der Provenienzen der industriellen Gebiete Oesterreichs, also Böhmens, Mährens und Niederösterreichs, zu sichern, als auch endlich den süddeutschen Handel über österreichische Eisenbahnen zu lenken. Die Schwierigkeit und Kostspieligkeit dieses Bahnbaues, die durch die Terrainverhältnisse verursacht ist, ist an sich kein Hindernis für eine rentable Entwicklung eines solchen Schienennetzes, wie die Schweiz beweist. Allerdings muß eine weise und weit ausblickende Staatswirtschaft und speziell eine geschäftskundige, von modernen Gesichtspunkten geleitete Eisenbahnverwaltung hinzukommen. Von gleichen Erwägungen mußte man sich bei der Beurteilung der Wasserstraßenfrage leiten lassen. Die Kanäle sind eine notwendige Ergänzung der Eisenbahnen, da sie diese durch Uebernahme der geringwertigen Waren entlasten und, wie dies zum Beispiel bei der Nordbahn bezüglich der Kohlen der Fall ist, durch Verbilligung der Frachtsätze zur Preisverringerung der Waren beitragen. Insbesondere die Gegenden, in denen Produkte von großem Volumen und geringem Wert erzeugt werden, wie Holz, Mineralien, chemische Produkte und dergleichen, sind die Kanäle eine ökonomische Notwendigkeit. Die im Zusammenhange damit verlangten Flußregulierungen, besonders in den Oberläufen, bedeuten nicht nur eine unerläßliche technische Voraussetzung der Kanalbauten, sondern auch die Abtragung einer längst fällig gewordenen Schuld an die betreffenden Gebiete, die periodenweise der Verwüstung durch Wasserkatastrophen preisgegeben waren, sie bedeuten aber auch schließlich eine sehr ökonomische Kapitalsanlage durch Verringerung der alljährlich notwendigen Notstandskredite. Der Sozialdemokratische Verband hat für alle diese Investitionen gestimmt, verlangte jedoch, daß die Summe nicht auf einmal, sondern von Jahr zu Jahr nach dem für das betreffende Baujahr projektierten Präliminare bewilligt und daß hierüber alljährlich Rechnung gelegt werde. Diese Vorsicht war in der § 14-Zeit dringend geboten. Das Haus nahm jedoch bloß den zweiten Antrag an. Im übrigen beschränkte sich der Sozialdemokratische Verband darauf, den bei diesen Bauten nötigen Arbeiterschutz zu verlangen. So beantragte ein Minoritätsvotum des Abgeordneten Dr. Ellenbogen im Eisenbahnausschuß, daß für die Arbeiter bei den neuen Bahnbauten Achtstundentag, Minimallohn, Truckverbot, hygienischer Schutz und eigene Gewerbeinspektoren eingeführt werden. Das Parlament lehnte über Wunsch des Eisenbahnministers diese Anträge ab. Von der geistvollen Konsequenz des Hauses gibt jedoch die Tatsache Kunde, daß ein entsprechender Antrag des Abgeordneten Daszynski im Wasserstraßenausschuß und im Plenum angenommen wurde. Sollte der Unterschied bloß in der Stupidität dieses Hauses begründet sein oder nicht auch in der Tatsache, daß das eine Ressort von dem „Sozialpolitiker" Wittek, das andere von dem auf solche Titel minder anspruchsvollen

Call geleitet wird? Jedenfalls bedeutet der Beschluß eines Wasserstraßeninspektorats einen Erfolg des Sozialdemokratischen Verbandes.

Auch in den übrigen Fragen des Ausbaues des Eisenbahnnetzes verhielten sich die Sozialdemokraten zustimmend und sie haben sich für die diversen Lokalbahnvorlagen, unter denen sich eine Reihe längst notwendig gewordener befunden, erhoben. Erscheint doch noch immer eine große Anzahl von Bahnbauten dringend geboten, wir erinnern nur an die international höchst wichtige Linie der Pintschgaubahn u. s. w.

## Die Budgetberatung.

In dem breiten Strom der siebenmonatlichen Budgetberatung nehmen die Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten eine besondere Stelle ein. Während die bürgerlichen Redner sich auf die Vorbringung einer endlosen Reihe mehr oder minder kleinlicher Querelen beschränkten, gestaltete sich das Eingreifen der Sozialdemokraten zu einer eingehenden, äußerst gründlichen und zerfasernden Kritik der gesamten Staatsverwaltung. Diese Kritik ist ja streng genommen die eigentliche Tätigkeit einer sozialdemokratischen Vertretung im Parlament, denn sie ist es allein, die durch Bloßlegung aller Widersprüche und Mißgriffe, aller Ungerechtigkeiten und Brutalitäten der bürgerlich-kapitalistischen Staatsverwaltung deren Ohnmacht und Unfähigkeit, den Lauf der Entwicklung zu beherrschen und in die gesellschaftlichen Verhältnisse Ordnung zu bringen, in das Bewußtsein der öffentlichen Meinung trägt. Wie tief die Hiebe der sozialdemokratischen Kritik saßen, beweist vor allem der Umstand, daß sie regelmäßig die Minister zur Abwehr, zum Eingehen auf die vorgebrachten Beschwerden zwangen. Wie oft bestand jedoch diese ministerielle Verteidigung in einem verlegenen „Berichtigen" oder in einem verzweifelten Ableugnen! Die Wirkungen dieses schonungslosen und unabhängigen Zuleibegehens äußern sich im Wachsen des Vertrauens der Gesamtbevölkerung zum Sozialdemokratischen Verband, dessen einzelne Mitglieder von allen Teilen der Bevölkerung in immer sich steigernder Häufigkeit zur Herstellung der Ordnung, zur Beseitigung von Rechtsbrüchen, zur Linderung des Elends aufgerufen werden. Aber selten sind parlamentarischen Reden so unmittelbare Erfolge zu danken, wie sie in zwei Fällen den sozialdemokratischen Abgeordneten beschieden waren. Der eine betraf den Justizmord an dem Oberlieutenant Mattachich, dem Daszynskis Rede die Kerkertüren öffnete, der andere den Südtiroler Verwaltungsskandal, den Ellenbogens Rede dadurch beendete, daß sie zur Absetzung des jahrelang von den obersten Spitzen der Behörden geschützten Betrügers Ogniben i, des Bürgermeisters von Levico, führte.*)

Neben diesen unmittelbaren, nach außen stark wirkenden Erfolgen ist jedoch, als der weit wichtigeren, der Wirkung zu gedenken, die die unermüdliche, von der Macht der Wahrheit getragene Kritik auf die systematische Abstellung einer Anzahl von Mißbräuchen unter der Oberfläche der Oeffentlichkeit und die methodische Erziehung der öffentlichen Organe zur modernen Auffassung ihres Amtes erzielte. So ist es lediglich der tätigen Wachsamkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten zu danken, wenn gewisse geheime Anschläge auf die Eisenbahnerorganisation nicht nur fallen gelassen wurden, sondern auch ihrer Entwicklung immer weniger Hindernisse in den Weg gelegt werden. So ist ferner nur die gewissenhafte sozialdemokratische Kontrolle der Militärverwaltung schuld, wenn auch in der Armee eine immer peinlichere Vorsicht, ja keinen Anlaß zur öffentlichen Beschwerde zu geben, Platz greift, wenn auch freilich hier es noch gründlicher Arbeit bedürfen wird, um uralt eingefressene schlechte Gewohnheiten auszumerzen. Im übrigen enthalten die Bugetreden aller sozialdemokratischen Abgeordneten ein mühevoll gesammeltes, reiches Agitationsmaterial aus allen Gebieten der öffentlichen Tätigkeit. Den größten Wert hatte jedoch die Budgetdebatte für den Sozialdemokratischen Verband darum, weil sie Gelegenheit zu einer reinen prinzipiellen Stellungnahme der Partei gegenüber dem kapitalistischen Staate bot. Es ist selbstverständlich, daß sie gegen alle Belastungen und nur für jene Budgetposten gestimmt haben, die entweder allgemeinen Kultur- oder speziellen Arbeiterschutzforderungen entsprachen.

## Der Neunstundentag im Bergbau.

Dem mehrmonatlichen Riesenkampf der Bergarbeiter um die Verkürzung ihrer Arbeitszeit war es gelungen, die gesamte Oeffentlichkeit auf die Seite der Streikenden zu bringen. Das Ministerium Koerber mußte wohl oder übel einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitszeit im Bergbau einbringen, insbesondere da die Abgeordneten

*) Selbstverständlich darf hierbei die Bedeutung der Mitwirkung unseres ausgezeichneten Zentralorgans, [illegible] „[illegible]", nicht unterschätzt werden.

Cingr, Eldersch und Hybes schon am 21. Februar 1901 einen Dringlichkeitsantrag betreffend die Beschäftigung von jugendlichen Personen, die tägliche Arbeitsdauer und die Sonn- und Feiertagsruhe im Bergbau eingebracht hatten und die Regierung kam ihrer Pflicht am 7. März 1901 nach. Im sozialpolitischen Ausschuß jedoch begann sofort der Kampf gegen die Unternehmerschaft, die durch allerhand Kniffe den Gegenstand verschleppen und eine Verkürzung der Arbeitszeit um jeden Preis verhindern wollte. Dem energischen Auftreten der Sozialdemokraten, die die Führerschaft in der Frage sofort übernahmen und behielten, gelang es, die Vorlage schon am 22. Mai 1901 zur Verhandlung im Plenum zu bringen. Der Minoritätsantrag der Sozialdemokraten lautete auf sofortige Einführung des Achtstundentages, während andere Parteien mehr oder minder weitgehende Verwässerungen dieses Antrages vorschlugen. Als nun auf eine direkte Anfrage Schuhmeiers der Regierungsvertreter, der seither verstorbene Hofrat Zechner, die Erklärung abgab, daß die Schicht von der Anfahrt des ersten Mannes bis zur Ausfahrt des letzten berechnet werde, somit de facto der Achtstundentag im Bergbau eingeführt werde, stimmte der Verband für die Vorlage, damit den Bergarbeitern eine der bedeutungsvollsten sozialpolitischen Errungenschaften sichernd.

## Die Forderungen des Militarismus.

Die Haltung des Verbandes dem Militarismus gegenüber war in der Berichtsperiode klar; die sozialdemokratischen Abgeordneten bekämpften den Moloch und seine stets wachsenden Forderungen mit der ganzen Wucht und Unnachgiebigkeit der Partei. Sie hatten vor sich eine charakterlose Parlamentsmajorität, deren oberstes Prinzip der militärfromme und dem Hofe gegenüber würdelose Servilismus ist. Diese Majorität vor dem Volke bloßzustellen, ihr nachzuweisen, daß sie dieses Volk mit gebundenen Händen dem Moloch ausliefert, und gleichzeitig die wehrlosen Opfer der Kaserne kräftig und mutig in Schutz zu nehmen, das war die Aufgabe unserer Verbandspolitik.

In einer Reihe von parlamentarischen Gefechten, in denen die sozialdemokratischen Abgeordneten die Gelegenheit fanden, den Militarismus anzugreifen, wurde das entsetzliche Schicksal der Volkssöhne beim Militär durch eine endlose Reihe der schaurigsten Tatsachen öffentlich behandelt. Die Militärverwaltung versuchte zuerst — in der im österreichischen Parlamente bisher plausiblen Art — alles abzuleugnen, bis sie endlich bei der bekannten Galgoczy-Debatte mit den angeblich „offiziellen" Daten und Zahlen über die assentierten Krüppel und Wahnsinnigen, über Selbstmorde der Soldaten und über die Bestrafung ihrer Peiniger herausrücken mußte und glänzend die sozialdemokratische Kritik bestätigte.

Ausführlich wurde im Parlamente die dringende Notwendigkeit der Reform des militärischen Strafprozesses von den sozialdemokratischen Abgeordneten begründet. Bei diesem Anlasse müssen wir wiederum der journalistischen Arbeit, die die „Arbeiter-Zeitung" vollbrachte, rühmend gedenken. In dem Kleinkriege gegen die mächtigste Korruptionistenclique war die glänzende Haltung der „Arbeiter-Zeitung" in mancher Phase direkt entscheidend!

Bei jeder Debatte über das jährliche Rekrutenkontingent waren die sozialdemokratischen Redner die wirklichen Führer der Opposition und ihre Argumente trafen sicher. Auf diesem Boden zeigte sich leider allzu oft, daß die Gegner des Militarismus im Abgeordnetenhause eine verschwindende Minorität bilden. Die nationalistischen Schreihälse und Hintertreppenschacherer verstanden immer so viel Rekrutenfleisch dem Militarismus prompt zu liefern, als er nur begehrte. Die Obstruktion hüben wie drüben verstummte immer zeitig, wenn es galt, die Arbeiter und Bauernsöhne in die Kasernen hineinzutreiben . . .

Diesem servilen Stumpfsinne der bürgerlichen Parteien aller Nationen gegenüber versuchte der Verband durch den hartnäckigsten Kampf in dem Ausschusse und im Hause selbst immer die öffentliche Meinung des Volkes aufzuklären über die einzelnen Phasen des frivolen, volksfeindlichen Spieles der demagogischen Majorität. Und aus diesem Grunde entstanden auch die positiven Anträge des Verbandes, die diese Majorität unzweideutig auf die Probe stellen sollten. Unserer ganzen Politik in dem Abgeordnetenhause getreu, beschränkten wir uns nicht auf prinzipielle Erklärungen, sondern wir machten die Bevölkerung auch darauf aufmerksam, was schon die bürgerlichen Parteien, wenn sie nur Vertreter der bürgerlichen Interessen wären, imstande wären, im Parlamente zu leisten, um die herausfordernde Uebermacht des Militarismus im Staate zu begrenzen und die Bevölkerung zu schützen. Wir haben bisher keinen ausreichenden Grund in Oesterreich gesehen, von dieser Taktik

im Parlamente und in der Partei selbst abzustehen. Wir haben dadurch niemals die Klarheit des politischen Denkens bei der Masse der Parteigenossen beeinträchtigt, dafür aber das Verständnis für so manchen politischen Prozeß beim Volke erweckt.

Diese allgemeine Bemerkung möge dem Parteitage als Erklärung auch unserer Haltung in der letzten viertägigen Parlamentssession dienen, obwohl die Vorgänge vom September 1903 nicht in die Berichtsperiode fallen.

Wir müssen jedoch schon hier die Warnung an die organisierte Arbeiterschaft richten, daß der Hauptangriff des Moloch auf ihre Taschen und auf ihre Söhne erst kommen wird! Die geplante Neuanschaffung der neuen Kanonen nähert sich immer mehr. Schon hat man dem maratistischen Parlament 38 Millionen Kronen für die Haubitzen als erste Abzahlung herausgelockt; bis 200 Millionen aber werden wir in den nächsten Jahren bluten müssen, wenn es nach dem Wunsche des Moloch gehen wird ... Und das gleichzeitig mit dem Raubzuge der aristokratisch-agrarischen Brotwucherer!

## Die Abänderung der Gewerbeordnung und das Hausiergesetz.

Die Signatur des gegenwärtigen Abgeordnetenhauses ist kleinbürgerlich. Das tritt in jenen Augenblicken hervor, wo die Obstruktion auf allen Seiten eingestellt ist und der Arbeitswilligkeit gefrönt wird. Die schwere, schleichende Krise, an der die österreichische Volkswirtschaft seit Jahrzehnten krankt und die sich in den letzten Jahren im Zusammenhang mit der deutlichen Krise und mit dem Ausgleichsjammer zu einer wahren Katastrophe gesteigert hat, vermochte weder die Regierung noch das Parlament dazu, eine Wirtschaftspolitik in größerem Stile zu beginnen. Die knissige und boshafte Krämerseelennatur der kleinbürgerlichen Abgeordneten jedoch benützte die wenigen wirklichen Arbeitstage des Hauses zu ausgiebigen Rettereien des kleinen Mannes, aber nicht, wie die demagogischen Versprechungen vor den Wählern es verheißen hatten, durch Kampf gegen das Großkapital, sondern gegen die noch ärmeren Existenzen der Arbeiter und Hausierer. So beschloß das Haus unter der Führung der Christlich-Sozialen und Deutschvolklichen vorerst eine Abänderung der §§ 59 und 60 der Gewerbeordnung, wodurch das Detailreisen, das Hausieren mit Gebäck und mit Blumen verboten werden sollte. Vergebens war der Hinweis der Sozialdemokraten darauf, daß durch das erste Verbot eine ganze Reihe von Industrien vernichtet und die dort beschäftigten Arbeiter (insbesondere Näherinnen) dem Elend preisgegeben wurden, vergebens die Erinnerung daran, daß 3000 freie Existenzen von Bäckergehilfen nicht nur ihrer Unabhängigkeit beraubt werden und daß ihr Verdienst genommen und den Bäckermeistern in die Taschen geschoben werde. Das Haus stimmte geschlossen im Sinne des kleinbürgerlichen Unternehmertums und nur mit Mühe gelang es, wenigstens den armen Blumenverkäuferinnen ihre kärgliche Existenz zu retten. Mit ähnlichem Fanatismus warfen sich dieselben parlamentarischen Gruppen auf die Hausierer. Die Vorlage des Gewerbeausschusses sollte diese Existenzen (etwa 15.000) mit einem Federstrich arbeitslos machen. Hier jedoch gelang es durch Benützung der Zerfahrenheit des Hauses nicht nur eine Unzahl von Begünstigungen für die vom Hausierhandel lebenden Gegenden zu erringen, sondern durch Annahme der Bestimmung, daß den bisherigen Hausierern die Ausstellung eines Hausierpasses nicht verweigert werden dürfe und bloß keine neuen ausgestellt werden sollen, die antisoziale Absicht der Mittelstandspolitiker zu vereiteln.

## Die Sonntagsruhe.

Von demselben kümmerlichen Krämergeiste war die vom Gewerbeausschuß umgearbeitete Regierungsvorlage betreffend die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe beseelt. Statt eine vollständige Arbeitsruhe zu schaffen, begnügte sie sich, den seit 1895 ohnehin faktischen Zustand gesetzlich festzulegen, überdies aber in einer Weise, die eher in reaktionärem Sinne von den Behörden ausgelegt werden kann, wobei noch für Komptoirarbeiten eine besondere Ausnahme geschaffen wurde. Die Gelegenheit benützten die Arbeiterfeinde der deutschen Volkspartei, um auf schmutzigen Schleichwegen die mit der Gesetzesvorlage in keinerlei Zusammenhang stehende Ersatzruhe der Bäckergehilfen zu beschneiden, was ihnen, allerdings nur zum Teile, mit Hilfe einer illegalen Unterstützung seitens des ihrer Partei entnommenen Vizepräsidenten Kaiser gelang. Doch ist die Annahme dieses tückischen Jesuitenstreiches seitens des Herrenhauses sehr in Frage gestellt.

## Getreideterminhandel und landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften.

Neben der Kleingewerberetterei machte sich naturgemäß die Bauernretterei im Hause breit. Diese gipfelte außer in der Aufhebung der Mauten und des Terminhandels in dem Gesetze über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften.

Was den Terminhandel anlangt, so begnügte sich der Verband damit, durch Gen. Elderisch bei der Beratung im Hause folgende Erklärung abzugeben:

„Die sozialdemokratische Fraktion hat für das Eingehen in die Spezialdebatte über das vorliegende Gesetz gestimmt. Sie hat das getan, obwohl sie die Absichten der Antragsteller dieses Gesetzes nicht teilt und auch nicht in der Lage ist, die Hoffnungen, die von den bäuerlichen Interessentenkreisen an das Gesetz geknüpft werden, gerechtfertigt zu finden. Es ist den agrarischen Agitatoren gelungen, weiten Kreisen der Landwirte den Glauben beizubringen, daß ihre durch die Bedingungen des Weltmarktes wirklich schwierig gewordene Lage durch eine Aenderung der Formen des Marktverkehres verbessert werden könnte. Im Verlauf der ganzen Agitation und der Debatte in diesem Hause haben wir jedoch die Erörterung der die kleinen Landwirte vernichtenden Konkurrenz vermißt, die ihnen von dem Großgrundbesitz bereitet wird, und die mehr noch als der Weltmarkt und die Formen des Marktverkehres ihre ohnedies kümmerliche Existenz vollends untergräbt.

Die Erfahrungen in anderen Ländern haben genugsam gezeigt, daß es eine Täuschung ist, wenn man glaubt, daß dem Landwirt lediglich durch eine Reform des Marktverkehres Hilfe gebracht werden kann, ja sie haben gezeigt, daß es nicht einmal gelingen dürfte, durch das gesetzliche Verbot des Terminhandels die Exzesse des Börsenschwindels und des Wuchers mit Brotfrucht — denen energisch entgegenzutreten unser aller Wunsch ist — ernsthaft einzuschränken. Die vielfachen Erörterungen über dieses Gesetz haben ergeben, daß die Hoffnungen der Landwirte, dieses Gesetz werde die Preise ihres Produkts, der Brotfrucht, erhöhen, Illusionen sind. Damit fällt für die agrarischen Kreise der Wert des Gesetzes bedeutend, aber auch für uns, die Vertreter der Brotkonsumenten, entfällt dadurch der Grund, dem Zustandekommen dieses Gesetzes mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten. Wir teilen also nicht die Hoffnungen der Agitatoren für dieses Gesetz, wir halten sie für Selbsttäuschungen, wir beschränken uns aber darauf, es auszusprechen, und überlassen es den an der Getreideproduktion und dem Getreidehandel Beteiligten, den Marktverkehr so zu regeln, wie sie es für gut halten.

Wenn wir in diesem Sinne uns dem Antrag auf das Eingehen in die Spezialdebatte nicht widersetzt haben, so überlassen wir doch die volle Verantwortung für die Wirkung dieses Gesetzes und für die Enttäuschungen, die sich in nicht zu ferner Zeit daran knüpfen werden, denjenigen, welche die unter schweren Existenzbedingungen leidende bäuerliche Bevölkerung durch die maßlose Uebertreibung der Wirkung dieses Gesetzes in Irrtum geführt haben. Der selbst von den Anhängern dieses Gesetzes zugegebenen Gefahr der Ablenkung des Getreidehandels nach Ungarn und der Schädigung der Kommune Wien durch den Ruin des Lagerhauses kann nur entgegengewirkt werden, wenn Staat und Kommune durch eine großzügige Verkehrspolitik und entsprechende Vorkehrungen für den Transport und die Einlagerung des Getreides in größerem Maße als bisher für die Förderung der Interessen der Getreideproduzenten sowohl als auch jener der Konsumenten Vorsorge treffen."

Das Gesetz über die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften war nach den Aussprüchen diverser agrarischer Wortführer geradezu als Schutzwall gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie gedacht. Der Sozialdemokratische Verband jedoch demonstrierte die ganze Lächerlichkeit dieser Anschauung dadurch, daß er für das Gesetz als für eine Berufsorganisation der Landwirte stimmte. Die bei dieser Gelegenheit von dem Abgeordneten Seitz gestellten Anträge, die auf eine Organisation der landwirtschaftlichen Arbeiter abzielten, wurden von der agrarischen Mehrheit natürlich ebenso abgelehnt, wie seine weiteren Resolutionsanträge, die einen Gesetzentwurf zur Regelung der Arbeitsverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, die Beseitigung der Gesindeordnungen, Bestimmungen über Arbeitszeit, Lohnzahlung und Kündigungsfristen u. s. w. forderten, sowie die Kranken- und Unfallversicherung für alle landwirtschaftlichen Arbeiter.

## Das Ingenieurtitelgesetz.

Zwischen den von den technischen Hochschulen abgehenden und den in den höheren Gewerbeschulen ausgebildeten Berufsleuten tobt ein erbitterter Kampf um die Führung des Titels „Ingenieur". Die ersteren erblicken darin nicht eine leere De-

koration, sondern ein Mittel des Fortkommens im sozialen Kampfe, und beanspruchen lediglich den Titel für sich, da sie die höhere Ausbildung genossen haben. In Wahrheit erweisen sich die Absolventen der höheren Gewerbeschulen als durchaus brauchbare Kräfte in technischen Etablissements, von denen sie dann, gewissermaßen als eine Art Avancement, den Ingenieurtitel erhalten. Da diese letzteren zu allermeist aus den minderbemittelten Gesellschaftsschichten entspringen, während die Hörer der technischen Hochschulen meist Söhne begüterter Leute sind, so spitzt sich diese Angelegenheit zu und es war daher kein Zweifel, auf welcher Seite der Verband zu finden sein würde. Es ist nun dem tatkräftigen Eingreifen der sozialdemokratischen Abgeordneten tatsächlich zu verdanken, daß das von den Vertretern der meistbesitzenden Klasse geplante Attentat auf das Recht der höheren Gewerbeschüler, den Titel zu führen, vereitelt und die Gesetzesvorlage zur neuerlichen Beratung an den Ausschuß zurückverwiesen wurde, dessen Aufgabe es nun sein muß, unter Belassung des Wortes Ingenieur und Hinzufügung eines unterscheidenden Nebenwortes wie „Doktor" oder „akademischer" die Frage endgültig und ohne Schaden für die Gewerbeschüler zu lösen.

## Die Fahrkartensteuer.

Die Aufhebung der Mauten und die Erhöhung der Bezüge der Diurnisten bot der Regierung den Vorwand zu einem Gesetzantrage auf Einführung einer neuen indirekten Steuer, also einer neuen Belastung der breiten Massen des Volkes. Die Regierung rechnete mit der im Hause eingerissenen Demagogie, wenn sie zwischen Mauten, Diurnistenaufbesserung und Fahrkartensteuer ein „Junktim" herstellte, für das sie auch den größten Teil der bürgerlichen Presse agitieren ließ. Auch wurde dafür gesorgt, daß in die Kreise der Landwirte, Beamten, Beamtenwitwen und Diurnisten diese Agitation zum Zwecke der Ausübung eines Druckes auf die „volksfreundlichen" Parteien getragen werde. Doch muß zum Lobe wenigstens einiger Gruppen der so mißbrauchten hilfebedürftigen Kreise gesagt werden, daß sie eine Hilfe, die nur durch neue Belastung des Volkes, also wieder ihrer selbst erfolge, perhorreszierten. Der antisoziale Charakter des Gesetzes erhellt daraus, daß die Gesetzesvorlage selbst das Haupterträgnis der Steuer aus der Besteuerung der III. Klasse berechnete, da die I. Klasse 5·9 Prozent, die II. 19·3, die III. 74·8 Prozent ergeben wird. Es erhellt aber auch aus der von den sozialdemokratischen Rednern nachgewiesenen Tatsache, daß die I. und II. Klasse großenteils nur von Freikartenpassagieren benützt werde und daß insbesondere die allerreichsten Gesellschaftskreise gewohnheitsmäßig umsonst die Eisenbahn benützen. Um daher die Steuer dorthin zu wälzen, wo sie leichter ertragen werden kann, beantragte der sozialdemokratische Verband, die III. Wagenklasse von der Steuer freizuhalten. Der eigentliche Grund der Inanspruchnahme der Steuer seitens der Regierung war jedoch ein anderer, der vom Finanzminister freilich nicht zugestanden wurde: Sie sollte die Mittel zur Verzinsung des in Aussicht gestellten Haubitzenanlehens liefern. Die Sozialdemokraten ließen sich denn auch durch den von der Regierung und den „Volksparteien", darunter natürlich auch den Christlich-Sozialen, gemeinsam aufgeführten Schwindel nicht blenden und nicht einschüchtern und stimmten gegen die Vorlage. Von der maßlosen Demagogie der Parteien und der totalen parlamentarischen Unfähigkeit dieses Hauses möge nebenbei die Tatsache zeugen, daß bei der Beratung des Fahrkartensteuergesetzes unter anderem folgende Anträge gestellt wurden: Antrag auf Fortbezug der Taggelder durch die zur Waffenübung eingerückten Diurnisten (Abgeordneter Mazzorana, Italiener); auf Unterstützung und Förderung der Meisterkrankenkassen (Abgeordneter Dobernig, Deutsche Volkspartei); betreffend die Entschuldung des landwirtschaftlichen Besitzes (Abgeordneter Schrott, Katholische Volkspartei); Schaffung eines Fondes für eine allgemeine obligatorische Alters- und Invaliditätsversicherung (Abgeordneter Steiner, christlich-sozial) u. s. w. Lauter schöne Dinge, die aber nichts mit der Fahrkartensteuer zu tun haben. Beinahe alle diese Volksfreunde stimmten aber für die Belastung des Volkes durch die neue Steuer! Und ein Beratungskörper, der so wenig Ernst besitzt, will ein Parlament sein!

## Die Zuckerfrage.

Die Rübenzuckerindustrie, dieses Muster eines kapitalistischen Gewächses, erfreute sich bekanntlich in den letzten Dezennien einer besonderen Fürsorge seitens aller europäischen kontinentalen Regierungen. Nicht nur daß man durch enorm hohe Zölle die Konkurrenz des Auslandes vollständig fernhielt und die Bildung eines Zuckerkartells hervorrief, das die Rübenbauern als Produzenten und die Gesamtbevölkerung als Konsumenten in der maßlosesten Weise bewucherte, der Staat schenkte den Zucker-

fabrikanten zu dem nach „kapitalistischen Gesetzen" resultierenden Unternehmergewinn außer dem durch den Zoll und das Kartell hervorgerufenen Wucherprofit noch einen Extraprofit in der Form der Zuckerprämien, die in den letzten Jahren die Höhe von 18 Millionen Kronen erreichten, eine staatswirtschaftliche Politik, deren Weisheit in dem Resultate gipfelte, daß der österreichische Zucker in Oesterreich für die armen Klassen unerschwinglich, dagegen in dem durch Exportzucker beglückten England so billig wurde, daß er dort zur Schweinemästung und zur Züchtung eigener zuckerverarbeitender Industrien benützt wurde. In dieses Ideal eines kapitalistischen Profitwuchersystems riß nun England ein tiefes Loch, indem es, um eine eigene Zuckerindustrie zu gründen und seine Kolonien zu begünstigen, jeden mit Prämien und Zöllen geschützten Zucker mit Strafzoll zu belegen drohte, und da England das wichtigste, ja beinahe das einzige Zuckerimportland ist, mußten sich die europäischen Staaten fügen. Nach längeren fruchtlosen Verhandlungen trat endlich im Jahre 1902 in Brüssel eine internationale Zuckerkonferenz zusammen, in der sich die europäischen Kontinentalstaaten (außer Rußland) tatsächlich verpflichteten, die Zuckerzölle und Prämien in jeder Form abzuschaffen und nur einen Ueberzoll (Surtaxe), der gerade nur zur Abhaltung der Konkurrenz des Auslandes hinreichte, einzuheben. Die österreichischen Zuckerfabrikanten suchten nun zu retten, was zu retten war, und verlangten die Einführung des Kontingentierungssystems, wodurch jedem Fabrikanten eine bestimmte Produktions- und damit auch Absatzmenge zugewiesen, also ihnen die Weiterexistenz gesichert wird. Vielleicht wäre die österreichische Regierung auf dieses Begehren nicht eingegangen, wenn nicht der allezeit böse Geist des Dualismus auch hier wieder seine für Oesterreich verderbliche Rolle gespielt hätte. Die Ungarn, die kaum für den Export produzieren, denen also an der Brüsseler Konvention wenig oder nichts gelegen war, benutzten die Verlegenheit Oesterreichs, um ihm einen großen Teil des ungarischen Zuckerabsatzmarktes abzuknapsen, und dies erreichten sie in vollendeter Weise in der Form des Kontingentierungssystems, wodurch nicht nur jeder Fortschritt in der Eroberung des ungarischen Marktes durch österreichische Zuckerfabrikanten ausgeschlossen war, sondern auch gleich von vornherein 300.000 Meterzentner bisheriger österreichischer Zuckerproduktion den ungarischen Zuckerfabriken zugewiesen wurden. Der Vertreter der Sozialdemokratie im Zuckerausschuß und im Plenum erklärte von vorneherein die Kontingentierung als der Brüsseler Konvention widersprechend und prophezeite ihre Ablehnung durch das Brüsseler Schiedsgericht. Er wies darauf hin, daß es eine neue, noch festere Form des Zuckerkartells unter Patronanz des Staates sei und beantragte, daß vorerst der Beitritt zur Brüsseler Konvention ausgesprochen, dann aber nach Abschluß neuer Verhandlungen mit Ungarn ein anderer Modus zur Regelung der Zuckerproduktion geschaffen werde. Er verwies ferner darauf, daß man sich mit dem vollständigen Verluste des englischen Marktes in nicht allzu ferner Zeit vertraut machen müsse und daß es daher nur ein Mittel zur Erhaltung der österreichischen Zuckerindustrie gebe, die Hebung des inländischen Konsums. Zu diesem Ende beantragte er vor allem die Abschaffung der berüchtigten Kaizlschen § 14-Verordnung, durch die die Zuckersteuer um 12 Millionen Kronen erhöht wurde, eventuell eine dem zu erwartenden steigenden Konsum entsprechende sukzessive Herabsetzung von Jahr zu Jahr. Das volksfreundliche Haus, darunter auch die Christlich-Sozialen, ein Teil der deutschen Volkspartei und der Jungtschechen, lehnte alle diese Anträge ab. Von den sozialdemokratischen Prophezeiungen sind nichtsdestoweniger die fälligen bereits eingetroffen. Die Brüsseler Konferenz hat das Kontingentierungssystem abgelehnt, die Regierung war gezwungen, das Gesetz aufzuheben und, wie es die Sozialdemokraten verlangt hatten, mit den Ungarn in neue Verhandlungen einzutreten. Das Resultat davon war jedoch eine womöglich noch gewaltsamere Form der Lösung, die Einführung der Surtaxe auf Zucker zwischen Oesterreich und Ungarn. Glänzender als durch diese fortgesetzten Blamagen der Regierung konnte die Haltung der Sozialdemokraten nicht gerechtfertigt werden.

## Die Rentenkonversion.

Einen günstigen Stand der Geldverhältnisse, des Bankzinsfußes und der Kurse benützte die Regierung, um den Zinsfuß der Obligationen der einheitlichen Staatsschuld von 4·2 auf 4 Prozent herabzusetzen. Da dies eine Verringerung des arbeitslosen Einkommens bedeutet und einen Gewinn des Staates, der ihm direkt von den Besitzenden gezahlt wird, so stimmten die Sozialdemokraten für die Konversion. Sie unterließen hierbei jedoch nicht, den Finanzminister durch direkte Befragung nach der Ursache der Ausscheidung des „ungarischen Blockes" in die Enge zu treiben und dabei die Kläglichkeit der Stellung Oesterreich-Ungarns im Ausgleichsverhältnisse darzulegen. Die Summe der ursprünglich fünfprozentigen Staatsschuldentitres, die durch Brestl seinerzeit von 5 auf 4·2 Prozent konvertiert worden waren, beträgt nämlich rund

fünf Milliarden Kronen. Die Regierung wünschte jedoch bloß die Konversion von 3620 Millionen, so daß 1400 Millionen unkonvertiert bleiben, wodurch der Konversionsgewinn statt 10 Millionen bloß 7·2 Millionen beträgt, was also eine Einbuße des österreichischen Staates um 2·8 Millionen jährlich bedeutet. Die Ausscheidung dieser 1400 Millionen ist nun über Wunsch der Ungarn erfolgt, obwohl diese in den Ausgleichsgesetzen die Staatsschuld als eine sie gar nichts angehende Angelegenheit betrachteten, zu deren Verzinsung sie bloß die unveränderliche Summe von 29 Millonen Gulden jährlich beizusteuern sich verpflichtet hatten, und sie kann als ein Präjudiz zur Verringerung der übernommenen Verpflichtungen der Ungarn gedeutet werden. Mag dies nun vorläufig bloß eine akademische Frage sein, sicher ist gegenwärtig der Verlust von etwa drei Millionen jährlich für den österreichischen Staat, wieder ein Schaden durch den Ausgleich. Die Sozialdemokraten haben gegen die Ausscheidung des ungarischen Blockes protestiert.

## Die Handelsverträge.

Die immer üppiger in die Halme schießende agrarische Anmaßung drängte im Hause fortwährend auf die Kündigung der Handelsverträge, insbesondere mit Serbien, dessen Vieh- und Zerealienexport den Agrariern, wie sie unter maßlosen Uebertreibungen versichern, sehr gefährlich sein soll. Aber auch der Handelsvertrag mit Italien, besonders die sogenannte Weinzollklausel wird heftig angefochten. Nun ist aber die Stabilität der Handelsbeziehungen eine wichtige Voraussetzung einer gesunden industriellen Entwicklung, vor allem der Bewahrung des Absatzmarktes. Je größer das durch Handelsverträge geeinte Wirtschaftsgebiet, desto mehr Schutz — relativ natürlich — vor heftigeren wirtschaftlichen Katastrophen. Insbesondere aber bevor durch Abschluß des Ausgleichs und des autonomen Zolltarifs die Vorbereitungen für neue kommerzielle Unterhandlungen mit anderen Staaten geschaffen sind, ist die Kündigung der Handelsverträge ein Widersinn, da dann Oesterreichs Handel eine gewisse Zeit sozusagen in der Luft hängen kann, ohne Sicherung gegen die eifervoll in die Lücke eindringenden anderen Handelsstaaten. Daher haben die Sozialdemokraten gegen diese Extravaganzen des Agrariertums Stellung genommen. Allerdings wich die Regierung vor dem agrarischen Angriff zurück und kündigte in kurzem Wege den italienischen Handelsvertrag. Die Kündigung des serbischen *vereitelten* die Sozialdemokraten jedoch durch ihre Haltung im Plenum und insbesondere im volkswirtschaftlichen Ausschuß.

## Der Ausgleich und die Zölle.

Gegenüber dem Ausgleich war die Stellung der Sozialdemokraten von vornherein gegeben. Die zahllosen Schäden, die er Oesterreich politisch und wirtschaftlich zufügt, die Schürung des nationalen Streites, das Wachsen des Militärbudgets, der Rückgang der Industrie und des Exports und vor allem die enorme Bewucherung der Arbeiterschaft durch indirekte Steuern geboten seine Ablehnung. Je eher die Trennung erfolgt, desto früher vermag Oesterreich seiner eigenen inneren Wirren Herr zu werden und seine Volkswirtschaft zu selbständiger Entfaltung zu bringen. Daher konnte auch dem selbst von konservativer Seite ausgesprochenen Wunsche, daß diesmal der *letzte* Ausgleich geschlossen werde, nicht zugestimmt werden, denn gerade dieser Ausgleich ist der schlechteste von allen. Allerdings hatte sich die Regierung *Koerber* bemüht, durch einige Scheinkonzessionen an die öffentliche Meinung der tiefinnerlichen allgemeinen Abneigung gegen den Dualismus die Spitze abzubrechen. Aber die Aufhebung der Transportsteuer, die nur, wie die Sozialdemokraten nachwiesen, der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft zugute kommen wird, oder gar die berühmte Loyalitätsklausel waren Aufputz von zu wenig sachlichem Wert, um die übrigen Schönheitsfehler des Ausgleichs zu verdecken. Hierbei wandte sich jedoch der Verband auch gegen die *Koerber*sche Maxime, gewisse, von seinen Vorgängern *Badeni-Bilinski* und *Thun-Kaizl* (mit dem § 14) „erledigte" Angelegenheiten, wie insbesondere die Auslieferung der Bank, als abgeschlossene Sache hinzustellen. Mit der größten Intensität aber bekämpften die Sozialdemokraten den als wichtigsten Bestandteil des Ausgleichs eingebrachten Zolltarif. Selten ist in einem Gesetzentwurf so scharf und entschieden der Klassencharakter der Regierung und des Parlaments hervorgetreten wie in diesem. Die bisherige Teuerung der Lebensmittel wird durch ihn ins Ungemessene gesteigert, insbesondere die wichtigsten, Getreide, Vieh, Fleisch, Milch, Brot u. s. w., tragen die furchtbarsten Wucherzölle, während auf der anderen Seite die Industriezölle in letzter Linie zum Stagnieren der industriellen Entwicklung, zum Ausschluß der technischen Vervollkommnung führen. Beide aber, sowohl Agrar als Industriezölle, erschweren die Lebenshaltung des Arbeiters enorm, beide haben den Zweck, ein Monopol für gewisse kapitalistische Gruppen zu schaffen und einzelne wenige diesseits und jenseits der

Leitha ungeheuer zu bereichern. Hier standen die Sozialdemokraten wiederum ganz allein, die einzigen reinen Vertreter der Interessen der Proletarier, die bei diesem Zollwuchergeschäft keinerlei Schab zu machen haben. (Vergleiche das Kapitel: „Die Tätigkeit in den Ausschüssen".)

## Die Geschäftsordnung.

Die Obstruktion ist nicht mehr eine zufällige Nebenerscheinung, sondern sie gehört bereits zum Wesen des österreichischen Privilegienparlaments. Sie ist dem ganzen Parlament unangenehm, aber man kriegt sie nicht los, da sie ein geschichtlich gewordenes Produkt, eine objektive Notwendigkeit ist. In diesem von Demagogie zerfressenen Hause ist die Obstruktion nicht mehr ein Dolch im Gewande der Parteien, sondern umgekehrt ist sie es, die die Parteien völlig in der Hand hat. Deshalb haben die Jungtschechen Stransky und Kramař längst nach Aenderung der Geschäftsordnung geschrien, um aus den Krallen dieses von ihnen selbst heraufbeschworenen Gespenstes zu entkommen. Unterstützt wurden sie in diesem Rufe von allen reaktionären Bourgeoisparteien, die ihr Schäfchen ungestört ins Trockene bringen wollen, insbesondere vom Polenklub, den Klerikalen, den Christlich-Sozialen und den Großgrundbesitzern und es war einer von den letzteren, der Dr. v. Grabmayr, der sich wohl mehr aus Wichtigtuerei die Aenderung der Geschäftsordnung zur Aufgabe setzte!

Nun gewiß, das österreichische Privilegienparlament ist verlottert und verdorben bis auf die Knochen und zur Erledigung keiner nur leidlich schwierigen Aufgabe mehr fähig; aber es ist nicht deshalb die Fleisch und Bein gewordene Zerfahrenheit und Ohnmacht sowie ein Gegenstand des allgemeinen Spottes, weil die Geschäftsordnung zu gut und frei ist, sondern weil das Wahlsystem, aus dem dieses Parlament hervorgeht, so schlecht ist. Die Unfähigkeit, das kleinliche Gezänke um kleinliche Dinge hat nicht deshalb die Vernunft im österreichischen Parlament überwuchert, weil diese Ueberwucherung durch die bestehende Geschäftsordnung nicht in entsprechender Weise hintangehalten werden kann, sondern weil in den durch Privilegien abgeschachtelten Wahlkörpern alle Furien des Chauvinismus zur Geltung gelangen und die Vernunft niederbrüllen konnten. Im Parlamente gelangt nur zur Verzapfung, was außerhalb des Parlaments gebraut wird. Und wie können auch Leute eine heilige Scheu vor dem Rechte der parlamentarischen Mehrheit haben, die selbst nur auf Grund eines Vorrechtes ins Parlament gekommen sind? Wer sich außerhalb des Parlaments in seinem Vorrechte sonnt und dadurch das gute Recht der anderen niedertreten hilft, den sollen im Parlament auf einmal Skrupel plagen, sofern er auf Gesetz und Ordnung pfeift? Wenn es Narrheit ist, was sich während der letzten Jahre im österreichischen Parlamente zugetragen hat, so lag darin eine durch die Vorrechte gezüchtete Methode. Der Größenwahn kann sich seine Opfer nicht nur auf den Höhen der Gesellschaft holen, er kann auch die mit politischen Vorrechten ausgerüsteten Spießer und Bauern befallen. In Oesterreich ist diese Sorte Wahnsinn während der letzten Jahre epidemisch geworden. Und dagegen hilft keine Aenderung der Geschäftsordnung; hier hilft nur eine Aenderung der Wahlordnung. Die Sozialdemokraten haben übrigens selbst nie die Geschäftsordnung zu Obstruktionszwecken verwendet. Dagegen hätte das Hauptprojekt der Ordnungsfanatiker die Abschaffung der Dringlichkeitsanträge, also eine Lahmlegung der empfindlichsten Form der kritischen Tätigkeit der Sozialdemokraten zur Folge gehabt. Nur auf diesem Wege war es ihnen möglich, solche furchtbare Ausschreitungen des latenten Absolutismus, wie die Schießereien in Triest und Lemberg, oder der behördlichen Schlamperei, wie die Grubenkatastrophen in Brüx und Borysław der parlamentarischen Diskussion und dadurch wenigstens der teilweisen Abhilfe und Sühne zuzuführen. Aus diesen Gründen mußten die sozialdemokratischen Abgeordneten gegen das auf die Geschäftsordnung geplante Attentat in der entschiedensten Weise Stellung nehmen. Da sie die Verschlechterung der Geschäftsordnung nicht im Ausschusse hintanzuhalten vermochten, mußten sie, als der von dem Abgeordneten Dr. v. Grabmayr fertiggestellte Bericht auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses gestellt worden war, zu dem schärfsten Mittel greifen. Der Sozialdemokratische Verband beschloß, die abgeänderte Geschäftsordnung, durch die nur den sogenannten kleinen Parteien die bisherige Bewegungsfreiheit benommen worden wäre, während sie den „großen Parteien" belassen blieb, zu obstruieren. Auf den bloßen Beschluß des sozialdemokratischen Verbandes hin wurde der Bericht des Abgeordneten Dr. v. Grabmayr als Beratungsgegenstand immer weiter hinausgeschoben, so daß die Annahme der verschlechterten Geschäftsordnung verhindert wurde. Sollten die parlamentarischen Scharfmacher wider alles Erwarten dennoch eines Tages ihre Pläne durchsetzen wollen, dann würden die wenigen sozialdemokratischen Abgeordneten neuerdings zeigen, wie sie das schon unter Badeni in geschichtlich denkwürdiger Weise getan haben, daß jede Vergewaltigung der Minoritäten von ihnen bis zum äußersten

bekämpft wird. Aber das im Sterben liegende Privilegienparlament wird es auf eine solche Kraftprobe kaum mehr ankommen lassen.

## Die Massenpetition.

Um dem Ministerium Koerber einen untrüglichen Beweis zu erbringen, daß die arbeitende Bevölkerung das in der Thronrede gegebene Versprechen wegen Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung sehr ernst genommen hat, wurden von dem Sozialdemokratischen Verbande die ihm in dieser Angelegenheit übermittelten Massenpetitionen nicht nur überreicht, sondern auch, um diese zu beschleunigen, ein Dringlichkeitsantrag eingebracht. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen, trotzdem aber denkt Herr v. Koerber nicht daran, diesem Antrage Rechnung zu tragen und das in der Thronrede gegebene Versprechen einzulösen. Für die alten Arbeiter ist einfach kein Geld vorhanden, während für die Forderungen der Militärverwaltung die Staatskassen jederzeit offen stehen. Und wie wir bisher in der Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung trotz der feierlichsten Versprechung seitens der Regierung wie trotz der eingebrachten Massenpetition und unseres einstimmig angenommenen Dringlichkeitsantrages dem Ziele nicht näher gekommen sind, so werden Regierung und Parlament auch weiter trachten, diese wichtigste sozialpolitische Frage der nächsten Zeit zu verschleppen, doch wird es die Aufgabe der Sozialdemokraten sein, durch unausgesetzte Mahnung an das Gewissen beider zu rütteln, noch mehr aber die gesamte Oeffentlichkeit zum Eintreten für diese Forderung in Bewegung zu setzen.

## Das allgemeine Wahlrecht,

das zur Beratung des Hauses zu stellen unmöglich war, wurde bei jeder Gelegenheit von allen sozialdemokratischen Abgeordneten als die unerläßliche Voraussetzung der Gesundung der parlamentarischen Verhältnisse hingestellt und so gewissermaßen die Wahlrechtsagitation in das Innere des Parlaments selbst getragen.

## Die Dringlichkeitsanträge.

Wie oben bemerkt, gibt die Form des Dringlichkeitsantrages den Mitgliedern des österreichischen Abgeordnetenhauses die Möglichkeit, im Parlamente in jeder Sitzung eine ihnen wichtig dünkende Sache sofort zur Sprache bringen zu können. Diese wichtige Bestimmung der Geschäftsordnung ist von den bürgerlichen Parteien zur Obstruktion wie zu Obstruktionsdrohungen in den letzten Jahren in der ausgiebigsten Weise ausgenützt worden.

Der Sozialdemokratische Verband hat bis jetzt auch nicht einen Dringlichkeitsantrag zu Obstruktionszwecken eingebracht, weil er auf dem Standpunkte steht, daß die Diskreditierung und Zerstörung des Privilegienparlaments hauptsächlich und in erster Linie Sache der bürgerlichen Parteien ist und sie in dieser heilbringenden Tätigkeit — der einzigen, die sie leisten — nicht gestört werden dürfen.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten benützten das Recht des Dringlichkeitsantrages immer dazu, wozu es geschaffen ist, um wichtige, unaufschiebbare Angelegenheiten zu erledigen. So wurden außer dem obengenannten, betreffend die Altersversicherung, Dringlichkeitsanträge unter anderem eingebracht:

betreffend die Einleitung einer Debatte über die Thronrede;

betreffend die Beschäftigung jugendlicher Personen, die Arbeitszeit ꝛc. beim Bergbau;

betreffend Maßregeln zur Linderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Notlage;

ferner betreffend die Verwendung des Investitionskredits zur Beschleunigung der Eisenbahnbauten und

betreffend die Schaffung eines Gesetzes, über die Organisation einer staatlichen Arbeitsvermittlung (Sitzung vom 17. Oktober 1901),

betreffend die Abschaffung des § 64 St.-G. (Verletzung der Ehrfurcht gegenüber Mitgliedern des kaiserlichen Hauses). Dieser Antrag wurde zum Zwecke der Besprechung der Uebernahme des Protektorats des katholischen Schulvereines durch Erzherzog Franz Ferdinand gestellt und führte zu einer ätzenden Kritik der klerikalen Bestrebungen des Wiener Hofes;

betreffend die Abschaffung der Paragraphe über Religionsstörung;

wegen des Streiks der Schiffsheizer des Triester „Lloyd"

sowie wegen der blutigen Vorkommnisse und des über Triest verhängten Ausnahmszustandes.

Die letzten beiden Dringlichkeitsanträge gelangten in den Sitzungen am 15., 18., 21. und 26. Februar wie am 6. März 1902 zur Verhandlung, wobei dem Ministerium Koerber in geradezu vernichtender Weise die Leviten gelesen wurden. Ferner wurden Dringlichkeitsanträge wegen der Grubenkatastrophe in Borysław in Galizien, wie des Wassereinbruches im „Jupiterschacht" bei Brüx in Böhmen eingebracht.

In Form von Dringlichkeitsanträgen wurde auch das Vorgehen des Unternehmertums und der Behörden während des galizischen Landarbeiterstreiks und des Lemberger Bauarbeiterstreiks einer scharfen Kritik unterzogen. Endlich wurden noch die beispiellosen Wahlfälschungen der Wiener Gemeindeverwaltung bei den letzten niederösterreichischen Landtagswahlen und das Einbrechen der Wiener Polizei in das Arbeiterheim im X. Wiener Bezirke durch zwei Dringlichkeitsanträge im Parlamente angenagelt. Daß die Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes auch in Notstandsangelegenheiten wiederholt die Regierung zur Abhilfe der Not aufgefordert haben, sei nur nebenbei erwähnt.

Selbstverständlich wurden auch von anderen Parteien eingebrachte Dringlichkeitsanträge benützt, um der Regierung und den Parteien die Wahrheit zu sagen, so der Antrag zur Aufhebung des Beamtenerlasses, der Antrag betreffend das Ehrenbürgerrecht Lobmeyers in Wien u. s. w.

## Die Tätigkeit in den Ausschüssen.

Die eigentliche sachliche Arbeit des Parlaments, soweit man hier überhaupt davon reden kann, vollzieht sich in den Ausschüssen. Hier war es die unmittelbare Arbeit der sozialdemokratischen Abgeordneten, die eine ganze Reihe von Verbesserungen an bestehenden Gesetzen erzielt und nicht selten gewisse Attentate auf einzelne Gruppen der arbeitenden Bevölkerung geradezu verhindert hat. In folgendem werden die wichtigsten dieser Arbeiten mitgeteilt:

Im Budgetausschusse begann die Debatte über das Budget für 1902 am 8. November 1901. Unser Vertreter im Budgetausschusse, Gen. Pernerstorfer, nahm wiederholt Gelegenheit, während der lange sich hinziehenden Ausschußberatungen das Wort zu ergreifen. Er besprach unter anderem die Notwendigkeit der Subventionierung des Baseler Internationalen Arbeitsamtes und forderte gedruckte Berichte über die Tätigkeit der Genossenschaftsinstruktoren. Er kritisierte die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission und des Arbeitsstatistischen Amtes. Bei dem Kapitel Gewerbeinspektion wurde sein Antrag: „Der Budgetausschuß beschließt die Bestellung von Spezial-Gewerbeinspektoren mit dem ganzen Reich als Sprengel, und zwar Hygieniker und Aerzte für chemische Fabriken, für Betriebe, bei denen Bleierkrankungen und dergleichen vorkommen u. s. w., und zwar so, daß schon im Staatsvoranschlag für 1903 die nötigen Summen eingestellt werden", angenommen. Ebenso wurde sein Resolutionsantrag, den er beim Titel Montanwesen einbrachte, angenommen: „Die Regierung wird aufgefordert, im Staatsvoranschlage bei dem Kapitel 28 so zu spezifizieren, daß die sachlichen Betriebserfordernisse und jene persönlichen Erfordernisse, die in Löhnen bestehen, unter Angabe der Zahl der beschäftigten Arbeiter möglichst detailliert aufgeführt werden." Beim Kapitel Tabak vertrat Pernerstorfer die von den Professionisten der Tabakfabriken in Monasterzyska, Winniki, Fürstenfeld, Hainburg und Krakau auf dem Wege von Petitionen vorgebrachten Wünsche und wünschte eine eingehende Inspektion der Tabakfabriken durch die Gewerbeinspektoren. In ausführlicher Weise besprach er beim Etat des Ackerbauministeriums die Verhältnisse in den ärarischen Brüxer Juliusschächten und die Frage der ländlichen sogenannten Leutenot. Bei der Beratung des Justizetats urgierte er die Reform des Preßgesetzes und illustrierte an Beispielen die trotz allen modernen Redensarten des Herrn Ministerpräsidenten noch immer herrschende Konfiskationspraxis des Staatsanwaltes Dr. Bobies, der sich damals gerade an den bekannten Mattachich-Artikeln der „Arbeiter-Zeitung" austobte. Auch unterzog er das Institut der Gerichtsinspektoren einer eingehenderen Besprechung. Bei dem Kapitel Volksschulen wies er die Angriffe auf die achtjährige Schulpflicht, die von klerikaler Seite ausgegangen war, energisch zurück, befürwortete die staatliche Subvention aller Volksbildungsbestrebungen und erörterte ausführlich die vielen Maßregelungen von Lehrern in verschiedenen Ländern, durch die eine Summe von viel Unrecht und parteimäßiger Vergewaltigung ausgeübt worden sei. Die Beratungen des Budgetausschusses zogen sich so lange hin, daß die Budgetdebatte im Plenum erst am 20. Februar beginnen konnte.

Im Legitimationsausschusse wurde von Daszynski ein heftiger, aber natürlich erfolgloser Kampf gegen die diversen Wahlschwindeleien geführt.

Im Steuerausschusse bekämpfte Gen. Hybeš die Einführung der Fahrkartensteuer zuerst durch den Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung über die Vorlage und beantragte hierauf die Beschaffung der nötigen Summen einesteils durch Erhöhung der Personaleinkommensteuer bei 20.000 Kr. übersteigendem Einkommen und eine höhere Progression als die gegenwärtige bei noch größerem Einkommen und zweitens durch Einführung eines Gebührenäquivalentgesetzes von zu Fideikommissen gehörenden Vermögen.

Nachdem seine Anträge vom Steuerausschusse niedergestimmt wurden, beantragte er die Einschränkung der Fahrkartensteuer auf die erste und zweite Wagenklasse und deren Erhöhung, damit sie den verlangten Ertrag liefert, auf 50 Prozent der Fahrkartenpreise. Und nachdem auch dieser Antrag abgelehnt wurde, meldete er ihn als Minoritätsvotum an.

Auch machte Hybeš alle Anstrengungen bei Behandlung des Gesetzes über die Begünstigungen für Gebäude mit gesunden und billigen Arbeiterwohnungen dahingehend, daß in das Gesetz, da es auch für Fabrikswohnungen gelten soll, die Bestimmung aufgenommen werde, daß für die Räumung dieser Wohnungen nur die in dem betreffenden Bezirke bei bürgerlichen Wohnungen übliche Kündigungsfrist maßgebend sein müsse. Im Anfange schien es, als sollte der Antrag durchgehen. Da kamen aber die bürgerlichen Abgeordneten durch den deutschvolklichen Abgeordneten Hanisch darauf, daß bei Streiks die Fabrikanten die Streikenden mit der Delogierung nicht einschüchtern könnten, und lehnten den Antrag ab. Im Hause gelangte dann ein Mittelantrag zur Annahme, der eine achttägige Kündigungsfrist festsetzte.

Auch die von Hybeš beantragte Streichung der Bestimmung, daß derartige Fabrikswohnungen den Arbeitern auch gegen eine im Arbeitsvertrage nicht ziffermäßig festgesetzte Anrechnung auf den Lohn überlassen werden können, wurde abgelehnt.

Im Notstandsausschusse beantragte Gen. Hybeš im Frühjahre, da die armen Häusler sich überall über ungerechte Verteilung der Unterstützungsgelder beschweren, daß dem Ausschusse aus den unterstützten Gemeinden schriftliche Berichte über die Verteilung des Geldes eingesendet werden sollen. Kein einziger der bürgerlichen Abgeordneten stimmte dafür, da, wie sie erklärten, die Ortsverwaltungen als autonome Behörden berechtigt sein müssen, die Verteilung der Gelder nach ihren Ansichten vorzunehmen.

Im Gewerbeausschusse setzte Gen. Hannich bei Beratung des Trunkenheitsgesetzes die Aufnahme des Antrages durch, daß bei einer ersten Verurteilung bloß ein richterlicher Verweis erfolgen könne, womit ein neues, sehr wesentliches Prinzip in die österreichische Rechtspraxis eingeführt erscheint.

Im sozialpolitischen Ausschusse hat Gen. Elderisch die Interessen der Handlungsgehilfen bei Beratung der Aenderung des Sonntagsruhegesetzes und des Gesetzes betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung der Privatbeamten gegen den Ansturm der Abgeordneten von Krämers Gnaden zu verteidigen gehabt. Wenn auch im Ausschusse die Anträge unseres Genossen auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe im Handelsgewerbe und auf Abschaffung der überflüssigen Komptoirarbeit am Sonntag niedergestimmt wurden, so konnten doch wesentliche Verbesserungen der Regierungsvorlage durchgesetzt werden, weil einzelne bürgerliche Abgeordnete aus Angst vor dem Abfall ihrer Anhänger unter den Handlungsgehilfen ihnen zustimmten. Dieser Erfolg wurde aber durch die gehilfenfeindliche Majorität des Abgeordnetenhauses, welche an der beispiellosen Unanständigkeit des Vizepräsidenten Kaiser einen eifrigen Helfershelfer fand, zum großen Teile wieder zunichte gemacht. Den sozialdemokratischen Handlungsgehilfen wird der Verrat der bürgerlichen Parteien Gelegenheit bieten, mit der gegnerischen Gehilfenorganisation gründlich aufzuräumen. Ihre Paradegehilfen, allen voran die der deutschen Volkspartei, die im Abgeordnetenhause für die Anträge der Sozialdemokraten eintreten, während ihre Klubkollegen sie brutal niederstimmen, werden ihre lächerliche Rolle bald ausgespielt haben.

Das Pensionsgesetz für die Privatbeamten befindet sich noch im Stadium der Ausschußberatung, doch sind seine wichtigsten Bestimmungen bereits durch Abstimmung erledigt. Das Gesetz ist wie jede sozialpolitische Maßnahme in Oesterreich ein elendes Flickwerk. Es fehlt der Staatszuschuß, eine zweckmäßige Organisation und vor allem hat das Gesetz den Kardinalfehler, daß es für die Privatbeamten, deren Interessen im Rahmen eines allgemeinen Versicherungsgesetzes weit besser gewahrt wurden, ein eigenes Institut schafft. Immerhin mußten wir uns trotz aller prinzipiellen Einwände an der Beratung dieses Gesetzes beteiligen und es ist dem unaufhörlichen Drängen des Gen. Elderisch gelungen, das Geltungsgebiet dieses Gesetzes auch auf

die Handlungsgehilfen auszudehnen. Auch in der Frage des Staatszuschusses haben wir der Regierung das Zugeständnis abgerungen, daß für die unteren Gehaltskategorien nach Zustandekommen des allgemeinen Altersversicherungsgesetzes ein Staatszuschuß in Aussicht genommen ist. Auf jeden Fall hätte die Perfektion dieses Gesetzes für die Handlungsgehilfen den Vorteil, daß die ihnen zugesicherten Unterstützungen jenes Maß weit überschreiten, das bei dem allgemeinen Altersversicherungsgesetze nach berühmtem Muster in Aussicht steht. Die Unternehmervertreter haben sich gegenwärtig im Ausschusse eine kleine Obstruktion gegen das Gesetz eingerichtet, weil ihnen die normierten Unternehmerbeiträge zu hoch erscheinen. Solange eine Gesetzesvorlage nicht in Sicht war, konnten sich die bürgerlichen Parteien nicht genug in Freundschaftsbeteuerungen für die Privatangestellten ergehen. Da wurde von den Offizieren der Industrie, des Handels ꝛc. gesprochen, jetzt, wo es zur Betätigung dieser Freundschaft in den Beutel greifen heißt, kommt die Ernüchterung.

Gen. Elbersch hat ferner bei Beratung des Pensionsgesetzes in jeder Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses die Vorlage des Gesetzentwurfes betreffend die allgemeine Alters- und Invaliditätsversicherung, die Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter reklamiert, die Versprechungen der Regierung in dieser Frage sind bis zum Ueberdruß bekannt. Es muß schlecht bestellt sein mit diesem so lange versprochenen Reformwerk des Herrn v. Koerber, wenn er sich nicht traut, es ans Licht der Welt zu bringen. Lange wird man die Arbeiterschaft mit Versprechungen nicht füttern können, die Regierung wird in der Oeffentlichkeit Gewißheit schaffen müssen, wie es mit der Lösung dieser brennenden Frage bestellt ist.

Ueber den sozialpolitischen Ausschuß wäre noch mitzuteilen, daß außer unserem Genossen und einigen bürgerlichen Paradearbeitern von den Parteien des Abgeordnetenhauses die reaktionärsten Elemente in den Ausschuß entsendet werden, auf die eine sozialpolitische Vorlage ungefähr dieselbe Wirkung übt wie auf den Stier das rote Tuch).

Im volkswirtschaftlichen Ausschusse erzielte Gen. Ellenbogen einen Erfolg durch Vereitlung des Beschlusses auf Kündigung des serbischen Handelsvertrages, ebenso in der Apothekerfrage. Bekanntlich ist die Erteilung der Apothekenkonzessionen einer starken Beschränkung unterworfen, die zu einem Monopol einzelner Leute geführt hat, die entweder die Apotheke von Kind auf Kindeskind vererben oder mit deren Verkauf einen schwunghaften und ergiebigen Handel treiben. Hierdurch sind alle jüngeren mittellosen Pharmazeuten von jeder Aussicht auf ein Fortkommen in ihrem Berufe ausgeschlossen. In diese Monopolwirtschaft brachte nun eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofes einen Riß, da hierdurch die Rechtsgültigkeit solcher Geschäfte mit Apothekenkonzessionen aufgehoben wurde. Die Apotheker suchten nun rasch — als ob das sieche Parlament wirklich keine anderen Schmerzen hätte — diese Frage aus dem ganzen Rattenschwanz der längst spruchreifen pharmazeutischen Fragen herauszureißen und durch ein Spezialgesetz zu ihren Gunsten zu regeln. Gen. Ellenbogen wies jedoch die Ungehörigkeit dieses Vorganges nach und erklärte, daß ohne eine Regierungsvorlage über das gesamte Gebiet der einschlägigen Fragen die Beratung unmöglich sei. Sein Vertagungsantrag wurde angenommen, wodurch die Frage bereits zu Ungunsten der Monopolisten entschieden ist. An der Beratung über den Terminhandel, diesen bauernretterischen Schwindel, beteiligte sich unser Vertreter nicht.

Im Unterrichtsausschuß kämpfte Gen. Seitz gegen das an anderer Stelle besprochene Jugendurlaubsgesetz. Auch bei der bisher noch nicht beendeten Beratung seines Antrages betreffend die Schaffung eines Disziplinargesetzes für Lehrer gab es heftige Debatten zwischen unserem Vertreter und den christlichsozialen und klerikalen Abgeordneten.

Im Justizausschuß, dem Gen. Seitz angehörte, wurde unter anderem das Auskultantengesetz beraten und das mittlerweile bereits in Kraft getretene Gesetz betreffend die Ausdehnung der Haftpflicht auf Straßenbahnen.

Im Eisenbahnausschusse gelang es Gen. Dr. Ellenbogen, bei der Verstaatlichungsfrage einen Antrag durchzubringen, wodurch den Bediensteten der zu verstaatlichenden Bahnen der Fortbezug ihres Gesamteinkommens gesichert wird, während bisher stets eine Verkürzung im Falle der Verstaatlichung eintrat. Was diese selbst anlangt, so vertrat er den Standpunkt, es sei für alle jene Verstaatlichungen zu stimmen, bei denen der Staat ein gutes Geschäft mache. Durch eingehende Kritik und Fragestellung suchte er die etwas dunkle Haltung der Regierung in der Verstaatlichung der Nordwestbahn und Staatseisenbahngesellschaft klarzustellen und trieb dabei Herrn v. Wittek wiederholt in die Enge.

Im Ausgleichsausschusse wurden desselben Abgeordneten Anträge auf Einführung der Kranken- und Unfallversicherung sowie des sozialpolitischen Schutzes für die Bediensteten der Fluß- und Seeschifffahrt sowie der Küstenfischerei angenommen. Eine einschlägige Regierungsvorlage ist auch inzwischen tatsächlich dem Hause vorgelegt worden. Im übrigen war seine Tätigkeit hauptsächlich der Detailkritik der Vor-

lagen gewidmet. Einen Erfolg eigener Art erlangte er durch den energischen Angriff auf den Eisenbahnminister bei Beratung des Artikels IX des Zoll- und Handelsbündnisses, durch dessen Wortlaut die österreichische Staatseisenbahnpolitik vollständig der Gnade der Ungarn ausgeliefert worden wäre. Der Eisenbahnminister sah sich nach längerem Sträuben gezwungen, dem Artikel eine offizielle Interpretation zu geben, die in geradem Widerspruch zu der des ungarischen Handelsministers stand.

In eingehender Weise wies unser Vertreter die Nichtigkeit und Unbestimmtheit der Loyalitätsklausel nach, deren staatsrechtlicher Charakter an sich schon unbestimmbar sei, desgleichen die Wertlosigkeit der Aufhebung der Transportsteuer für die Gesamtheit sowie die Geringfügigkeit der Beseitigung der Besteuerung von Kommissionslagern. Alle diese „Konzessionen" erklärte er bloß als goldene Brücken, die die Regierung den sogenannten staatserhaltenden Parteien baute, um ihnen den Verrat an den Interessen Oesterreichs leichter und vor den Wählern plausibler zu machen. Er verlangte dieser durchsichtigen Demagogie gegenüber die Notwendigkeit des Ausgleichs in einem Wesen, als einer unmöglichen, weil beiden Reichsteilen politisch oder wirtschaftlich unangenehmen Fessel, einer auf die Dauer unhaltbaren staatsrechtlichen Form.

Im Zollausschusse, wo bei fast allen Positionen des vorgelegten Wuchertarifs die Vertreter sämtlicher Parteien des Abgeordnetenhauses gegen den einzigen Vertreter der Sozialdemokratie standen, hatte Gen. Seitz zwei Monate hindurch einen besonders schweren Kampf zu führen.

Er mußte sich natürlich in erster Linie gegen die Zölle auf Kolonialwaren wenden, die als reine Finanzzölle zu ganz besonderem Widerspruch reizen und die nicht nur eine außerordentliche Verteuerung wichtiger Konsumartikel bedeuten — gewöhnlicher Kaffee wird zum Beispiel durch den Zoll um 50 bis 70 Prozent seines Wertes verteuert — sondern die überdies einen großen Teil der Mittel zur Bestreitung der Militärausgaben liefern müssen. Aber gerade das letztere war Grund genug für die patriotischen Parteien, den sozialdemokratischen Antrag auf Zollfreiheit, ja selbst den Eventualantrag auf Herabsetzung des Zolles um die Hälfte mit allen Stimmen gegen die einzige unseres Vertreters niederzustimmen.

Aber auch bei der überwiegenden Mehrzahl der anderen Positionen, so bei den Zöllen auf Getreide, Fleisch und Fett, auf Milch, Eier, Obst, Gemüse und dergleichen und nicht minder bei den für die industrielle Arbeiterschaft so wichtigen Posten, wie Eisen, Leder ꝛc., wurden die sozialdemokratischen Anträge auf Zollfreiheit, beziehungsweise auf Herabsetzung der Zölle fast einhellig niedergestimmt.

Daß die Agrarier trotz aller Argumente selbst die Kühnheit hatten, einen Zoll auf Baumwolle zu verlangen und nur durch die weitestgehenden Versprechungen der Regierung veranlaßt werden konnten von dieser lächerlich-frechen Forderung abzustehen, verdient als echt österreichische Spezialität ebenso erwähnt zu werden wie die Anträge der „modernen" Beamtenregierung, einen Zoll auf — Bücher einzuheben.

Einer besonderen Erwähnung bedarf wohl noch die Tatsache, daß gerade die Vertreter jener demagogischen nationalen Parteien, die sich so oft arbeiterfreundlich gebärden, nämlich die Alldeutschen, die Jungtschechen und die Christlich-Sozialen (welch letztere doch den größten Konsumenten agrarischer Produkte, nämlich Wien, vertreten) jederzeit unter den ärgsten Losgehern gegen die sozialdemokratischen Anträge zu finden waren und wie ein Mann für alle Fleisch-, Vieh- und Getreidezölle (ja selbst für die Minimalzölle auf Getreide) stimmten. Hatte doch der alldeutsche „Arbeiter" Herr Franko Stein den traurigen Mut, die Lebensmittelzölle als eine sozialpolitische Maßregel zu bezeichnen, für die er um so mehr eintrete, als sie die Erstellung höherer Löhne für die Arbeiter bewirkten.

Aber selbst die sogenannten „Vertreter der Industrie", die Vertreter der Handels- und Gewerbekammern, fanden nicht den Mut, den frechen Anschlägen der Agrarier entgegenzutreten, und so gingen sie denn — angeblich um die agrarische Ausschußmehrheit von noch weitergehenden Verschlechterungen des Tarifs abzuhalten — schon nach den ersten Sitzungen mit den Brot- und Fleischwucherern in die Laube und schlossen jenes famose Kompromiß, das den „Schutz der nationalen Volkswirtschaft" verbürgen und der „gemeinsamen Abwehr des deutschen Zolltarifs", besonders der durch ihn bewirkten Rückstauung dienen sollte.

Der Regierung, der ihre Vorlage von Ungarn diktiert worden war und die wohl wußte, daß sie es nicht wagen dürfe, der ungarischen Regierung auch nur in einem Punkte Abänderungen vorzuschlagen, konnte selbstverständlich nichts erwünschter sein als dieses Kompromiß.

So stand also unser Vertreter schon nach den ersten Sitzungen vor vollendeten Tatsachen und mußte sich dessen bewußt sein, daß auch nicht ein einziger seiner Abänderungsanträge Aussicht auf Erfolg haben werde.

Vergebens war sein Hinweis auf die Tatsache, daß ein Tarif, der zum Beispiel

1 Kilogramm Mehl mit 15 H. und 1 Kilogramm Fleisch mit 30 H. belastet, eine furchtbare Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter und damit eine Schwächung der Kaufkraft des Arbeitslohnes bedeutet; daß besonders die Viehzölle durchaus nicht den österreichischen Bauern, sondern fast ausschließlich den ungarischen Magnaten und Viehzüchtern zugute kommen, für die der Viehzoll allein ein jährliches Geschenk von 12 Millionen Kronen aus den Taschen der österreichischen Konsumenten bedeutet; umsonst war die Darlegung, daß ein Verzicht auf diese wahnsinnigen Zollerhöhungen und die Verwendung größerer Beträge zur Förderung der Landwirtschaft noch immer den Bauern wie den Konsumenten größere Vorteile böten als die Zahlung von Tributen an die Ungarn; wirkungslos war die Konstatierung der Tatsache, daß durch diesen Tarif die

| | | |
|---|---|---|
| Brotfrüchte um zirka . . . . . | 40 | Prozent |
| Gemüse und Obst um . . . | 50 bis 60 | „ |
| Schlachtvieh um . . . . . | 10 „ 20 | „ |
| Schweinefett und Speck um . . . | 50 | „ |

des Handelswertes verteuert würden; vergebens war der Hinweis darauf, daß selbst nach den Berechnungen agrarischer Führer die Kosten des Haushaltes einer Arbeiterfamilie durch diese Zölle um 15 H. per Tag, also um rund 50 Kr. per Jahr erhöht würden; vergebens die Warnung, daß wir uns den Ungarn geradezu tributpflichtig machen und bedingungslos ausliefern würden, wenn wir uns verpflichteten, selbst im Falle einer Hungersnot unsere Grenzen nur mit Erlaubnis der ungarischen Regierung zu öffnen:

Der Brot- und Fleischwucher feierte im österreichischen Zollausschusse wahre Orgien und die einzige Stimme des Vertreters der Arbeiterschaft mußte wirkungslos verhallen in dieser Wüste des krassesten Egoismus und der rücksichtslosesten Plusmacherei.

Ja noch mehr! Bei 80 von den 654 Positionen des Tarifs fand die Regierung im Ausschusse überhaupt keine Mehrheit, und zwar nicht etwa wegen der Höhe der Sätze, sondern weil selbst die ohnehin so übertriebenen Ansätze, die uns die ungarischen Zollwucherer diktiert hatten, ihren österreichischen Kollegen noch zu — niedrig waren!

Glücklicherweise waren die politischen Verhältnisse während dieser Verhandlungen für Herrn v. Koerber immer trister geworden und selbst die jungtschechischen Bauern, die trotz der offenen Obstruktion ihrer Gesinnungsgenossen im Parlamente und trotz der verschleierten Obstruktion ihrer Führer im Ausgleichsausschusse bisher bei den Zollfragen fleißig mitgearbeitet hatten, kündigten gleichfalls die Liebe und setzten auch im Zollausschuß mit der Obstruktion ein. Bald gab es keine Abstimmung mehr, bei der nicht die Jungtschechen ein Minoritätsvotum angemeldet hätten und so endete für diesmal der ganze Wucherfeldzug mit einem jämmerlichen Fiasko.

Von allen Schätzen, die die Agrarier schon in ihren Säcken wähnten, ist nichts geblieben als die leider nicht unbegründete Hoffnung, daß es vielleicht im — nächsten Jahre gelingen werde, die Verhandlungen wieder aufzunehmen.

Für die Abgeordneten des „freisinnigen" Bürgertums wie für die nationalen und christlich-sozialen „Arbeitervertreter" blieb aber nichts als die Schande und Schmach, mit der sie sich durch ihre Knechtschaft gegenüber den Ausbeutern und Zollwucherern aller Nationen beladen hatten.

Den Kampf um das Brot des Volkes wird die organisierte Arbeiterschaft allein zu führen haben.

Im Preßausschuß wird der Verband vom Gen. Rieger vertreten. Dem Ausschuß liegt bekanntlich die Preßreformvorlage der Regierung zur Vorberatung vor. Der Ausschuß nahm auf Antrag Riegers Abstand von einer Generaldebatte über die Regierungsvorlage und wählte ein fünfzehngliedriges Subcomité, dem die Vorlage überwiesen wurde. Gen. Rieger gehörte dem Subcomité ebenfalls an und es ist ihm gelungen, im Subcomité einige Verbesserungen der Regierungsvorlage durchzusetzen. Wann die von dem erwähnten Subcomité erledigte Regierungsvorlage vom Plenum des Preßausschusses und des Abgeordnetenhauses überhaupt zu Ende beraten wird und ob es gelingen wird, die im Subcomité erzielten Verbesserungen der Vorlage auch nur im Plenum des Preßausschusses durchzusetzen, wissen freilich nur die Götter. Die Parteicliquen des Bürgertums haben genau wie die „moderne" Regierung des Herrn v. Koerber an einer Reform der reaktionären verrotteten Preßgesetzgebung nur ein sehr mäßiges oder gar kein Interesse und lassen es gerne geschehen, daß die so dringend notwendige Reform immer wieder auf die lange Bank geschoben wird. — Gen. Rieger vertritt den Verband weiters noch im Immunitätsausschuß.

## Die Einbringung von Interpellationen

hat in einer unübersehbaren Reihe von Fällen zu Untersuchungen und häufig zur Abstellung von Uebelständen geführt. Als wichtigste erwähnen wir die Interpellation bezüglich des Gewerkschaftserlasses, diejenige betreffend die Wahlen der Handlungsgehilfen in Wien, die des Gen. Hannich betreffend die von den Alldeutschen in Gablonz provozierten Prügelszenen anläßlich einer sozialdemokratischen Handlungsgehilfenversammlung, die zahlreiche Militärmißhandlungen betreffenden u. s. w.

## Eingebrachte selbständige Anträge.

Cingr, Hybeš, Elderšch betreffend Bestellung von Bergbauinspektoren und die Wahl von Bergbaudelegierten:

Cingr, Hybeš, Elderšch betreffend Regelung der Lohnzahlungen beim Bergbaue;

Cingr, Elderšch, Hybeš betreffend Einschränkung der Kündigung und Entlassung von Vorstandsmitgliedern der Bruderladen und Delegierten der Genossenschaften beim Bergbaue aus der Gruppe der Arbeiter;

Daszynski, Pernerstorfer betreffend die Wahl eines 36gliedrigen Ausschusses zur Erstattung von Vorschlägen, beziehungsweise Aenderung der Verfassung durch Bildung einer auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes für alle Erwachsenen vom 21. Lebensjahre an zu schaffenden Volksvertretung;

Daszynski, Pernerstorfer, Hybeš wegen Abänderung des § 172 des Gesetzes vom 25. Oktober 1896 betreffend die direkten Personalsteuern:

Ellenbogen, Hybeš betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Eisenbahnen und ihren Angestellten;

Ellenbogen, Elderšch betreffend die Regelung der Dienstverhältnisse der Handlungsgehilfen ꝛc.;

Ellenbogen, Pernerstorfer betreffend die Einsetzung einer parlamentarischen Untersuchungskommission zur Prüfung der sanitären und baulichen Verhältnisse der Wiener Krankenhäuser ꝛc.;

Ellenbogen betreffend eine Erhöhung der im § 16 des Gesetzes vom 14. Mai 1896, R.-G.-Bl. Nr. 74, nicht berücksichtigten Versorgungsgenüsse der Waisen nach Zivilstaatsbeamten und Staatslehrpersonen;

Hybeš, Hannich, Schuhmeier betreffend den Ausbau der Arbeiterversicherung;

Pernerstorfer, Daszynski, Hybeš wegen Erlassung eines Gesetzentwurfes betreffend die Einführung des Gebührenäquivalents von zu Fideikommissen gehörenden Vermögen;

Rieger, Pernerstorfer betreffend die Aufhebung des Kolportageverbotes;

Schuhmeier, Hannich, Pernerstorfer betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 14. Mai 1869, R.-G.-Bl. Nr. 62, über die Feststellung der Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschule (bezüglich der Lehrpersonen);

Seitz, Schuhmeier, Hannich betreffend die Schaffung eines Gesetzes über die Disziplinarbehandlung der Volks- und Bürgerschullehrer;

Seitz, Schuhmeier, Hannich betreffend die Abänderung des § 54 des Gesetzes über die Grundsätze des Unterrichtswesens der Volksschulen (Disziplinarbehandlung der Lehrer);

Seitz betreffend die Regulierung der Thaya.

## Ein Gesamtbild.

Die Tätigkeit der Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes gestaltet sich während der Berichtsperiode wie folgt: Eingebracht wurden 615 Interpellationen, 23 Dringlichkeitsanträge, 28 Anträge und 2 Notstandsanträge. Petitionen wurden außer der Massenpetition wegen der Einführung der Alters- und Invaliditätsversicherung 84 eingebracht.

Von den 615 Interpellationen wurden 191 seitens der Minister beantwortet.

Als Redner stellten die Mitglieder des Sozialdemokratischen Verbandes ihren Mann in 117 Fällen. Hierbei sind jene Reden nicht mit einbezogen, die von den Mitgliedern des Verbandes, vor allem von den Verbandsobmännern in rein geschäftlichen Angelegenheiten gehalten wurden.

## Der Sozialdemokratische Verband des österreichischen Abgeordnetenhauses.

JN
1999
S6A3
1903

Sozialdemokratische Arbeiter
partei Deutschösterreichs
Bericht der Parteivertre-
tung an den Parteitag

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY